



18. Sitzung

Mittwoch, 11. November 2015

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Gedankworte und Schweigeminute zum Tod von Helmut Schmidt am 10. November 2015	1113	Jan Quast SPD	1122
Mitteilungen der Präsidentin Abwicklung der Tagesordnung	1113	AfD-Fraktion:	
Aktuelle Stunde	1113	Warum schützt der Senat nicht das Recht auf Demonstrationstreiheit? Wieso bestimmen Links-Chaoten, der "Schwarze Block" und Die Linke unter Begleitung von SPD sowie Grünen, wer in Hamburg demonstrieren darf?	
FDP-Fraktion:		Dr. Bernd Baumann AfD	1125
Milliarden-Vernichter Olaf Scholz – von HSH bis Hapag als Staatsunternehmer gescheitert		Wolfgang Rose SPD	1127
mit		Dennis Gladiator CDU	1128
		Antje Möller GRÜNE	1128
		Christiane Schneider DIE LINKE	1129
		Carl-Edgar Jarchow FDP	1130
CDU-Fraktion:		SPD-Fraktion:	
Der Bürgermeister und das Risikokapital der Steuerzahler – Yes, we do want our money back		Gerade jetzt: JA zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg	
Michael Kruse FDP	1113, 1121	(Fortführung am 12.11.2015)	
Markus Schreiber SPD	1114		
Thilo Kleibauer CDU	1116, 1123		
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	1117, 1124		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	1118, 1124		
Andrea Oelschläger AfD	1119		
Dr. Peter Tschentscher, Senator	1120		
		GRÜNE Fraktion:	
		Wir bauen Flüchtlingswohnungen mit klarer Integrationsperspektive, Anknüpfung an die bestehenden Stadtteile und Bürgerdialog	

	(Fortführung am 12.11.2015)			Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Fraktion DIE LINKE:				Hamburgs Tor zur Welt – Verwendung der englischen Sprache im Hamburger Hafen	
Städtische Kitaunternehmen (Elbkinder, VKSG) zahlen Armutslöhne und produzieren Altersarmut				– Drs 21/2055 –	1142
	(Fortführung am 12.11.2015)			Dr. Joachim Seeler SPD	1142
				Ralf Niedmers CDU	1143
				Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	1144
				Norbert Hackbusch DIE LINKE	1144
				Michael Kruse FDP	1145
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:				Dr. Jörn Kruse AfD	1145
				Frank Horch, Senator	1146
Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission					
– Drs 21/631 –		1131		Beschlüsse	1146
und					
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:				Antrag der CDU-Fraktion:	
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde				Erfolgreiche Beschulung von Flüchtlingskindern sicherstellen	
– Drs 21/1466 –		1131		– Drs 21/1964 –	1147
Ergebnis		1142		Karin Prien CDU	1147
				Kazim Abaci SPD	1147
				Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	1147
				Sabine Boeddinghaus DIE LINKE	1148
				Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	1148
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:				Beschlüsse	1149
Schulabschluss und Ausbildungsvorbereitung für jugendliche Flüchtlinge					
– Drs 21/1953 –		1131		Gemeinsamer Bericht des Ausschusses für Sport und Olympia und des Ausschusses für Umwelt und Energie zum Thema:	
dazu				Hamburgs Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele – Sachstandsbericht Nachhaltigkeitskonzept (Selbstbefassungsangelegenheit)	
Antrag der CDU-Fraktion:				– Drs 21/1888 –	1149
Schulabschluss und Ausbildungsvorbereitung für jugendliche Flüchtlinge bis 25 Jahre				dazu	
– Drs 21/2165 –		1131		Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:	
Kazim Abaci SPD		1132		Nachhaltige und soziale Spiele – Auch die Bürgerschaft ist in der Pflicht	
Karin Prien CDU		1133, 1140		– Drs 21/2197 –	1149
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE		1134, 1140			
Sabine Boeddinghaus DIE LINKE		1135, 1141		Ulrike Sparr GRÜNE	1149, 1159
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP		1136, 1141		Dr. Monika Schaal SPD	1151
Dr. Alexander Wolf AfD		1136			
Dora Heyenn fraktionslos		1138			
Ties Rabe, Senator		1138			
Beschlüsse		1141			

Thomas Kreuzmann CDU	1153	Forschungsinstitut für Datensicherheit	
Stephan Jersch DIE LINKE	1153		
Daniel Oetzel FDP	1154	– Drs 21/2045 –	1168
Andrea Oelschläger AfD	1156		
Jens Kerstan, Senator	1156	zurückgenommen	1168
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1157		
Heike Sudmann DIE LINKE	1159		
Dr. Ludwig Flocken AfD	1159		
Beschluss	1160		
Antrag der Fraktion DIE LINKE:			
Das muss drin sein: Mobilität ermöglichen – für ein echtes Sozialticket in Hamburg			
– Drs 21/2053 –	1160		
dazu			
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:			
Verlässliche und regelmäßige Erhöhungen der Sozialkartenzuschüsse			
– Drs 21/2195 –	1160		
Inge Hannemann DIE LINKE	1160, 1166		
Ole Thorben Buschhüter SPD	1161, 1163, 1167		
Dennis Thering CDU	1163		
Martin Bill GRÜNE	1164		
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1165		
Beschlüsse	1167		
Antrag der FDP-Fraktion:			
Maßnahmen gegen zunehmenden gewaltbereiten Salafismus endlich umsetzen			
– Drs 21/1954 –	1168		
dazu			
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:			
Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus auch in Zukunft fortsetzen			
– Drs 21/2196 –	1168		
Beschlüsse	1168		
Antrag der AfD-Fraktion:			

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir trauern um unseren Ehrenbürger Helmut Schmidt, der gestern im Alter von 96 Jahren hier in Hamburg verstorben ist. Hamburg verliert einen bis ins hohe Alter engagierten Fürsprecher und überaus erfolgreichen Förderer. Er ist in unserer Stadt geboren, aufgewachsen, hat hier sein politisches Wirken für die Menschen in Hamburg, in Deutschland und weit darüber hinaus begonnen. Wir erinnern ihn als den tatkräftigen Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg, der bei der verheerenden Sturmflut 1962 lebensrettende Hilfe für unzählige Menschen ermöglichte.

Und auch später in Bonn, als Bergedorfer Abgeordneter, als er Fraktionschef der SPD, dann Minister der Verteidigung, der Finanzen und Wirtschaft und schließlich für acht Jahre Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wurde, haben wir ihn dafür bewundert, wie er die Geschicke unseres Landes lenkte und Großes für die Menschen in Deutschland erreichte. Jedes seiner Ämter führte er mit Klugheit, mit preußischer Disziplin, unaufgeregt, mit dem klaren Ziel vor Augen, eine Aufgabe zu ihrem Ende zu führen.

In all seinen politischen Ämtern warb er um das Vertrauen der Menschen und appellierte an seine Kolleginnen und Kollegen, ihr eigenes Handeln immer an moralischen Maßstäben zu messen. Helmut Schmidt war norddeutsch und anständig.

Er hatte auch Ecken und Kanten und scheute sich nie, dies zu zeigen. In seinem Wirken vertrat er eine Gradlinigkeit und Kompetenz, die ihm über Parteigrenzen hinweg national wie international viel Anerkennung brachte. Er hat unserem Land und unserer Stadt gedient und geholfen wie nur wenige Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg.

Seine Stimme, seine Meinungen und seinen unbändigen Drang, Dinge zu bewegen, wir werden sie vermissen. Wir, die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, verneigen uns vor dem Lebenswerk von Helmut Schmidt und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Tochter und seinen Angehörigen.

(Schweigeminute)

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Wir beginnen nun mit unserer heutigen Tagesordnung und kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind sechs Themen angemeldet worden, und zwar von der FDP-Fraktion

Milliarden-Vernichter Olaf Scholz – von HSH bis Hapag als Staatsunternehmer gescheitert

von der AfD-Fraktion

Warum schützt der Senat nicht das Recht auf Demonstrationsfreiheit? Wieso bestimmen Links-Chaoten, der "Schwarze Block" und Die Linke unter Begleitung von SPD sowie Grünen, wer in Hamburg demonstrieren darf?

von der SPD-Fraktion

Gerade jetzt: JA zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg

von der CDU-Fraktion

Der Bürgermeister und das Risikokapital der Steuerzahler – Yes, we do want our money back

von der GRÜNEN Fraktion

Wir bauen Flüchtlingswohnungen mit klarer Integrationsperspektive, Anknüpfung an die bestehenden Stadtteile und Bürgerdialog

von der Fraktion DIE LINKE

Städtische Kitaunternehmen (Elbkinder, VKSG) zahlen Armutslöhne und produzieren Altersarmut

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und vierte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Zu dieser Debatte rufe ich jetzt auf.

Das Wort wird gewünscht. – Herr Kruse von der FDP-Fraktion, Sie bekommen es.

Michael Kruse FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Zunächst herzlichen Dank für diese wirklich würdevollen Worte.

Meine Damen und Herren! Seit Wochen staunt die ganze Stadt über die maximale Überforderung dieses rot-grünen Senats bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Es gibt abseits dessen aber noch ein weiteres wichtiges Feld, in dem Rot-Grün versagt: bei der Bewältigung der Folgen der Schifffahrtskrise und der Sicherung der Zukunft der maritimen Wirtschaft in Hamburg. Rot-Grün stolpert durch seine Beteiligungen, dass es nur so kracht. Ob HSH Nordbank, Hapag-Lloyd oder HHLA, nirgends macht der Senat eine glückliche Figur.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

(Michael Kruse)

Das Einzige, was bei Rot-Grün mit neuen Stellen auf Hochtouren läuft, ist das Kaschieren eigener Fehler durch lautstarke Öffentlichkeitsarbeit. Damit werden Sie die Hamburger aber nicht über die ungelösten Probleme dieser Stadt hinwegtäuschen können.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie haben doch für die Probleme gesorgt!)

So etwa bei der Eckpunktevereinbarung in Sachen HSH Nordbank. Sie haben sich hier für teures Geld Zeit gekauft. Sie verwandeln drohende Ausfälle der Zukunft in echte Schulden von heute. So weit, so schlecht. Dafür erhält die Stadt weniger Garantiefgebühren. Für diese weiteren Stützungsmaßnahmen hat die EU-Kommission dem Senat allerdings eine Auflage gegeben. Er muss die Landesbank privatisieren, und zwar ziemlich schnell. Es rächt sich jetzt also, dass der SPD-Senat dieses Szenario, das wir stets gefordert haben, nie ernsthaft geplant hat. Sie sind überrumpelt, und nicht nur das.

(Beifall bei der FDP – Dirk Kienscherf SPD: So ein Blödsinn!)

Der Kardinalfehler dieser EU-Verhandlung bleibt die Absenkung der Ländergarantien.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Wer braucht die Bank?)

– Wer braucht die Bank? Diese Frage sollen Sie beantworten.

Der Kardinalfehler ist die Absenkung der Ländergarantien von 10 auf 7 Milliarden Euro, die uns der alte SPD-Senat eingebrockt hat.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Dirk Kienscherf SPD: Da gab es eine vertragliche Grundlage!)

– Herr Tjarks, das haben selbst Sie in Ihren Presseerklärungen damals erklärt, also sollten Sie jetzt still sein.

Die Bank erklärt, dies in Rücksprache mit den Ländern getan zu haben, und, Herr Tschentscher, die werden nicht beim Hausmeister der Finanzbehörde angerufen haben. Wir fordern Sie deshalb hier und heute auf: Hören Sie endlich auf, den Menschen in Hamburg Sand in die Augen zu streuen. Sie haben kein einziges Problem in dieser Krise gelöst, sondern nur mit Steuergeld etwas Zeit gekauft.

Die größte Katastrophe, die nun eintreten kann, ist, dass die Länder jetzt die Garantien erhöhen und die Bank in zweieinhalb Jahren trotzdem abgewickelt werden muss. Herr Tschentscher, wir werden Sie an Ihren Verkaufserfolgen messen. Aber wir haben angesichts vieler negativer Erfahrungen kein Vertrauen darin, dass Sie diese Aufgabe lösen können. Auch bei Hapag-Lloyd zeigen Sie nämlich gerade, wie orientierungslos Sie in Sachen Staatsbeteiligungen sind.

Ich habe Ihre Drucksache zu Hapag-Lloyd aus 2014 gelesen. Was erzählen Sie uns da? Zitat:

"Zur Beschaffung der weiteren 370 Mio. Euro soll im Zeitraum zwischen 1. März [...] und 31. Dezember 2015 ein Börsengang durchgeführt werden, für den ein Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden soll."

– Zitatende.

Und was passiert jetzt? Die Aktionäre Kühne und Luksic kaufen nun doch für 60 Millionen Dollar weitere Aktien. Aber es kommt sogar noch besser. Sie schreiben – Zitat –:

"Gelingt der Börsengang nicht im vorgesehenen Zeitraum, etwa wegen eines ungünstigen Marktumfeldes, soll er in den darauffolgenden zwölf Monaten stattfinden."

– Zitatende.

Liebe Senatsvertreter, Sie hätten genügend Zeit für einen ausgegorenen Börsengang gehabt. Jetzt aber besteht überhaupt kein Zweifel an einem schlechten Marktumfeld. Der äußerst holprige Börsengang von Hapag-Lloyd hat dies untermauert. Rot-Grün und vor allem Bürgermeister und Finanzsenator haben so leider bewiesen, dass sie orientierungslos sind in ihrer Beteiligungsstrategie.

(Beifall bei der FDP)

Vergangene Woche im Ausschuss – Herr Tjarks, Sie haben da gefehlt – hieß es lapidar, dass man beim Börsengang einen Discount gewähren müsse. Einen Discount. Herr Bürgermeister, Herr Finanzsenator, ein Discount von 50 Prozent ist das Eingeständnis Ihres politischen Versagens.

(Beifall bei der FDP)

Statt den berühmten Satz "I want my money back" in die Tat umzusetzen, lösen Sie hier ein Worst-Case-Szenario aus, nämlich das der Millionenvernichtung, wenn nicht gar der Milliardenvernichtung, von HSH bis Hapag-Lloyd. Und trotzdem verkünden Sie, Herr Tschentscher, im Ausschuss auf meine Nachfrage, dass Sie die Kosten für die Anteile plus die Finanzierungskosten wieder hereinholen wollten. Das ist rot-grüne Realitätsverweigerung, das ist Politik zum Schaden Hamburgs. Und das ist nach der Flüchtlingskrise eine zweite Zukunftskrise für Hamburg, die Sie und nur Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Schreiber von der SPD-Fraktion.

Markus Schreiber SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als erster Redner der SPD-Fraktion möchte ich betonen, dass Helmut Schmidt

(Markus Schreiber)

uns fehlen wird, und zwar nicht nur uns, wie man draußen gesehen hat. Es hat mich sehr beeindruckt, und Sie wahrscheinlich auch, dass vorm Rathaus eine 100 bis 300 Meter lange Schlange von Menschen wartet und es eine von Bürgern eingerichtete Stelle gibt, an der Blumen, Schreiben, Danksagungen an Helmut Schmidt niedergelegt werden. Das ist schon beeindruckend, und es zeigt, dass der Hamburger Sozialdemokrat nicht nur der SPD-Fraktion, insbesondere der SPD-Fraktion Hamburg, fehlen wird, sondern auch vielen anderen. Er war offenbar weit darüber hinaus beliebt.

Es ist nicht ganz einfach, sich jetzt wieder auf die Niederungen der Politik zu begeben, auch wenn es um Finanzpolitik geht, was ihm vielleicht Freude bereitet hätte – oder auch nicht. Er hätte hierzu sicherlich auch Tipps geben können.

(André Trepoll CDU: Hätten Sie mal gefragt!)

– Können wir jetzt nicht mehr, Herr Trepoll.

Die vorhandenen Schwierigkeiten mit der HSH Nordbank und Hapag-Lloyd dem Bürgermeister persönlich anzulasten, wie es in der Überschrift der Themenanmeldung der FDP heute passiert, als ob er persönlich Herrn Dr. Peiner und Herrn Dr. Freitag gedrängt hätte, aus der Hamburgischen Landesbank eine internationale Großbank zu machen und bei Hapag-Lloyd einzusteigen, ist dummes Zeug; das wissen Sie auch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der jetzige Senat muss im Gegenteil die schwierige Situation retten und den angerichteten Schaden für den Steuerzahler so klein wie möglich halten. Das ist sein Job, und den macht er so gut es eben unter den vorliegenden Bedingungen geht.

Hinsichtlich der HSH Nordbank ist die Rechnung für den Steuerzahler nicht sehr kompliziert. Ich versuche, das einmal zu erklären. Die Erhöhung der Garantie von 7 auf 10 Milliarden Euro bedeutet, dass Hamburg bei voller Inanspruchnahme um 1,5 Milliarden Euro höher belastet werden könnte. Das kann man sich merken. Dafür ist die HSH Nordbank über den 1. Januar 2016 hinaus gerettet worden. Wäre dies nicht passiert, wäre im Oktober eine Gewährträgerhaftung von circa 12 Milliarden Euro in Anspruch genommen worden. 12 Milliarden Euro merken wir uns jetzt. Bis Ende des Jahres wird diese Gewährträgerhaftung auf etwa 3 Milliarden Euro abschmelzen. Zwölf minus drei sind neun. Von den 9 Milliarden Euro Unterschied muss ungefähr ein Drittel die Freie und Hansestadt Hamburg bezahlen. Ein Drittel von 9 Milliarden sind 3 Milliarden Euro. Wenn Sie jetzt scharf rechnen

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

– so viele mathematische Kenntnisse gehören nicht dazu –, dann sind 3 Milliarden Euro Belas-

tung für den Hamburger Steuerzahler sehr viel schlechter als eine Belastung von 1,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Insofern ist Olaf Scholz eher ein Milliardenretter als ein Milliardenvernichter, wenn man denn in diesen Kategorien denken würde, was ich aber nicht tue.

Die Hamburgische Bürgerschaft wird Anfang Dezember ausführlich und parallel zum Schleswig-Holsteinischen Landtag über eine Mitteilung des Senats beziehungsweise der Landesregierung Schleswig-Holsteins zur Verständigung mit der EU-Kommission im Beihilfverfahren zur HSH Nordbank debattieren. Dort können wir das Ergebnis der Verhandlung diskutieren und einen Staatsvertrag über eine neue Anstalt öffentlichen Rechts beschließen. Wir werden die Senatsmitteilung am 26. November, also noch in diesem Monat, im Ausschuss für Öffentliche Unternehmen besprechen und uns am 4. Dezember in einer Sondersitzung des Haushaltsausschusses mit ihr befassen, so dass die Bürgerschaftsdebatte gut vorbereitet wird. Lassen Sie uns dabei um die beste und für den Steuerzahler billigste Lösung ringen, das ist dann der richtige Ort.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hinsichtlich des Börsengangs bei Hapag-Lloyd möchte ich mit Erlaubnis der Präsidentin gern den Bund der Steuerzahler Hamburg zitieren, der den Börsengang ausdrücklich begrüßt hat und schreibt:

"Durch den Anteilsverkauf ergibt sich für Hapag-Lloyd die Möglichkeit, wichtige Investitionsmittel für den Ausbau der eigenen Marktposition zu generieren. Zudem erhöht der Börsengang die Transparenz über den Marktwert der Anteile, die der Hamburger Steuerzahler an der Reederei hält. Auch wenn sich hierdurch möglicherweise ein erheblicher Abschreibungsbedarf ergibt, so ist dies immer noch wahrhaftiger als der aktuelle fiktive Buchwert."

– Zitatende.

Dem kann man kaum etwas hinzufügen, bis auf zwei Anmerkungen.

Erstens: Heute hat die Hapag-Lloyd AG mitgeteilt, dass sie im dritten Quartal in Folge Transportmenge und Umsatz gesteigert, das Ergebnis signifikant verbessert und wiederum einen Nettogewinn erwirtschaftet hat. Ich glaube, das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens: Auf eine Schriftliche Kleine Anfrage hinsichtlich einer Wertberichtigung in der Bilanz der HG...

(Markus Schreiber)

(Glocke – *Birgit Stöver CDU*: Haben Sie die rote Lampe schon gesehen?)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Schreiber, Sie müssen den Satz beenden, bitte.

Markus Schreiber SPD (fortfahrend): Ich bin sofort am Ende. – Hinsichtlich einer Wertberichtigung der Bilanz der HGV antwortet der Senat, der aktuelle und zufällige Tageskurs einer Aktie ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Schreiber, die Redezeit in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten, und Sie haben sie weit überschritten. Ich kann Ihnen leider gar nicht helfen.

Markus Schreiber SPD: Danke sehr. Ich dachte, dass es vom Anfang vielleicht gegengerechnet wird.

Präsidentin Carola Veit: Ich bin schon großzügig.

Markus Schreiber SPD (fortfahrend): Der Job von Senat und Bürgerschaft bleibt es, den Schaden für die Hamburger Steuerzahler so gering wie möglich zu halten. Helfen Sie dabei, um die Milliarden von Euro zu reduzieren, die wir zahlen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch von mir am Anfang herzlichen Dank für die Worte zu Beginn der Sitzung, für das würdige und angemessene Gedenken an unser aller Ehrenbürger Helmut Schmidt.

Meine Vorredner haben schon einiges gesagt zur Beteiligung der Stadt an der HSH Nordbank und an Hapag-Lloyd. Die Entwicklung dort, sowohl der massive Wertverlust bei Hapag-Lloyd, der jetzt mit dem Börsengang sichtbar geworden ist, als auch die absehbar hohe Inanspruchnahme der Garantie für die HSH Nordbank, macht eines deutlich: Diese Stadt und der Haushalt dieser Stadt sind massiv abhängig von der Entwicklung an den Finanz- und Schiffahrtsmärkten. Deshalb haben wir als CDU-Fraktion auch in der letzten Legislaturperiode immer mit Nachdruck eingefordert, dass wir eine maritime Gesamtstrategie brauchen in der Stadt zur Sicherung dieser Investments, aber auch zur Sicherung der Wertschöpfungskette, der Wirtschaftskraft und der Arbeitsplätze im Hamburger Hafen. Dazu hat Ihr Senat nichts beigetragen, Herr Kienscherf.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dirk Kienscherf SPD*: Ihr hättet einfach bestimmte Dinge nicht machen dürfen!)

Es zeigt sich doch sehr deutlich, dass es ein schweres Versäumnis von Olaf Scholz war, die Dinge immer laufen zu lassen,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wieso laufen lassen? Er hat doch eingegriffen!)

keine Strategie zu entwickeln und nur zuzuschauen. Man kann doch bei milliardenschweren Investments nicht nur passiv zuschauen, das ist ein schwerer Fehler.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch die Erhöhung der Hapag-Lloyd-Anteile 2012, ohne zeitlichen Druck, ohne Not, zu sehr teuren Konditionen, war ein schwerer Fehler von Olaf Scholz. Herr Kienscherf, hören Sie sich noch einmal die vollmundigen Ankündigungen Ihres Bürgermeisters von damals an. Davon ist nichts übrig geblieben, Herr Kienscherf.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man Risiken in dieser Höhe eingeht, und das gilt selbstverständlich für alle Senate, dann muss man diese auch eng kontrollieren und Handlungsoptionen entwickeln. Davon ist bei Ihnen nichts zu erkennen. Zuschauen ersetzt doch kein Risikomanagement. Es ist doch bei der HSH Nordbank bedenklich, dass wir uns nicht zwischendurch einmal über Strategien und Optionen unterhalten, sondern dass es immer erst kurz vor zwölf passiert, immer im Krisenmodus. Das ist ein sehr schlechtes Zeichen, auch für diesen Senat.

(Beifall bei der CDU)

Es ist kein schnelles Ende der Schiffahrtskrise in Sicht. Das sieht man sehr deutlich, wenn man sich heute den Bericht von Hapag-Lloyd durchliest. Die Frachtraten sind weiterhin im freien Fall. Das Angebot an Containermengen und Transportkapazitäten steigt deutlich schneller als die Nachfrage. Das gilt insbesondere für die zehn Jahre alten Schiffe, die im Moment im Portfolio der HSH Nordbank sind.

Wenn man sich das dritte Quartal im Vorjahresvergleich ansieht, ist die Entwicklung vielleicht auf den ersten Blick positiv.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Das erste war auch nicht schlecht!)

Aber, Herr Schreiber, machen Sie sich doch nichts vor. Die Kollegen aus der Koalition, die schon etwas länger in dem Ausschuss sind, wissen doch, dass das dritte Quartal an sich die Peak Season ist. August, September, Oktober, da muss das Geschäft doch richtig brummen. Genau das ist aber dieses Jahr ausgeblieben, wenn man sich die Meldungslage dort anschaut. Insofern gibt es keinen

(Thilo Kleibauer)

Grund, sich darüber groß zu freuen und es als Beruhigung anzusehen.

Sie sagen, Sie hätten für die HSH Nordbank eine tragfähige Lösung gefunden. Ich würde das erst einmal bezweifeln. Der Senat hat die letzten Jahre etwas zu häufig gesagt, nun hätten wir eine tragfähige Lösung gefunden. 2011 sagte Olaf Scholz, es sei eine tragfähige Lösung; das erste Beihilfeverfahren war durchgegangen. Es hat sich jedoch als falsch herausgestellt. 2013 kam dann folgerichtig die Wiedererhöhung der Garantie, weil die Situation sich verschlechterte. In der damaligen Drucksache – ich habe es abgeschrieben – schreibt Ihr Senat, nach Wiedererhöhung der Garantie würde die HSH Nordbank über eine tragfähige Geschäftsplanung verfügen. Auch da gab es wieder das Wort tragfähig, und das hat sich ebenfalls schon kurze Zeit danach als falsch herausgestellt. Die Entwicklung war wesentlich dramatischer als vorhergesehen. Auch das sollte uns allen zu denken geben. Die Inanspruchnahme der Garantie übersteigt alles, was diesem Parlament in den letzten Jahren an Prognosen vom Senat und von der Bank dazu erzählt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Risiko – da erwähne ich noch einmal ein Zitat Ihres Bürgermeisters, Herr Kienscherf – war eben nicht eingepreist, und auch Sie müssen den Menschen in dieser Stadt erklären, wie man jetzt zu dieser Kalkulation kommt.

Meine Damen und Herren! Es ist definitiv zu voreilig, bei der HSH Nordbank nun von einer tragfähigen Lösung zu sprechen. Die Verständigung mit der EU ist im Prinzip nichts anderes als eine mehr oder weniger geordnete Abwicklung. Das operative Geschäft wird weiterhin mit Nachteilen zu kämpfen haben, wenn jeder weiß, dass die Bank in zwei Jahren verkauft oder abgewickelt wird. Im Übrigen sind die Reaktionen der Ratingagenturen, auf die man immer geschickt hat, sehr verhalten geblieben. Man gewinnt vielleicht Zeit, aber ich glaube, es ist falsch, immer nur auf diesen Faktor zu sehen und auf das Prinzip Hoffnung. Diesen Fehler sollte der Senat nicht noch einmal machen. Wir sind gespannt auf die Drucksache, die uns noch nicht vorliegt. Ich glaube, in Schleswig-Holstein wurde sie dem Parlament heute zugeleitet.

(Glocke)

Wir werden sie beraten, aber es gibt natürlich keinen Blankoscheck für die weitreichenden Ermächtigungen, die damit eingeholt werden sollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das größte Risiko für den Haushalt und damit auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist nicht erst seit gestern die HSH Nordbank. Bereits bei Gründung der HSH im Jahr 2003 war das erklärte Unternehmensziel die Erzielung einer an der Gewinnerwartung von Kapitalmarktinvestoren orientierten Rendite. In den Jahren 2003 bis 2005 war dann die Zeit, in der sich die Bank mit schwierigen, im Nachhinein verhängnisvollen Wertpapieren vollgesogen hat, um von der 2005 auslaufenden Gewährträgerhaftung der Länder noch einmal zu profitieren. Bis 2005 wurden also damit die Grundlagen für die heutigen Schwierigkeiten – man kann auch sagen Herausforderungen – gelegt: der Zusammenschluss mit Schleswig-Holstein, das Renditestreben, die Geschäftsentwicklung mit auslaufender Gewährträgerhaftung. Und in dieser Zeit war die FDP das letzte Mal im Senat vertreten. Wenn Sie nun heute den Bürgermeister als Staatsunternehmer diskreditieren, dann legen Sie zumindest aus unserer Sicht eine gewisse Geschichtsvergessenheit an den Tag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich will gar nicht sagen, dass die handelnden Personen – ich glaube, Sie haben damals den Schulsenator gestellt, der dann irgendwann wegen eines Haushaltslochs in seiner Behörde gefeuert wurde – die Entwicklung so hätten voraussagen können. Herr Kruse, aber an Ihren Vorschlägen merkt man sehr deutlich, dass Sie seitdem keine Verantwortung mehr tragen mussten. Und ich muss Ihnen ausdrücklich sagen, im Fall der HSH Nordbank ist das eigentlich ganz gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die meisten Vorschläge kommen gar nicht von Ihnen selbst, sondern von Herrn Kubicki.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das müssen Sie ja wissen!)

Herr Kubicki irrlüchert schon seit einigen Jahren durch die Gegend mit Verkaufsvorschlägen für eine Bank, von der wir alle wissen, dass es keinen Käufer für sie gibt. In supersensiblen Phasen wie in den letzten drei Monaten schwadroniert er öffentlich über Abwicklungsszenarien, macht der Bank das Leben damit nur noch schwerer und gefährdet das Vermögen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Und schlussendlich fantasiert er über 20 Milliarden Euro, die die Rettung kosten wird. Ich habe das Gefühl, er hat nicht nur kein Verständnis von der Materie, sondern vor allen Dingen ein öffentliches Aufmerksamkeitsdefizit-Problem seinerseits.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Situation ist – das wissen wir alle – nicht ganz einfach. Aber durch die

(Dr. Anjes Tjarks)

Drucksache, die Schleswig-Holstein schon hat und wir auch bald bekommen werden, hat sie in gewisser Weise ihren Schrecken verloren, weil sie ein wenig bezifferbarer geworden ist. Unsere Handlungsleitlinie ist dabei die Schonung des öffentlichen Vermögens, und das ist aus folgenden Gründen der richtige Weg.

Eine Abwicklung der Bank nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, wie von der LINKEN vorgeschlagen, kommt die Stadt aus unserer Sicht viel teurer zu stehen. Der Sinn dieses Gesetzes ist es, die Eigentümer einer Bank an der Abwicklung besonders zu beteiligen. Es wurde natürlich nach der Zypernkrise entwickelt, die privaten Eigentümer der Banken zu beteiligen, um den Staat zu schonen. Aber in diesem Fall sind wir, der Staat, der Eigentümer, und deswegen ist eine Abwicklung nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, gelinde gesagt, ein Eigentor. Das ist nicht der richtige Weg, um das öffentliche Vermögen zu schonen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Natürlich, Herr Kruse, ist die Frage der Zeit eine relevante Frage. Als jemand, der das schon seit 2008 ein wenig mitverfolgt, kann ich sagen, dass wir von 68 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung kommen und jetzt bei 12 bis 13 Milliarden Euro sind. Wir werden nach dem Jahreswechsel bei 3 Milliarden Euro sein. Natürlich ist das ein erheblicher Unterschied bei der Frage, mit welcher Gewährträgerhaftung Sie in welches Verfahren gehen. Deswegen ist es selbstverständlich relevant, dass die Bank jetzt genau diese Maßnahme der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein erhält.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist nicht nur wegen dieser beiden ausgeführten Punkte wichtig, sondern auch, weil wir bei einer sofortigen Abwicklung nicht nur einen Weg beschreiten würden, der noch niemals vorher in Deutschland beschritten worden ist und der ein erhebliches Risiko birgt, denn niemand weiß genau, wie er aussieht, und wir würden das vollständige Eigentum an dieser Bank verlieren. Wir haben zudem keine weitere Aussicht auf Garantiezahlung. Auch deswegen ist dieser Weg in der Summe viel, viel teurer und nicht sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt also verschiedene Handlungsalternativen, es ist nicht alternativlos. Aber ich glaube, an dieser Stelle ist relativ einfach zu sehen, welcher Weg der bessere ist. Ich denke, ich habe ihn aufgezeigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Ich merke, dass die Diskussion sich vor allem mit der HSH Nordbank beschäftigt.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Zweite Runde sozusagen!)

Ich will zwei Punkte dazu nennen, die bedeutend sind, und erklären, warum das, was Sie von der Regierungsseite her ausgeführt haben, nicht stimmt.

Das Erste: Alle, die sich an die Debatte über die HSH Nordbank erinnern, werden noch wissen, was der Senat damals geäußert hat, als der Garantierahmen von 10 Milliarden Euro beschlossen wurde. Er hat deutlich gesagt, es gebe kaum eine Gefahr, dass diese Garantie überhaupt in Anspruch genommen werde. Seitdem ist Zeit vergangen, die Ihnen doch so wichtig ist. Und seit ungefähr einem Monat wissen wir, dass dieser Garantierahmen fast vollständig ausgeschöpft wird. Dementsprechend hat sich die Situation der Eigentümer um 10 Milliarden Euro verschlechtert. Da können Sie doch nicht sagen, die Situation sei immer besser geworden, denn es ist doch ein deutliches Zeichen dafür, dass es schlechter geworden ist und Ihnen die Zeit nichts genützt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie bringen als zweites Argument vor, das von uns vorgeschlagene Gesetz bedeute, dass vor allem die Stadt Hamburg herangezogen wird. Nein, das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz sah vor, dass auch private Eigentümer herangezogen wurden.

(Zuruf von Markus Schreiber SPD)

– Herr Schreiber, warten Sie einen Moment ab mit Ihrer Rechnung. Ich komme gleich noch zu Ihnen.

Wichtige Eigentümer sind institutionelle Anleger, die innerhalb der HSH Nordbank Papiere im Wert von weit über 3 Milliarden Euro, nach meiner Schätzung sogar 6 Milliarden, halten. Diese Papiere sind einen Tag, nachdem im Anschluss an die Besprechung mit der EU diese Handshake-Dinge unterschrieben worden sind, im Wert um 30 Prozent gestiegen. Und zwar deswegen, weil diese Leute, die diese Papiere gezeichnet haben, nicht mehr durch die Vereinbarung, die sie dort unterschrieben haben, herangezogen werden können. Das heißt, sie haben ein Plus gemacht von weit über 1 Milliarde Euro. Diese Möglichkeit haben Sie damit aus den Händen gegeben, das sind schon einmal 1 Milliarde Euro. Das ist mehr als eine Elbphilharmonie, die uns da verloren gegangen ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch reine Theorie! Das sind doch Ammenmärchen!)

Deswegen sind das, was Sie erzählt haben, nur Ammenmärchen. Das reicht uns nicht aus, um dieses Thema zu diskutieren.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN)

Die Rechnung, Herr Schreiber, die Sie dargelegt haben, ist einfach falsch. Wir werden das noch einmal genauer diskutieren. Ich weiß, dass es kompliziert ist, das hier detailliert auszurechnen. Aber Sie haben in der leider nur internen Sitzung selbst gemerkt – das ist immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit, deswegen gibt es keine Protokolle –, dass das, was dort gesagt wurde, genau dieses Szenario ist. Es wurde deutlich von den Beratern dargestellt, dass diese Beratung so falsch ist, dass wir schon am 1. Januar nur noch 3 Milliarden Euro an Gewährträgerhaftung hätten und dass sich dieses Problem bis dahin einigermaßen aufgelöst hätte.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Wir kommen halt nicht zum 1. Januar! Das muss man nur verstehen!)

Ein Sanierungs- und Abwicklungsgesetz sieht eine weitere Form vor als nur den 1. Januar, es geht darüber hinaus. Sie müssen sich damit auseinandersetzen, und es reichen mir die Schlagworte nicht. Das ist das Hauptproblem in dieser Debatte.

(Zurufe von der SPD – *Dirk Kienscherf SPD*: Wir haben es nicht angemeldet!)

– Darüber beschwere ich mich jetzt gar nicht. Sie bauen insgesamt darauf, und das ist die Schwierigkeit Ihres Führungsstils und Ihrer gegenwärtigen Senatspolitik.

Bezüglich Hapag-Lloyd sagte der Bürgermeister, "I want my money back", und zwar nicht innerhalb längerer Zeit, sondern innerhalb kürzester Zeit. Wir haben schon damals gesagt, dass wir das für falsch halten.

(*Wolfgang Rose SPD*: Das sagt er ja immer!)

– Wir haben ihn unterstützt, wenn du dich noch daran erinnerst, wir haben einige Diskussionen darüber gehabt. Dementsprechend ist das doch das Entscheidende.

Die Einschätzung war falsch. Er verspricht etwas, das er nicht einhalten kann. Bei der HSH Nordbank noch zwei weitere Jahre auf diese Art und Weise abzuwarten, da verspricht er etwas, das er nicht einhalten kann und das schlechter aussehen wird.

Beim Thema Olympia zu sagen, irgendwie werde der Bund schon 6 Milliarden Euro dazubezahlen, da verspricht er etwas, von dem man ebenfalls nicht weiß, wie er es einhalten kann.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen! Eine solche autoritäre Führungsstruktur, die Sie in Ihren Reihen haben, zugespitzt auf einen Bürgermeister, führt nicht nur zu falscher Politik, sondern auch zu Größenwahn. Und der zeigt sich an diesen Punkten.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Auch von uns vielen Dank für Ihre Worte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU spricht Englisch und holt sich Anleihen bei der geschätzten ehemaligen Premierministerin Großbritanniens, Margaret Thatcher.

(Beifall bei *Michael Westenberger CDU*)

Yes, we do want your money back. Liebe CDU, auch wir wollen Geld zurück. Wir wollen das Geld zurück, das unter Ihrer Regierung in der HSH Nordbank versenkt wurde.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen das Geld zurück, das Sie durch den völlig überkauften Kauf der Anteile an Hapag-Lloyd verschleudert haben. Die CDU hat bei der HSH Nordbank das fortgeführt, was sie an fehlender Kontrolle noch aus Zeiten des jahrzehntelangen SPD-Filzes geerbt hat. Sie hat in der Finanzkrise das Ende mit Schrecken gescheut und stattdessen einen Schrecken ohne Ende hinterlassen.

Hapag-Lloyd ist ein weiterer Fall. Hier hat die CDU mit tatkräftiger Unterstützung der GRÜNEN entschieden, den staatlichen Unternehmer zu spielen, und sich massiv verspekuliert. 2009 kaufte der CDU-geführte Senat fast 14,2 Millionen Anteile zu 51,10 Euro. Überkauft, wie wir heute wissen – und schon 2012 wussten, als die Stadt Hamburg, unter Führung von Olaf Scholz und der SPD, weitere 10,1 Millionen Anteile zu jeweils 41,22 Euro kaufte. Nach nunmehr erfolgtem Börsengang liegt der aktuelle Kurs gerade einmal bei 20 Euro.

Erstausnehmend ist heute vor allem, dass Sie, liebe CDU, dieses Thema selbst auf die Tagesordnung gesetzt haben. Die Causa Hapag-Lloyd zeigt: Einmal mehr wurde teuer eingekauft, und voraussichtlich wird der Wertverlust für Hamburg und seine Steuerzahler erheblich, voraussichtlich nur, weil noch nicht klar ist, wann und zu welchem Preis verkauft wird. 153 Millionen Euro wurden bereits abgeschrieben. Eine Kurssteigerung ist nicht in Sicht. Und Hamburg mag mit einem Verkauf Zeit haben. Als vorsichtiger Kaufmann müsste Hamburg heute bereits seine Anteile deutlich stärker abwerten. Ein Buchverlust von weiteren 500 Millionen Euro könnte bei der HGV verbucht werden müssen.

Der Staat ist immer ein schlechter Unternehmer, sei es bei der Führung von Banken, von Autokonzernen oder Reedereien. Aus anderen Gründen sollte sich der Staat, auch ein Stadtstaat, möglichst nicht als Unternehmer betätigen, sondern nur gute

(Andrea Oelschläger)

Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement schaffen. Ich verweise in diesem Zusammenhang noch einmal auf Ludwig Erhard.

Hapag-Lloyd ist nach der Fusion mit der chilenischen Reederei mit 188 Schiffen die viertgrößte Containerreederei der Welt. In der ersten Hälfte dieses Jahres verdiente der Konzern 157 Millionen Euro bei einem Umsatz von 4,7 Milliarden Euro. Das war das beste Ergebnis seit längerer Zeit. Rund um den Globus beschäftigt das Unternehmen rund 10 000 Mitarbeiter, 1 000 davon in Hamburg. Geht es mit der Weltwirtschaft bergauf, geht es im Containerhandel bergauf, profitiert auch Hapag-Lloyd. Gute Nachrichten für Hamburg, könnte man meinen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir die Kaufpreise und den derzeitigen Börsenkurs zugrunde legen, hat Hamburg jeden Arbeitsplatz mit mehr als 100 000 Euro pro Jahr subventioniert – 100 000 Euro. Anders als bei der HSH Nordbank mag beim Verkauf von Hapag-Lloyd keine Eile geboten sein. Wir können durchaus entspannt abwarten, wie das weltweite Containergeschäft sich entwickelt, ob weitere Synergien aus der Fusion erwachsen, was ein geschicktes Management macht und wie es sich in diesem schwierigen Geschäftsumfeld schlägt. Von solchen Spannungen sollte der Haushalt, sollte die Vermögenslage einer Stadt jedoch nicht abhängen.

Die CDU hat sich also erinnert. "I want my money back", rief Margaret Thatcher 1984 in Richtung Brüssel. Der Grund war damals, dass Großbritannien eines der ärmsten Länder der EG war und trotzdem wenig Geld aus Brüssel bekam, denn der Anteil der Landwirtschaft am damaligen EG-Haushalt machte über 80 Prozent aus. Die Briten hatten jedoch nur einen kleinen Anteil an der Landwirtschaft und bekamen deswegen eben auch nur wenig Geld zurück. Thatcher handelte folgerichtig einen Rabatt auf ihre Beiträge aus. Die CDU zitiert nun hier und heute Thatcher und zieht leider aus dieser Erinnerung nicht die richtigen Schlüsse. Sollten die Damen und Herren von der CDU auf diese Situation anspielen: Ja, auch wir wollen unser Geld zurück, insbesondere von der EU wegen fehlender Grenzkontrollen, fortgesetztem Rechtsbruch in der Flüchtlingsfrage,

(Heiterkeit bei der FDP)

wie schon in der Euro-Krise, aber auch wegen überbordender Bürokratie. Das wäre im Sinne Margaret Thatchers, das wäre im Sinne ökonomischer Vernunft. Ja, wir wollen unser Geld zurück.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Ihre Redezeit ist abgelaufen, Frau Abgeordnete.

Andrea Oelschläger AfD (fortfahrend): Auf Hamburg bezogen: Hände weg von Unternehmenskäufen. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gehört viel Unkenntnis dazu, gerade diesem Senat eine Milliardenvernichtung bei der HSH Nordbank zuzuordnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ganz im Gegenteil wurden in den vergangenen Jahren nicht Milliarden Euro vernichtet, sondern Milliarden-Risiken abgebaut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Genau genommen wurden Risiken von über 180 Milliarden Euro um gut zwei Drittel zurückgeführt. Auch die Gewährträgerhaftung von seinerzeit 65 Milliarden Euro ist auf einen Restbetrag von rund 12 Milliarden Euro gesunken. Trotz der hohen Anforderungen der Bankenaufsicht und der schwierigen Entwicklung der Bankenmärkte, des Dollarkurses und vor allem der Schifffahrt ist dies ein bemerkenswertes Ergebnis, denn die falschen Ratschläge und Forderungen nach einer sofortigen Abwicklung hätten einen bestandsgefährdenden Vermögensschaden für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein ausgelöst, den wir im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verhindert haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Teilkündigungen der Garantie entsprachen übrigens den Bedingungen des Garantievertrags, den dieser Senat gar nicht unterzeichnet hat. Sie wurden der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angezeigt und konnten von den Ländern schon aus rechtlichen Gründen 2011 gar nicht abgelehnt werden.

Herr Kruse, 2011 war nach meiner Erinnerung die FDP an der Regierung in Kiel beteiligt. Vielleicht erkundigen Sie sich einfach einmal bei Herrn Kubicki, wie das war, wenn Sie das nicht selbst nachvollziehen wollen, denn das ist die Lage bezogen auf den Garantievertrag, der 2009 unterzeichnet wurde und der dann nach den Restrukturierungsplänen der Bank auch umgesetzt wurde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und immer noch sind die schnellen, vermeintlich einfachen Lösungen die teuersten. Deshalb werden wir der Bürgerschaft in den kommenden Tagen eine Drucksache zuleiten, in der wir einen Vorschlag zur Fortführung und zum Verkauf der Bank

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

innerhalb von zwei Jahren machen, so, wie wir es mit der EU-Kommission verhandelt und vereinbart haben. Diese Lösung ist voraussichtlich immer noch teuer. Aber sie begrenzt und verringert den maximalen Vermögensschaden, der sich aus dem Restbestand an Altkrediten aus früheren Jahren ergibt, für die wir als Eigentümer, Gewährträger und Garantiegeber haften, ob wir wollen oder nicht, und vor allen Dingen unabhängig davon, ob die Kredite innerhalb oder außerhalb der Bank liegen. Es geht deshalb nicht um neue Milliarden Euro, um neue Risiken, sondern es geht um den Abbau der alten Risiken, ohne dass diese das positive Neugeschäft und den werthaltigen Teil der Bank in Mitleidenschaft ziehen.

Und jetzt zum zweiten, völlig anderen Thema der Aktuellen Stunde, Hapag-Lloyd, bei dem wir das sogenannte Unternehmertum der Stadt noch einmal in den Zusammenhang stellen müssen. Ende 2011 Anfang 2012, hatte die Stadt bereits über 700 Millionen Euro in Hapag-Lloyd investiert, aber das, was eigentlich verhindert werden sollte, ein Mehrheitsverkauf durch TUI, stand vertraglich gesichert unmittelbar vor der Tür, und das bei einem Unternehmen, das eine entscheidende Rolle für die Wirtschaftskraft unseres Hafens und die gesamte maritime Wirtschaft der Metropolregion mit Zehntausenden von Arbeitsplätzen hat. Sie werden verstehen, dass es einem wirtschaftsfreundlichen Senat und übrigens auch den privaten Hamburger Investoren ein Anliegen war, diesen Mehrheitsverkauf endgültig abzuwenden und den Standort der Hamburger Traditionsreederei in Hamburg dauerhaft zu sichern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der nächste Schritt bestand in der Stärkung des Unternehmens durch einen geeigneten Partner, leider nicht Hamburg-Süd, aber die chilenische Reederei CSAV, mit der nun gemeinsam erhebliche Synergien gehoben und deutlich bessere Unternehmensergebnisse erzielt werden können, wie Sie dem gerade veröffentlichten Q3-Bericht des Unternehmens entnehmen können.

Der dritte Schritt war dann der Börsengang, der bereits zweimal gescheitert war und nun in einer gemeinsamen Anstrengung des Unternehmens und aller Anteilseigner, insbesondere auch der privaten Investoren Kühne und CSAV, vollzogen wurde. Den Börsengang, der über viele Monate vorbereitet worden war und über einen langen Zeitraum vorbereitet werden musste, nun kurzfristig abzusaufen, wäre eine falsche Entscheidung gewesen, denn eine neue Chance hätte sich voraussichtlich für viele Jahre nicht ergeben. Die Struktur des Börsengangs wurde deshalb der aktuellen Kapitalmarktlage angepasst. Trotz des niedrigen Ausgabepreises hat die Börsennotierung für das Unternehmen einen großen Wert, nämlich die Finanzierung wichtiger, neuer Investitionen aus neuem Ei-

genkapital. Genau das war Sinn und Zweck des Börsengangs als dritter Schritt unserer Hapag-Lloyd-Strategie.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erstens: Abwendung des Mehrheitsverkaufs, zweitens: Stärkung der Reederei durch einen geeigneten Partner und drittens der Börsengang. Wir können uns jetzt zu einem Zeitpunkt, den wir selbst bestimmen, von Anteilen trennen, ohne die Stabilität des Unternehmens zu gefährden. Niemand zwingt uns aber, dieses zu niedrigen Kursen zu tun. Wie bei der HHLA und bei Beiersdorf gibt es auch heute keinen Grund, Buchwerte nach schwankenden Börsenkursen auszurichten, um dann täglich bekanntzugeben, welche Scheingewinne oder Scheinverluste sich rechnerisch aus einem Börsenkurs ergeben würden, wenn man zu diesem Kurs verkauft hätte. Das ist nicht sinnvoll, das macht kein vernünftiger Unternehmer und auch keine vernünftige Unternehmerin. Und deshalb können Sie sich darauf verlassen, dass dieser Senat das auch nicht machen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat erneut Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP: Meine Damen und Herren von Rot-Grün, um ehrlich zu sein, haben Sie unsere Sorgen begründet, denn Sie haben keine Beteiligungsstrategie. Und Sie irren auch, wenn Sie sich über unsere Kritik aufregen und gleichzeitig erzählen, wir hätten keine Problemlösungen. Herr Tjarks, Sie müssen bis ins Jahr 2003 zurückgehen, um uns zu kritisieren. Ich lade Sie gern ein, wieder in die Gegenwart zurückzukommen.

Sie sagen, Sie hätten beim Thema Gewährträgerhaftung eine Strategie aufgezeigt, nur um dann zu behaupten, wir würden uns über die Probleme retten mit der Gewährträgerhaftung, die wir bis Ende dieses Jahres noch haben. Genau das ist eben keine Strategie. Wir haben Ihnen eine ganze Menge vorzutragen und eine ganze Menge aufgezeigt, was Sie jetzt tun sollten.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Was denn?)

Erstens – auch das haben Sie nicht getan –: Definieren Sie endlich ein Ziel, wie Sie diese Bank ausrichten wollen, und legen Sie ein Konzept auf den Tisch, wie Sie die Bank in den Markt bringen wollen. Sie haben jetzt die Privatisierungsaufgabe. Und Immobiliengeschäfte in den fünf großen deutschen Städten sind ein prozyklisches Geschäft und ein großer Teil des Neugeschäfts, aber es ist keine Strategie für eine Unternehmerbank im Norden, wie die HSH Nordbank sein soll. Also: Legen Sie ein Konzept auf den Tisch.

(Michael Kruse)

Zweitens: Stellen Sie die Bank endlich so auf, dass sie auch für Käufer interessant ist.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Sollen wir die Summe erhöhen?)

Und drittens: Reden Sie auch mit alten und potenziellen neuen Investoren. Sehen Sie dabei bitte der Wahrheit ins Auge. Die Ratingagentur Fitch hat Ihren Traum, die HSH Nordbank der Nord/LB zuzuschlagen, nur zwei Tage nach der Eckpunktevereinbarung als nicht sachgerecht entlarvt. Fitch hat auch noch etwas anderes getan. Sie haben nicht nur das Rating lediglich eine Stufe über sogenanntem Ramsch gelassen, sondern sie haben auch einen negativen Ausblick gegeben. Also ist es allerhöchste Eisenbahn, aber Sie haben nichts vorgelegt. Wir hoffen sehr, dass dazu etwas in der Drucksache steht, denn das wäre das Wichtige hier. Oder wollen Sie die Bank etwa in China verkloppen? Hören Sie einmal in die Hafenvirtschaft hinein. Sie hat Sorge, dass Sie die Bank bei den Gesprächen, die gerade in China mit Herrn von Oesterreich und Herrn Scholz stattfinden, verkloppen. Aber wenn Sie das machen wollen, dann sagen Sie es bitte der Hamburger Hafenvirtschaft.

Schauen wir uns das nächste Sorgenkind an, die HHLA. Um 10 Prozent bricht der Containerumschlag im 1. Quartal 2015 ein. Und was machen Sie? Sie wollen das Hafengeld erhöhen. Warum das so ist, ist klar, weil die GRÜNEN in der Regierung sitzen und Sie irgendetwas für die machen müssen. Aber das ist ein Fehler. Das Gegenteil von dem, was Rot-Grün macht, ist richtig. Deswegen müssen Sie das Hafengeld unangepasst lassen und insbesondere der Hafenvirtschaft hier in Hamburg eine Perspektive geben für den Zeitraum, in dem die Fahrrinnenanpassung noch nicht realisiert ist, auch wegen der Verzögerung, die Ihr Senat gerade produziert.

(Beifall bei der FDP)

Bei Hapag-Lloyd müssen wir auch nicht so weit zurückgehen. Natürlich kennen wir die Historie, und es ist nett, wenn Sie das alles noch einmal aufzählen, aber sehen Sie sich auch einmal Ihre Fehler an. Sie nehmen bereits im laufenden Börsengang eine weitere Kapitalerhöhung vor und veröffentlichen das Anfang Oktober. Damit senden Sie doch ein völlig falsches Signal an die Aktienkäufer,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das ist normal!)

nämlich, dass ihre Anteile demnächst weiter verwässert werden und dass eine Dividende noch unwahrscheinlicher ist. Das haben Sie mit Ihrer Beteiligung zu verantworten. Das ist planlos und konzeptlos.

Und auch das Durcheinander in der Kommunikation spielt natürlich eine Rolle. Erst heißt es, man brauche schon drei bis fünf gute Quartale, bevor man an die Börse gehen könne. Dann kommen

Sie nach zwei Quartalen, davon eines nur deshalb operativ im Plus, weil Sie eine Rückstellung aufgelöst haben, und sagen, jetzt gehen wir an die Börse. Natürlich ist es in einem solchen Durcheinander schwierig, mögliche Investoren in einem schwierigen Marktumfeld dafür zu begeistern, bei Hapag-Lloyd zu investieren. Der Börsengang war überstürzt, und nichts von dem, was Sie hier versprechen, nämlich Kaufpreis und Finanzierungskosten hereinzuholen – dazu haben Sie nichts gesagt, Herr Senator, das haben Sie ausgelassen –, werden Sie einlösen können.

Und erzählen Sie bitte den Hamburgern, wie Sie aus 20 Euro 50 Euro im nächsten Jahr machen wollen. Das ist der Wert, den Sie nächstes Jahr schon hereinholen müssen, danach wäre es sogar noch mehr.

Frau Oelschläger, Sie haben nicht recht, denn es wird immer teurer, je länger wir diese Beteiligung halten. Darum wundert es mich überhaupt nicht mehr, wenn Sie, Herr Tschentscher, im Ausschuss auf meine Nachfrage nach dem zeitlichen Horizont hin erklären, dass Sie das eines Tages realisieren wollten. Das ist eine Formulierung aus einem Märchen, und das wird noch in einem Albtraum enden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei André Trepoll CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Quast von der SPD-Fraktion.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, dass es insbesondere der FDP-Fraktion und meinem Vorredner, Herrn Kruse, gut angestanden hätte, Herrn Senator Tschentscher zuzuhören und dem zu folgen, was er ausgeführt hat über das, was der Senat in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren getan hat, um den Hamburger Haushalt vor Schaden zu bewahren, und zwar vor Schaden, der schon in der Vergangenheit angerichtet worden ist, zu einem Zeitpunkt, als auch Ihre FDP-Fraktion in der Verantwortung gestanden hat, Herr Kruse.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Problem ist von Herrn Kleibauer richtig beschrieben worden. Das Problem war, dass Zuschauen kein Risikomanagement ersetzt. Das Problem hatten wir aber Mitte des vergangenen Jahrzehnts, von 2002 bis 2005, und nicht jetzt, in den letzten Jahren. In dem Zeitraum ist nämlich das passiert, von dem wir heute verhindern müssen, dass es zu großem Schaden für den Haushalt Hamburgs und Schleswig-Holsteins führt. Zu dem Zeitpunkt nämlich ist die HSH Nordbank aufgebläht worden, hat sich vollgesogen mit Kapital, vollgesogen mit Risiken, und das alles unter dem Aspekt, dass bis 2005 die Möglichkeit, sich mit einer öffent-

(Jan Quast)

lichen Gewährträgerhaftung abzusichern, entfallen würde. Genau zu dem Zeitpunkt, als die CDU und die FDP in dieser Stadt Verantwortung getragen haben, ist der Schaden entstanden,

(André Trepoll CDU: Und in Schleswig-Holstein?)

den wir heute versuchen in den Griff zu bekommen. Ich denke, das, was der Senat in den letzten Jahren getan hat und was jetzt in diesen Tagen mit Brüssel zum Abschluss kommt, ist eine gute Basis, um den Schaden weitestgehend zu minimieren. Deswegen ist das, was wir hier diskutiert haben, was der Senat uns demnächst in der Drucksache vorlegt, der richtige Weg, um Hamburg und Schleswig-Holstein zu sichern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich würde mir daher sehr wünschen, dass Sie aufhören, aus einer Situation, die öffentlich diskutiert wird, Kapital zu schlagen oder, wie Herr Hackbusch es gesagt hat, dass Sie anfangen, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen. Aber das gilt im Zweifelsfall genauso gut für Sie, Herr Hackbusch, denn auch Sie haben sich an verschiedenen Stellen von Senator Tschentscher darlegen lassen, dass das, was Sie als vermeintliche Lösung vortragen, nämlich die Anwendung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes, keine Lösung ist. Wir haben hier nämlich genau den Fall, dass der Anteilseigner im Wesentlichen die öffentliche Hand ist. Das bisschen, was Flowers im Verhältnis zur öffentlichen Hand hält, nicht nur im Verhältnis zu den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein, sondern auch zu den öffentlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein, ist wenig. Der Schaden ist bei den Ländern groß,

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Haben Sie mir zugehört?)

der Schaden ist zweifellos bei den Sparkassen groß, und da nützt es uns gar nichts, wenn Sie ein Gesetz anwenden, das für völlig andere Fälle gedacht ist. Es hätte aber in diesem Fall eher zusätzliche Probleme bereitet, und zwar schon jetzt. Wenn es nicht zu einer Lösung in Brüssel gekommen wäre, dann hätten nun schon verschiedene Szenarien eintreten können, die dazu geführt hätten, dass uns die Gewährträgerhaftung aus Altverbindlichkeiten jetzt getroffen hätte. Sie wären aus der Bank gezogen worden, und dann hätten wir eine Abwicklung, die keine geregelte gewesen wäre.

Wir haben nun aber die Chance – davon gehe ich aus nach dem, was der Senator uns vorgetragen hat –, die Bank so weit zu stabilisieren, dass unsere Vermögenspositionen am Ende gesichert sind und der Verlust nicht in dem maximalen Umfang eintritt, der denkbar gewesen wäre, wenn es zu diesem Zeitpunkt unkontrolliert anders gelaufen wäre. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion hat noch einmal das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Meine Damen und Herren! Es ist immer spannend, in die Geschichte der HSH Nordbank zu schauen.

(Dirk Kienscherf SPD: Deprimierend!)

Irgendwann findet man immer einen, der dabei war.

Herr Quast, bei Ihrer Aufzählung nannten Sie den Zeitraum 2002 bis 2005. Die damalige Aufsichtsratsvorsitzende war die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis, das sollten Sie nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können noch ein bisschen in die Historie schauen. Ich habe mir die Debatte in diesem Hause zur Gründung der HSH Nordbank im Jahr 2003 angesehen. Der Redner der SPD hat gesagt, die Fusion sei an sich schon vom Vorgänger-Senat der SPD angedacht, aber von Herrn Dr. Peiner erfolgreich umgesetzt. Das hat Ihr damaliger Abgeordneter Werner Dobritz so gesagt.

(Beifall bei Wolfgang Rose SPD)

Da findet sich also relativ viel, über das man heute nett schmunzeln kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin aber doch dafür, dass wir die heutigen Probleme auch nach heutiger Art lösen. Da ist natürlich dieser Senat sehr stark gefordert. Sie haben es als getrennte Themen aufgeführt, Herr Tschentscher, auf der einen Seite die HSH Nordbank und auf der anderen Seite Hapag-Lloyd. Nein, das hängt sehr eng zusammen, gerade beim Bereich Schifffahrt und Finanzmarkt. Es gibt noch mehr, auch die HPA wurde kurz angesprochen, bei der ebenfalls unklar ist, ob sie sich mehr verschulden muss, um die Investitionen zu stemmen. Es gibt die HHLA als großen Umschlagsbetreiber, auch sie schwächelt dieses Jahr.

(Arno Münster SPD: Mach dir keine Sorgen!)

– Ist schon gut, Arno Münster, aber sie hat Marktanteile verloren.

Die HHLA verliert Marktanteile im Hamburger Hafen, und Hamburg verliert Marktanteile in der Nordrange. Das darf man nicht vergessen. Die Prognose wurde dieses Jahr zweimal gesenkt.

(Wolfgang Rose SPD: Das ist doch eine Provinzdebatte!)

Das ist bei Weitem nicht so dramatisch wie bei den Reedereiliniern, das ist völlig klar. Aber es zeigt doch, dass wir als Stadt in diesem Segment ein

(Thilo Kleibauer)

enormes Klumpenrisiko haben, und deshalb braucht man eine Gesamtstrategie.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Herr Senator, ich fand es ganz interessant, denn Sie legen jetzt einen Vorschlag vor, wie der Verkauf der Bank funktioniert. Der Verkauf der Bank, das ist doch nicht Ihre Idee, das ist eine harte Auflage der EU, bei der die vollständige Skepsis am Geschäftsmodell der HSH zum Vorschein kommt. Die EU-Kommission sagt, man sei dieses Jahr noch einmal in Brüssel gewesen, aber sie wolle das kein weiteres Mal sehen, dieses Thema müsse verändert werden. Das ist eine massive Auflage, die jetzt zu einem sehr hohen zeitlichen Druck führt. Ich erinnere mich noch, 2011 oder 2012, bei der ersten Beihilfeentscheidung, war das auch schon ein Thema. Sie waren damals froh, dass diese Auflage nicht von der EU gekommen ist. Insofern zeigt dies die Skepsis am Geschäftsmodell. Es ist im Endeffekt eine Notbremse der EU, es ist nichts, womit dieser Senat glänzen kann.

Für uns, das haben wir immer gesagt, ist weiterhin die Garantiehöhe von 10 Milliarden Euro der Maßstab. Noch einmal zur Erinnerung: Die letzte offizielle Schätzung war, dass davon ungefähr 2 Milliarden Euro in Anspruch genommen würden. Jetzt ist gedanklich ein Großteil dieser Garantiesumme genutzt.

Für das Thema Ankauf der Kreditportfolien im jetzigen Modell wird frisches Geld der Bundesländer benötigt. Es ist ein Problem, wenn wir in diesem Jahr relativ schnell zum Jahresende hin Entscheidungen treffen müssen. Aber wirklich eine Art Black Box zu beschließen, einen Blankoscheck ausstellen zu wollen, ohne zu wissen, was an neuen Geldern eventuell in die Holding oder auch in die neue Anstalt zum Ankauf von Altlasten geht, da muss der Senat deutlich mehr Details auf den Tisch legen, damit dieses Thema im Endeffekt auch für die Hamburger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler visibel wird.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Suding FDP*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion hat das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte aus Sicht der GRÜNEN Fraktion noch kurz etwas zum zweiten Thema sagen, das immer ein bisschen untergemischt wird: Hapag-Lloyd. Ich glaube, wir sollten uns noch einmal daran erinnern, warum wir 2008 in einem parteiübergreifenden Konsens von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN das Unternehmen gekauft haben. Es ging nämlich darum, dass wir die Übernahme von Hapag-Lloyd durch eine ande-

re Reederei, und zwar die konkrete Übernahme durch NOL (Neptune Orient Lines Ltd.), abwenden wollten. Wir wollten 1 000 Arbeitsplätze am Standort erhalten. Wir wollten ein großes Unternehmen am Standort erhalten, das hier Steuern zahlt. Und wir wollten natürlich auch eine wichtige Ertragsquelle für den Hamburger Hafen erhalten. Deswegen glaube ich immer noch, gut sagen zu können, dass das damals eine richtige Entscheidung war.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es wird jetzt darum gestritten, wie viel das Unternehmen eigentlich wert ist. Herr Kruse sagt, an der Börse koste eine Aktie 20,15 Euro, die HGV sagt, sie habe das im Anlagevermögen und deswegen werde es nach Ertragswert bilanziert, und wenn man sich den Ertragswert anschauet, sei das Unternehmen in Wahrheit werthaltiger. Das ergibt aus meiner Sicht mehr Sinn.

Ich möchte einmal aufzeigen, was Ihre Lösungsstrategie wäre, Herr Kruse. Ihre Lösungsstrategie vom 28. September 2015, also vor sechs Wochen, lautet – ich zitiere –:

"Der Senat muss im unmittelbaren Anschluss an den Börsengang seine freien Aktien verkaufen und so seinen Anteil an Hapag-Lloyd reduzieren."

(Heiterkeit bei *Wolfgang Rose SPD*)

Das ist nun die beste Möglichkeit, einen sofortigen 500-Millionen-Euro-Verlust der Stadt zu realisieren und nicht nur in den Büchern zu haben. Herr Kruse, das ist wirklich keine gute Idee.

(*Michael Kruse FDP:* Sie haben doch selbst eine Anfrage gestellt, wie der Buchwert ist!)

An dieser Stelle ist in der Tat ein langer Atem notwendig, aber den haben Sie nicht. Deswegen ist es gut, dass Sie das nicht in Ihren Händen haben. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Eigentlich wollte ich ein großes Plädoyer für Staatsunternehmen halten; das werde ich gleich tun. Aber zuerst zu etwas, das mir bei Ihrem Redebeitrag aufgefallen ist, Herr Tjarks. Ich kann mich an die vergangene Legislaturperiode erinnern,

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

in der Ihre Beiträge sich noch ganz anders angehört haben. Ich finde, Sie sollten sich hinstellen und sagen: Gegenwärtig sagen wir es so, damals haben wir etwas anderes vertreten. Und Sie sollten

(Norbert Hackbusch)

uns erklären, warum das so ist. Ich glaube, das wäre für die politische Glaubwürdigkeit ganz gut.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der FPD)

Wir haben damals dafür plädiert, dass der Staat im Zusammenhang mit Hapag-Lloyd interveniert. Das war am Anfang eine allumfassende Meinung in der Bürgerschaft. Ich will noch einmal betonen, was passiert wäre, wenn wir zu diesem Zeitpunkt die zusätzlichen Aktien nicht gekauft hätten, sondern das – und die Gefahr war da – an Maersk übergegangen wäre. Alle Experten, die wir damals gefragt haben, haben gesagt, dass der Mehrheitseigner dann in der Lage sei, dieses Unternehmen völlig auszusaugen, bis auf das leere Gebäude am Ballindamm, das als Einziges stehen bleiben muss. Bei der Schifffahrtskrise in den letzten Jahren, die sich schlimmer entwickelt hat, als jeder von uns gedacht hätte, weiß man, was für Auswirkungen das gehabt hätte, nicht nur auf Hapag-Lloyd und diese 1 000 Arbeitsplätze, sondern auch auf den Hamburger Hafen. Dementsprechend ist es trotz der Verluste, die ich durchaus kritisiere – es war ein Fehler, zu versprechen, dass es so schnell wieder zurückkommt –, eine richtige Entscheidung gewesen, das will ich noch einmal betonen. Es ist notwendig, staatlich zu intervenieren. Das ist die einzige Chance in Krisen, die so verrückt sind wie gegenwertig die Reedereien- oder Schifffahrtskrise. Obwohl Überkapazitäten ohne Ende vorhanden sind, baut man noch mehr Schiffe. Das ist doch völlig verrückt, ein Irrsinn. Der Staat ist in der Lage, wenigstens einigermaßen gegenzusteuern. Das halte ich für notwendig, und das sollte man hier in der Bürgerschaft noch einmal betonen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und auch im Zusammenhang mit der HSH Nordbank will ich eines noch einmal deutlich sagen: Keines der Argumente, die ich eben genannt habe, ist von Ihnen aufgenommen worden. Ich finde das einfach eine Frechheit mir gegenüber.

(Zurufe bei der SPD: Oh, oh! – *Dirk Kienscherf SPD*: Sei mal nicht so empfindlich!)

Ich habe Ihnen deutlich gesagt, wie das mit den 4 Milliarden Euro Anteilen ist, die an dem Tag, an dem gesagt wurde, ihr werdet nicht hinzugezogen, einen Sprung von 30 Prozent gemacht haben. Setzen Sie sich damit auseinander, das ist doch ein wichtiger Fakt. Sie gehen einfach darüber hinweg.

Herr Tschentscher, wir haben nie eine sofortige Abwicklung gefordert. Das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz sieht doch etwas anderes vor. Man schaut sich eine Sanierung an, das läuft über Monate. Der große Unterschied besteht im Wesentlichen darin, dass Sie, weil Sie diese Bank irgendwie toll finden, glauben, dass die Bank eine Zukunft hat.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Stimmt doch gar nicht!)

Gegenwertig ist das nicht vermögensschonend, sondern mit dieser Art und Weise wird die Hoffnung darauf gesetzt, dass es in zwei Jahren besser wird.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist Schadensbegrenzung!)

Das ist eine Spekulation zulasten des Hamburger Haushalts und der Steuerzahler, nur weil Sie eine Illusion bezüglich dieser Bank haben. Lassen Sie diese Illusion fahren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Thema. Dann kommen wir zum zweiten, von der AfD-Fraktion angemeldeten Thema

Warum schützt der Senat nicht das Recht auf Demonstrationsfreiheit? Wieso bestimmen Links-Chaoten, der "Schwarze Block" und Die Linke unter Begleitung von SPD sowie Grünen, wer in Hamburg demonstrieren darf?

Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zeitungen, das Fernsehen, alle sind voll von der Flüchtlingskrise, die sich zu einer kolossalen Krise ausgewachsen hat. Jeden Tag kommen ungesteuert Zehntausende Menschen zu uns nach Deutschland, jeden Tag eine Kleinstadt, aus dem Orient, aus Afrika, um für immer hierzubleiben.

(*Gabi Dobusch SPD*: Sie kennen aber das Thema?)

Der Grund sind falsche Versprechen, die die Politik gemacht hat. Das Problem ist, dass wir weiter Millionen Menschen in Elendsgebieten verlocken, ihr Hab und Gut zu verkaufen, alles an die Schleusermafia zu geben und sich mittellos auf den Weg zu machen. Das ist unverantwortlich auch diesen Menschen gegenüber. Angesichts solcher Verhältnisse, liebe Kollegen, müssen die Bürger ihre Sorgen doch ausdrücken dürfen. Sie müssen ihr Recht auf Demonstration ausüben dürfen. Wenn nicht jetzt, wann denn dann?

(Beifall bei der AfD)

Die Demonstration war ganz klar gegen die Politik, in keiner Weise gegen die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Das haben wir andauernd gesagt, und das sagen wir auch hier. Aber Sie haben den Bürgern dieses Recht genommen, Herr Innensenator Neumann – heute sind Sie noch nicht einmal da –

(Dr. Bernd Baumann)

indem Sie den linken Chaoten die Straße überlassen haben. Das darf so nicht hingenommen werden in dieser Stadt.

(Beifall bei der AfD)

Was genau ist abgelaufen in Hamburg? Wir haben uns eine Demo genehmigen lassen. Sie sollte vor dem Museum für Kunst und Gewerbe starten, dann sollte es einen Umzug an der Binnenalster entlang über den Jungfernstieg zum Gänsemarkt geben, wo die Abschlussveranstaltung sein sollte. Schon vorher haben linke Gruppen ganz massiv jeden, der kommen wollte, im Internet bedroht. Das war das erste Problem. Ungefähr 500 Menschen kamen trotzdem. Die Polizei ließ es dann aber zu, dass Linksextreme die Versammelten eingekesselt haben,

(*Milan Pein SPD: Aber nicht von Abgeordneten!*)

leider gemeinsam mit Abgeordneten der SPD und der LINKEN, die hier im Saal sind. Die haben sich damit gemeingemacht. Unsere Leute riefen an, Bürger riefen an: Wir kommen nicht durch. Ihr seid eingekesselt. Wir werden bedroht. Wir können nicht zu euch kommen. Als es dann losgehen sollte, rief der Polizeieinsatzleiter mich zu sich. Er sei von der Führung mit zu geringen Kräften ausgestattet und wir könnten nicht losgehen. Er erteile die Weisung, wir müssten am Platz bleiben, er könne uns vor den Links-Chaoten nicht schützen – ein Armutszeugnis für die Politik.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Herr Baumann, darf ich Sie kurz unterbrechen? Ich bitte die Abgeordneten an der Senatsbank, sich an die Gepflogenheiten im Raum zu halten. Das gilt auch für Herrn Müller.

Dr. Bernd Baumann AfD (fortfahrend):* Danke, Herr Präsident. – Das ist ein Armutszeugnis für die Politik. Das ist Demokratie in Hamburg im Jahre 2015. Das darf so nicht sein.

(Beifall bei der AfD)

Das Entscheidende ist, dass die massiven Drohungen im Netz den Politikern und der Polizeiführung vorher bekannt waren. Die linksextreme Szene in Hamburg hat bekanntermaßen Tausende von Leuten, die sie mobilisieren kann. Damit mussten die Sicherheitskräfte rechnen. Die Polizei hätte gut ausgestattet werden müssen. Es kamen nur 1 000 Links-Chaoten, viel weniger als erwartet. Damit wird klar, Herr Senator Neumann – Sie sind heute nicht da –, dass Sie nicht den politischen Willen gehabt haben, die Bürger zu schützen. Sie haben vor 1 000 Demonstranten kapituliert. Oder hatten Sie Angst, Ihre eigenen Parteigenossen von der Straße nehmen zu müssen, Herr Neumann?

(Beifall bei der AfD)

Bei Umfragen liegt die AfD nur zwei Jahre nach der Gründung bereits bei 10 Prozent; Sie werden es gelesen haben. Keine Partei hat das je geschafft, überlegen Sie sich das.

(*Juliane Timmermann SPD: Doch, die Schill-Partei!*)

Den Erfolg dieser Bürgerbewegung wird auch die Zusammenarbeit von Linken und SPD nicht stoppen, und mit solchen Methoden schon gar nicht.

(Beifall bei der AfD)

Man muss sich doch nur einmal ansehen, wer in Hamburg schon alles demonstrieren durfte: Linksradikele, schwarzer Block, Extremisten. Es ging bis hin zu Demonstrationen, wo Graue Wölfe, also Rechtsextremisten, mitgelaufen sind. Alle hat die Polizei in Hamburg geschützt, das war möglich. Wir durften das nicht, und das ist beschämend, auch für den Senat.

(Beifall bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Noch schlimmer ist es, wenn man sich anschaut, wo die AfD in Deutschland überall demonstrieren konnte wie eine normale demokratische Partei, denn wir sind bürgerliche Menschen und lassen uns das nicht absprechen.

(*Milan Pein SPD: Das ist nicht bürgerlich!*)

Es war in München, in Berlin, in Stuttgart, in Erfurt, in Dresden, in Mainz, in Schwerin – überall, nur in Hamburg nicht, wo der rot-grüne Filz das verhindert. Das ist einfach nicht demokratisch, liebe Kollegen. Das ist beschämend, Herr Innensenator, auch für Sie, der Sie heute nicht da sind.

(Beifall bei der AfD)

Noch schlimmer ist es, lassen Sie mich das bitte abschließend sagen, wenn man sich anschaut, wem der Senat den Erfolg auf der Straße geschenkt hat, mit wem er und die Abgeordneten, die mit dabei waren, sich gemeingemacht haben. Das waren hasserfüllte Chaoten, die die Leute bespuckten und bedrohten, die geschrien haben, Deutschland sei Scheiße, Deutschland sei Dreck, alle müssten weg – und die Abgeordneten von SPD und der LINKEN waren mitten darunter. Es gab Plakate "We love Volkstod". Damit haben sich Abgeordnete gemeingemacht, und diesen Chaoten hat die Polizei die Straße überlassen. Das darf so nicht sein. Deutschland ist die Summe seiner Staatsbürger. Die sind dort alle beleidigt worden. Einige aus diesem Hause haben leider mitgewirkt, und die bleiben für diese Schande mitverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort hat jetzt Herr Rose von der SPD-Fraktion.

Wolfgang Rose SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war zusammen mit 1 300 Menschen bei der Kundgebung der AfD

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

mit ihren 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gegenüber dem Hauptbahnhof, um mir ein Bild zu machen. Der AfD-Vorsitzende Dr. Bernd Baumann versuchte auf dieser Kundgebung durch das Skandieren von "Wir sind das Volk" und aggressiven Parolen gegen die Kanzlerin seine Zuhörerinnen und Zuhörer anzuheizen. Die Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten skandierten ihre Kritik hinter einer Polizeikette mit Sprüchen wie "Nationalismus raus aus den Köpfen" und "Mehr Bildung für die AfD".

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Die Situation war drei Stunden lang absolut friedlich. Statt den Marsch der AfD durch die Innenstadt durchzusetzen, hatte die Polizei die AfD angewiesen, aus Sicherheitsgründen am Ausgangsort eine stationäre Kundgebung abzuhalten.

(*Dirk Nockemann AfD:* Die Sicherheit haben Sie gefährdet!)

Dazu Originalton Dr. Baumann: Die Polizei hat kapituliert. Sie ist nicht in der Lage, uns vor den Linksfaschisten zu schützen.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Weil die Führung versagt hat!)

Wir haben den Platz heute gegenüber dieser Linksmafia gehalten. Tausende hätten sich zusammengerottet, und an den Schulen und Universitäten würden sie aufgehetzt. Angesichts dieser aufgeheizten Stimmung ist es dem klugen und besonnenen Verhalten der Hamburger Polizei zu verdanken, dass die angespannte Situation nicht eskaliert ist. Ein großes Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen von der Polizei.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Was die AfD wirklich denkt, kann man auf ihrer Internetseite lesen. Hier drei Zitate zu der Gegendemo – Originalton:

"[Es] marschierten [...] etwa 1.000 SPDler, Grüne und Linke auf, unter ihnen der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Kazim Abaci und der Abgeordnete der Linken, Mehmet Yildiz."

Es werden, wohlgemerkt, zwei Abgeordnete mit türkischen Namen genannt und nicht zum Beispiel Heike Sudmann oder ich, die wir ebenfalls dort waren.

Weiter der Originalton:

"Vorne weg, in vorderster Front, drängten vollständig schwarz Gekleidete, Vermummte, schmutzige, schreiend, zunehmend be-
trunkener Dose oder Flasch Bier schwenk-
end, jedenfalls sturmbereit die Polizeilini-
en langsam zu durchbrechen."

Und als Unterzeile eines Fotos von einer Mutter mit ihrem Kind auf dem Arm:

"Schrecklich: Purer Hass schlug selbst den Kleinsten entgegen!"

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Das war so!)

"Glücklicherweise konnte diese tapfere Mutter ihr Kind vor dem wütenden, linksextremen Mob in Sicherheit bringen."

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Die sind geflüchtet! Vor Ihnen!)

Und dann die politische Bewertung der AfD zu ihrer Demo in erschreckender Deutlichkeit. Ich zitiere:

"Die Situation legte den Schluss nahe, dass der Linken-Aufmarsch kein Zufall war und, von wem auch immer initiiert, vom Senat, von der Innenbehörde, von der Polizeiführung, einen Zweck erfüllte, nämlich statt der Polizei, die Gewalt gegenüber den AfD-Demonstranten auszuüben, sie in Schach zu halten, sie zu bedrohen. Das ließ erschauern und erinnerte an sehr dunkle SA-Zeiten."

(Zurufe von der SPD: Pfui!)

Senat, Innenbehörde und Polizeiführung haben also einen Linken-Aufmarsch initiiert, um Gewalt an AfD-Demonstranten auszuüben wie in dunklen SA-Zeiten. Mit dieser absurden Verschwörungstheorie

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

entfernt sich die AfD weit vom demokratischen Spektrum in dieser Bürgerschaft und in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN, der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Die AfD stilisiert sich als Opfer und als Märtyrer, hier das Volk und die AfD als sein Fürsprecher, dort der Feind, die sogenannten Altparteien und die Flüchtlingsschwemme. Mit diesem Feindbild werden Ressentiments bedient und vorhandene Unsicherheiten und Statusängste geschürt. Unsere Antwort darauf muss heißen: Aufklärung und Bildung, Stärkung der Demokratie und eine klare Abgrenzung gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, gegen Pegida und gegen die AfD.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP – *Dr. Bernd Baumann AfD:* Mit Linksextremisten zusammen?)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Dennis Gladiator von der CDU-Fraktion.

Dennis Gladiator CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und das Grundrecht auf Meinungsfreiheit sind ein besonders hohes Gut in unserem Land, denn sie sind als Freiheitsrechte ein wesentliches Fundament unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Deshalb muss der Staat und müssen wir alle die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit auch in besonderem Maße schützen. Das gilt gerade auch für rechtmäßige Versammlungen und Meinungen, deren Inhalt man nicht teilt, denn es ist gerade eine Errungenschaft unseres modernen Rechtsstaats – auch als Lehre aus unserer Geschichte –, dass sich die Schranken der Freiheitsrechte ausschließlich aus Gesetzen ergeben und nicht aus Fragen des persönlichen oder politischen Geschmacks.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Die Entscheidung also, ob eine Demonstration stattfinden darf oder nicht, ist daher einzig und allein Aufgabe der Genehmigungsbehörde und gegebenenfalls der angerufenen Gerichte. Wer das nicht akzeptiert und wer sich hierüber hinwegsetzt, der hat entweder die Grundregeln unserer Demokratie nicht verstanden oder lehnt diese sogar bewusst ab. Vor diesem Hintergrund ist es nicht akzeptabel, dass es gerade aus der linken und der linksextremen Szene immer wieder zu Angriffen auf die Versammlungsfreiheit kommt, indem genehmigte Versammlungen blockiert werden.

(Beifall bei der CDU und der AfD – Zuruf von *Milan Pein* SPD)

Das dürfen wir als Demokraten nicht hinnehmen,

(*Farid Müller* GRÜNE: Wen meinen Sie eigentlich mit "wir"?)

denn eines muss allen klar sein: Die Blockade einer genehmigten Demonstration ist ganz eindeutig eine Straftat, und, liebe Kollegen, der Zweck heiligt auch nicht die Mittel.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

In der Tat rächt es sich bei vielen Demonstrationen in dieser Stadt, die von Linken gestört und blockiert werden, dass der Senat viel zu wenig gegen die Gefahren des Linksextremismus unternimmt. Wir haben an dieser Stelle häufig darüber gesprochen, wir haben auch entsprechende Programme beantragt; sie wurden abgelehnt. Aber auch wenn der Senat hier Fehler macht, möchte ich eines in aller Deutlichkeit sagen:

(*Milan Pein* SPD: Na endlich!)

Die Hamburger Polizei und auch ihre Führung schützen die Grundrechte aller Personen. Die Hamburger Polizei schützt genehmigte Demonstra-

tionen jeglicher Couleur, denn das ist ihre verfassungsrechtliche Aufgabe, und dabei handelt sie keinesfalls politisch motiviert oder instrumentalisiert. Das müssen auch Sie, Herr Baumann, schlicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dirk Nockemann* AfD)

Meine Damen und Herren! Es steht außer Zweifel, dass ich, dass wir in der CDU die Stimmungsmache und die dumpfen Parolen der AfD ablehnen. So schwer es ist, gilt trotzdem: Solange strafrechtliche Grenzen nicht überschritten sind, müssen wir auch die Demonstrationen der AfD zulassen, übrigens auch, um ihnen nicht eine weitere Bühne zu bieten, um sich als Opfer zu stilisieren und darüber weiter vermarkten zu können. Aber wir müssen das nicht einfach so hinnehmen, denn das, was wir auf diesen Demonstrationen der AfD hören, ist wahrlich keine Alternative für Deutschland. Darum ist es unsere gemeinsame Aufgabe, diese extremen Positionen, diese Parolen und Stimmungsmache mit den Mitteln der Demokratie, also mit Argumenten und politischem Handeln, zu entkräften. Ich bin mir sicher, dass das das Einzige ist, was wirklich hilft. Und dass es hilft, darin bin ich mir auch sicher, denn die Werte unserer Verfassung sind höher und stärker als die Parolen der AfD. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort bekommt jetzt Antje Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wolfgang Rose, vielen Dank für die klaren, guten Worte.

(*Detlef Ehlebracht* AfD: Das wurde doch alles verdreht!)

Die sachlich-inhaltliche Beschreibung der Situation kann man damit abhaken. Du hast das gut beschrieben.

Ich komme noch einmal auf den Punkt zurück, was derartige konträre öffentliche Versammlungen eigentlich möglich macht. Es sind unsere Grundrechte, es sind unsere Freiheitsrechte, Herr Gladiator hat eben darüber gesprochen. Demonstrationen müssen jedoch nicht genehmigt werden, sondern sie werden angemeldet. Das ist aber nur ein kleines Detail. Das andere kleine Detail ist: Wenn wir diese Grundrechte nicht hätten, dann könnte sich niemand derart lautstark öffentlich konträr äußern. Wir wollen diese Grundrechte und wir wollen auch diese Möglichkeit der öffentlichen Versammlung, lautstark und konträr. Ob die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten werden oder nicht, ist strafrechtlich zu verfolgen, das haben nicht wir zu bewerten. Aber vielleicht muss man noch einmal

(Antje Möller)

kurz über das rechtsstaatliche Selbstverständnis reden, das sich aus der Anmeldung der AfD herauslesen lässt. Es ist nicht der Senat, der irgendetwas schützt oder nicht schützt, sondern in diesem Fall die Versammlungsbehörde und die Polizei. Es sind auch nicht zivile Akteure und Akteurinnen, weder Parteien noch Gruppierungen noch Fraktionen, die bestimmen, wer demonstriert und wer nicht demonstriert, es ist schlicht und einfach Artikel 8 des Grundgesetzes, der besagt, dass alle Deutschen sich friedlich und ohne Waffen versammeln dürfen, ohne Anmeldung. Und so war es drei Stunden lang.

Die Aufgabe der Polizei ist es einerseits, die Versammlungsfreiheit zu schützen, und andererseits die Gewährung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Das übliche Verfahren ist – das ist lange erprobt, etwa bei Demonstrationen zu Castor-Transporten und Blockaden anlässlich von Gipfeltreffen wie dem G7-Gipfel, und es wird bundesweit in viel kleinerem Rahmen bei Anmeldungen von NPD-Demonstrationen und zu erwartenden Gegendemonstrationen immer wieder praktiziert –, dass man mit dem, der die Demonstration angemeldet hat, über alternative Routen spricht. Das ist ein Mittel, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Verhältnis zu dem Versammlungsfreiheitsrecht abzuwägen. Genau das hat die Polizei getan. Die AfD hat der Wahl einer alternativen Route, auf der sie ihre Demonstration hätte machen können, nicht zugestimmt.

(Dirk Nockemann AfD: Frau Möller, Sie bestimmen doch nicht, wo es langgeht!)

Das haben Sie abgelehnt, das nur als kleine Ergänzung zu Ihrer Beschreibung der Situation, Herr Baumann. Und weil Sie es abgelehnt haben, erlaube ich mir schlicht die Schlussfolgerung, dass Sie gar nicht weit gehen wollten mit Ihrem Demonstrationzug, sondern dass Sie genau diese Situation, wie sie sich über drei Stunden ergeben hat, auch angestrebt hatten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Lieber Wolfgang Rose, Sie haben mir das Zitat weggenommen. Das wollte ich eigentlich auch bringen.

(Dirk Nockemann AfD: Da fällt Ihnen doch noch mehr ein!)

Das findet sich nämlich auf der offiziellen Website der AfD und ist damit ein offizieller Standpunkt. Ich will es jetzt nicht noch einmal bringen, sondern nur den Sinn zusammenfassen und wiederholen, um

den Irrsinn dieser Behauptungen darzulegen: Die Gegendemonstration soll auf Initiative des Senats, der Innenbehörde oder der Polizeiführung stattgefunden haben, und das Ganze im Stil der SA. Diese Verschwörungstheorie, diese unsägliche Geschichtslüge – das kommt noch hinzu –, dieses "Haltet den Dieb" der Diebe, das ist so erbärmlich, dass ich darüber kein weiteres Wort verlieren will.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Eine Auseinandersetzung mit Verschwörungsfanatikern ist sinnlos und Zeitvergeudung. Ich bin noch nie einer Meinung mit Olaf Henkel gewesen; ich mache heute eine Ausnahme. Ich zitiere:

"Wir haben ein richtiges Monster erschaffen."

So Olaf Henkel vor einigen Tagen mit Blick auf die AfD. Er bezeichnete sie als – auch das ein Zitat –

"[...] eine Art 'NPD light', vielleicht sogar identisch mit der NPD."

Wo er recht hat, hat er recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Mitbegründer der AfD hat er, wie er nun selbst zugibt, dazu beigetragen, den Geist aus der Flasche zu lassen. Ich bin sehr froh, dass es viele Menschen in dieser Stadt gibt, die daran arbeiten, den Geist in die Flasche zurückzustopfen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es ist eben kein Zufall, dass aus der AfD heraus ausdrücklich versucht wurde, Nazis übelster Sorte wie etwa den mehrfach einschlägig vorbestraften Vorsitzenden der Hamburger NPD, Thomas Wulff, zu der Hamburger Demonstration am 31. Oktober 2015 zu mobilisieren.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Unsinn! Nehmen Sie das zurück! Das ist eine Lüge!)

Es zeigt die Nähe. Es zeigt den fließenden Übergang vom Rechtspopulismus zum Neonazismus. Auf der AfD-Demonstration vergangenes Wochenende in Berlin sind viele Leute mit offen zur Schau getragener Nazi-Gesinnung mitgelaufen, es sind rechte Hooligans mitgelaufen, es sind offene Holocaustleugner mitgelaufen, alle unbehelligt, alle waren sie der AfD willkommen.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Damit haben wir nichts zu tun!)

In der AfD kommen Leute zu Führungsfunktionen, die der militärischen, gewalttätigen Bekämpfung der Flüchtlinge das Wort reden, wie jüngst der NRW-AfD-Vorsitzende und Europaparlamentarier Pretzell, der mit Blick auf die Flüchtlinge die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als Ultima Ratio zu einer Selbstverständlichkeit erklärte.

(Christiane Schneider)

Ich will aber in Hamburg bleiben und zum Vorlauf der Demonstration, der versuchten Demonstration, der AfD kommen. Wir haben in der letzten Bürgerschaftssitzung eine Brandrede des Abgeordneten Flocken gehört, die durch eine unerträgliche Religionshetze geprägt war und mit der der Abgeordnete Flocken das friedliche Zusammenleben in dieser Stadt massiv angegriffen hat. Wir haben gehört, wie er von einer – wörtlich – Invasion fabulierte.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dirk Nockemann, Frau Abgeordnete?

Christiane Schneider DIE LINKE (fortfahrend): Nein, nicht von ihm.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der Begriff "Invasion", Eindringen, ist in diesem Zusammenhang äußerst verräterisch, denn es handelt sich um einen Begriff für eine militärische Aggression, mit der der Abgeordnete Flocken eine militärische Antwort nahelegte und so zumindest indirekt der Gewalt das Wort redete.

Meine Damen und Herren! Die Zahl der Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte hat sich im 3. Quartal gegenüber dem 2. Quartal von 136 auf 274 verdoppelt. Schwere Delikte wie Brandstiftungen, Sprengstoffanschläge und Körperverletzungen haben sogar um das Dreifache zugenommen. Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt spricht von einem "alarmierenden Ausmaß rassistischer Angriffe", vor allem gegen Flüchtlinge. Rechte Gewalttäter nahmen immer häufiger tödliche Verletzungen in Kauf, so der Verband.

(*Detlef Ehlebracht AfD*: Sind wir noch beim Thema?)

Dieser Entwicklung müssen wir, müssen die demokratischen Parteien, muss die solidarische Stadtgesellschaft entgegenreten.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Schneider, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Wolf?

Christiane Schneider DIE LINKE (fortfahrend): Nein, auch von ihm nicht. – Wir dürfen der Auseinandersetzung mit Kräften nicht ausweichen, auch nicht in diesem Haus, die Intoleranz und Hass predigen, die Ressentiments verbreiten und die direkt oder indirekt zu Gewalt aufreizen.

Ich stimme uneingeschränkt Karl Popper zu,

(Zurufe von *Dirk Nockemann AfD*)

der in seiner Schrift "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" schrieb, wir sollten im Namen der Toleranz das Recht für uns in Anspruch nehmen, die Intoleranz nicht zu tolerieren. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält Herr Jarchow von der FDP-Fraktion für noch drei Minuten, dann erreichen wir das Ende der Aktuellen Stunde.

Carl-Edgar Jarchow FDP: Herr Präsident, es trifft immer mich, das ist ungerecht.

Meine Damen und Herren! Ich kann das auch in drei Minuten erledigen. Ich werde mich bemühen, einfach wieder einmal auf das Thema zurückzukommen, denn ich glaube, das ist ein bisschen verlorengegangen.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Die Aktualität dieser Anmeldung erschließt sich uns nicht unbedingt, stellen wir doch fest, dass die Demonstration der AfD stattgefunden hat. Sie hat nicht auf der Route stattgefunden, wie Sie es gewünscht hätten. Sie reklamieren, dass die Polizei nicht ausreichend dort war. Wenn das alles so war, dann wäre das eher ein Thema für eine Selbstbefassung des Innenausschusses als für die Aktuelle Stunde.

(Beifall bei der FDP)

Eine Aktualität hätte dieses Thema aus unserer Sicht durchaus nach dem 12. September gehabt, weil damals gewaltbereite Gegendemonstranten mit der Androhung von Selbstjustiz faktisch über die Zulässigkeit einer Demonstration entschieden haben, indem sie den Senat dazu gebracht haben, zu beantragen, dass diese Demonstration nicht genehmigt wird. Das wäre ein Thema gewesen. Es hat auch die Gerichte beschäftigt, und die Gerichte haben deutlich gemacht, dass man diesen Weg nur in diesem Ausnahmefall mitgegangen ist. Das wird nicht wieder passieren.

Dass die AfD dieses Thema jetzt aber vor dem Hintergrund des vorletzten Wochenendes in die Aktualität zu hieven versucht, erscheint uns ein untauglicher Versuch. Natürlich gibt es die Verpflichtung der Behörden zur Durchsetzung des Versammlungsrechts, auch das der AfD, um das ganz deutlich zu sagen. Aber es gilt auch hier wie bei allem staatlichen Handeln das Verhältnismäßigkeitsprinzip. Daher kann ein Versammlungsveranstalter üblicherweise keinen Anspruch auf eine ganz bestimmte Route geltend machen, wenn deren Durchsetzung mit unverhältnismäßigem Einsatz von Zwangsmitteln verbunden ist; das kennen wir alle, und so war es auch dort. Eine zumutbare Alternativroute in relevanter Nähe zur angemeldeten

(Carl-Edgar Jarchow)

Route kann angeordnet werden und ist dann auch anzunehmen. Wenn eine Route nicht möglich ist, dann geht es eben anders.

Der AfD geht es aber offenbar eher um die eigene Inszenierung als um eine rechtsstaatliche Durchsetzung des Versammlungsrechts mit verhältnismäßigen Mitteln.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Der sicherlich verständlichen Enttäuschung über die – zum Glück, aus meiner Sicht – sehr geringe Resonanz Ihres Demo-Aufrufs können Sie aber nicht dadurch abhelfen, dass Sie das als Thema einer Aktuellen Stunde anmelden. Das halte ich nicht für sinnvoll.

Erlauben Sie mir noch ein persönliches Wort. Ich habe die mediale Berichterstattung zu Ihrer Demo verfolgt. Ein NDR-Reporter versuchte, einem Demonstrationsteilnehmer einige Fragen zu stellen. Dieser Demonstrationsteilnehmer war durchaus bereit, Fragen zu beantworten, wurde aber immer wieder von einem Ordner zur Seite genommen. Er sollte keine Antworten geben, wurde ihm gesagt. Der Reporter hat es noch einmal versucht, der Mann war wieder bereit, zu antworten, der Ordner kam wieder. Lieber Herr Dr. Baumann, Demonstrationsrecht hat auch etwas mit Meinungsfreiheit zu tun.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü* und *Dora Heyenn*, beide fraktionslos)

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Nach diesem Schlusssatz sind wir am Ende der Aktuellen Stunde für heute angekommen. Wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Ich rufe jetzt auf die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung, Drucksachen 21/631 und 21/1466: Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission und Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission

– Drs 21/631 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– Drs 21/1466 –]

Die Fraktionen haben wieder vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die beiden Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführung nun bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt. Ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.**

Jetzt rufe ich auf Punkt 57 der Tagesordnung, Drucksache 21/1953, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Schulabschluss und Ausbildungsvorbereitung für jugendliche Flüchtlinge.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Schulabschluss und Ausbildungsvorbereitung für jugendliche Flüchtlinge

– Drs 21/1953 –]

[Antrag der CDU-Fraktion:

Schulabschluss und Ausbildungsvorbereitung für jugendliche Flüchtlinge bis 25 Jahre

– Drs 21/2165 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/2165 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

Diesen möchten die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN an den Schulausschuss überweisen. Die FDP-Fraktion möchte die Drucksache 21/1953 ebenfalls an den Schulausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Abaci von der SPD-Fraktion.

**Die Wahlergebnisse sind auf Seite 1142 zu finden.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zahl der täglich zu uns kommenden Flüchtlinge und damit die vielen Kinder und Jugendlichen stellen in der Unterbringung auch das Hamburger Schulsystem vor enorme Herausforderungen. Rund 4 600 Schülerinnen und Schüler werden derzeit in den Vorbereitungsklassen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterrichtet. Hierzu kommen noch etwa einmal 700 Kinder und Jugendliche in den Lerngruppen der Erstaufnahmeeinrichtungen. Knapp 2 000 weitere Kinder und Jugendliche mit Fluchtgeschichte sind in den letzten Jahren bereits in die Regelklassen des Schulsystems übergegangen. Hamburgs Schulen leisten dabei insgesamt eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Mit großem Engagement widmen sich Schulleitungen, Lehrkräfte und Pädagogen der anspruchsvollen Aufgabe, Kinder und Jugendliche aus vielen unterschiedlichen Ländern in den Schulen aufzunehmen, sie willkommen zu heißen, gut zu unterrichten, umfassend zu betreuen und sie auf ihrem Weg in die Gesellschaft zu unterstützen. Sie verdienen unseren Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Hamburger Schulen haben auf die immer neuen Herausforderungen aufgrund der Zuwanderung flexibel reagiert und die bestehenden Angebote stetig weiterentwickelt. Dabei ist ein umfassendes System gestaffelter Angebote entstanden, das auf die vielfältigen unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sehr gut eingeht. Dieses System an Angeboten wollen wir weiterentwickeln, verstetigen und standardisieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Dazu haben die Regierungsfractionen zwei Anträge auf den Weg gebracht. Einen der Anträge werden wir Ende November in der Bürgerschaft beraten. Bei dem Ihnen heute vorliegenden Antrag geht es um die Beschulung und Ausbildungsvorbereitung für jugendliche Flüchtlinge. Was ist die Perspektive dieser jungen Menschen? Was können wir konkret für sie tun? Wie können wir ihren Zugang zu Bildung und Ausbildung verbessern? Das sind die wichtigen Fragen.

Meine Damen und Herren! Wir haben in der Stadt knapp 2 000 jugendliche Flüchtlinge, die in den Berufsschulen bereits halbtags unterrichtet werden. Wir sollten es unbedingt leisten, in die Bildung und Ausbildung dieser jungen Menschen zu investieren. Das wollen wir schaffen. Wie wir es schaffen können, zeigt Ihnen der vorliegende Antrag. Die Jugendlichen, die aufgrund ihres Bildungsstands nicht auf die Stadtteilschule oder das

Gymnasium gehen, sollen im Rahmen eines zweijährigen Bildungsgangs auf einen Schulabschluss und zugleich auf die Ausbildung und Arbeit vorbereitet werden. Das erfolgreiche Modell AV-Dual soll auch auf die Schulangebote für jugendliche schulpflichtige Flüchtlinge ausgeweitet werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Anstelle des halbtägigen Schulunterrichts sollen alle jugendlichen und erwachsenen Flüchtlinge künftig ganztätig sowohl in der Schule als auch im Rahmen eines Praktikums in einem Betrieb lernen. Die wesentlich längeren Lernzeiten verbessern den Bildungserfolg und die Chancen zur Integration. Zudem eröffnet ein Betriebspraktikum den Schülerinnen und Schülern ganz neue Möglichkeiten, sich im beruflichen Kontext zu erproben und gezielt auf den Einstieg in den Beruf vorzubereiten. Dabei geht es um berufliches Lernen, aber auch um Sozialisation und Integration in die Arbeitswelt. Den jugendlichen Flüchtlingen soll auch die Möglichkeit zur Erlangung des einfachen und mittleren Bildungsabschlusses gegeben werden. Ziel ist zudem, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen einen Wechsel in einen direkt zum Abitur führenden Bildungsgang zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Auch für junge Menschen, die über 18 Jahre alt sind und deswegen nicht der Schulpflicht unterliegen, wollen wir Maßnahmen entwickeln, sodass auch sie ihre schulischen und beruflichen Potenziale weiterentwickeln können. Die Angebote der Produktionsschulen werden dabei mit einbezogen.

Warum tun wir das? Erstens: Die jungen Leute profitieren davon. Zweitens: Wir profitieren davon. Und drittens: Wenn diese jungen Leute irgendwann in ihre Heimat zurückgehen, dann transportieren sie unsere Werte in ihr Land und können das, was sie hier gelernt haben, dort einsetzen. Das ist Entwicklungshilfe pur, wie man es sich vorstellt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Meine Damen und Herren! Wir stellen uns der Herausforderung, auch bildungspolitisch, und bitten um Zustimmung für unseren Antrag.

Nun zum Zusatzantrag der CDU-Fraktion. Wir werden Ihren Zusatzantrag an den Schulausschuss überweisen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang klarstellen, dass unsere Formulierung in Punkt B für das Startalter gilt, sodass auch 21-Jährige an den Ausbildungsvorbereitungsmaßnahmen teilnehmen können. Wir sollten und wir wollen mit dem Projekt beginnen. Im Ausschuss werden wir die Möglichkeit haben, noch einmal in Ruhe darüber zu beraten. – Vielen Dank.

(Kazim Abaci)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Karin Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einigkeit besteht – zumindest bei den meisten Fraktionen dieses Hauses – darin, dass der Bildungspolitik eine sehr zentrale Rolle im Zusammenhang mit der Aufgabe, die wir gemeinsam angesichts der Flüchtlingskrise zu bewältigen haben, zukommt. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass wir heute zwei Anträge auf der Tagesordnung haben, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Was wir allerdings nicht begrüßen, sondern was wirklich schon einem Schmierentheater gleicht, ist der Umgang der Regierungsfractionen mit diesen Anträgen.

(Milan Pein SPD: Gucken Sie sich mal Ihre Fraktion an! Da ist keiner da, der Ihnen zuhört!)

– Die kommen gerade, die sind gleich alle wieder da.

(Glocke)

Herr Dressel, Sie werfen uns immer wieder vor, wir seien nicht hinreichend kooperativ und nicht hinreichend konstruktiv im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Sie blockieren ständig unsere Vorschläge, die wir in Sachen Flüchtlingspolitik und auch in Sachen Schulpolitik unterbreiten. Sie überweisen so gut wie keinen Antrag an die Ausschüsse. Das ist wirklich eine dumpfe Blockadehaltung, die uns alle gemeinsam in der Sache nicht weiterbringen wird.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Deshalb kann ich nur sagen: Wenn Sie ein ernsthaftes Interesse daran haben, Fragen von schulpolitischer Relevanz im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise zu beraten, dann überweisen Sie bitte nicht nur Ihre Anträge an den Ausschuss, sondern auch unsere. Das gilt zumal dann, wenn Sie auch noch offensichtlich aus unseren Anträgen abschreiben und unsere Ideen im Nachhinein als Ihre Ideen verkaufen wollen. Das ist wirklich schäbig, und ich hoffe, dass wir im Laufe dieser Debatte vielleicht doch noch zu einer anderen Debatte kommen. Sie betreiben damit nämlich, das ist leider die Wahrheit, eine Entwertung des Parlaments und eine Entwertung der Ausschussarbeit.

(Beifall bei der CDU und der AfD – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, wir sind uns hier oben einig, dass Sie doch bitte den parlamentarischen Sprachgebrauch beachten sollten.

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Herr Präsident, ich werde die Ermahnung annehmen und mich sehr darum bemühen, das heute im weiteren Verlauf zu tun.

(Kazim Abaci SPD: Schön!)

Jetzt aber in der gebotenen Kürze zum Antrag selbst, denn so schrecklich viel steht in Ihrem Antrag leider nicht. Natürlich ist es richtig, dass die Schul- und Berufsausbildung ein wesentlicher Schlüssel für die Integration insbesondere junger Flüchtlinge ist, zum anderen aber auch ein wesentlicher Bestandteil einer zukunftsorientierten Fachkräftestrategie. Sie ist drittens, ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Abaci, wesentlicher Bestandteil einer ganzheitlichen Entwicklungshilfepolitik. Denn unabhängig davon, ob alle die jungen Flüchtlinge, die wir mit diesem neuen Modell hoffentlich in die duale Ausbildung bringen werden, tatsächlich in Deutschland bleiben oder nicht – das wissen wir alle nicht –, ist eine gute Ausbildung ein vernünftiger Schritt, selbst wenn diese jungen Menschen nicht in Deutschland bleiben, sondern in ihre Herkunftsländer zurückgehen. Deshalb unterstützen wir Ihr Anliegen und Ihren Ansatz einer Dualisierung der Berufsvorbereitungsphase ausdrücklich.

(Beifall bei Birgit Stöver CDU)

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen trotzdem noch einmal gemeinsam darüber nachdenken, ob die reine Konzentration auf die Berufsorientierung, so wie Sie sie mit einer Übertragung des Modells AV-Dual vorschlagen, der Angelegenheit wirklich in vollem Umfang gerecht wird. Wir dürfen die sprachliche Ausbildung auf keinen Fall vernachlässigen. Das ist wichtig. Wir dürfen auch den Aspekt der Werteorientierung in der Ausbildung, und dabei geht es eben auch um die Vermittlung von Werten und Normen, die in unserer Gesellschaft entscheidend und wichtig sind, nicht vernachlässigen. Aus den beruflichen Schulen hören wir heute, wie wichtig es ist, auch die sozio-kulturelle Integration voranzubringen. Das geht auch über den Weg in den Beruf, aber eben nicht nur.

In dem Zusammenhang darf ich noch einmal auf einen der Anträge verweisen, die wir eingebracht haben, den Sie aber auch nicht haben beraten wollen: Lernräume für Auszubildende in den Flüchtlingsunterkünften zur Verfügung zu stellen, ist von außerordentlich großer Bedeutung, sonst können die Leute sich nämlich nicht auf ihre Aufgaben konzentrieren. Auch dort besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Insofern werden wir das grundsätzlich unterstützen und auch einer Überweisung Ihres Antrags an den Ausschuss zustimmen, sehen aber noch Beratungsbedarf, insbesondere bei den 21- bis 25-Jährigen. Sie wissen, dass ein Viertel der Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen, in diesem Alter sind, und um die müssen wir uns auch kümmern. Sie

(Karin Prien)

haben fast alle keine duale Ausbildung absolviert, weil es eine solche in den Herkunftsländern nicht gibt.

Ich weiß, Sie schimpfen immer gern auf die Bayern. Wir schauen uns an, was sie operativ besser machen als die Hamburger. In Bayern ist es so, dass schon seit drei Jahren ein solches Modell besteht, wie Sie es in Hamburg einführen wollen. Dabei, das hätte ich fast vergessen, ist der Hammer ...

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr umgangssprachlich!)

Entschuldigung: Ich finde es bemerkenswert, dass Sie sich damit rühmen, Sie hätten AV-Dual erfunden – Sie wissen genau, dass das nicht stimmt –;

(Kazim Abaci SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

aber es steht auch wieder in Ihrem Antrag. Sie wissen, dass das von Schwarz-Grün entwickelt worden ist, dass Sie es übernommen haben. Ein bisschen Demut würde Ihnen nicht schlecht zu Gesicht stehen.

Unseren Zusatzantrag stellen wir deshalb, weil wir eben auch an die 21- bis 25-Jährigen denken und dafür sorgen müssen, dass sie den Zugang zu einer dualisierten Berufsvorbereitung bekommen und den Weg in den Beruf finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Frau Prien. – Das Wort erhält jetzt Frau Dr. Stefanie von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Wow, sogar mit Vornamen, danke. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Prien, weil Sie gerade die Debattenkultur angesprochen haben, möchte ich gern darauf eingehen. Wir werden, das haben wir gerade angekündigt, Ihren Zusatzantrag zusammen mit unserem Antrag an den Schulausschuss überweisen. Ich hoffe, dass Sie auch meine Nachricht erreicht hat, dass wir eine Selbstbefassung im Ausschuss machen werden, im Februar des nächsten Jahres, zum Thema Beschulung von Flüchtlingen.

(Karin Prien CDU: Da sage ich gleich noch etwas dazu!)

Wir halten es für eine richtige Entscheidung, uns losgelöst von jeglichen Anträgen, losgelöst vom LINKEN-Antrag, vom CDU-Antrag, von unserem Antrag, generell die Zeit zu nehmen, über Beschulung von Flüchtlingen zu reden. Ich finde – und das findet die SPD auch, darüber habe ich mit ihnen gesprochen –, das ist eine gute Entscheidung, eine weise Entscheidung, eine sachliche Entscheidung, fachlich und politisch absolut

richtig, und ich bitte, das auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nur am Rande: Wir haben es wirklich nicht nötig, von irgendwelchen Anträgen abzuschreiben. Ich glaube, wir alle, alle Fraktionen in diesem Hause, unterhalten uns mit den Schulen, unterhalten uns mit Expertinnen und Experten, und wir kommen alle zu unseren eigenen Schlussfolgerungen. Aber zu diesem Antrag nachher noch mehr.

Wir legen jedenfalls einen eigenen Antrag vor, der vor allem die Ausgangslage der 16- bis 18-Jährigen in den Blick genommen hat. Das ist eine besondere Zielgruppe. Das sind junge Erwachsene, und diese brauchen passgenaue Angebote. Die haben wir gefunden. Die 16- bis 18-Jährigen können, wenn der Kompetenzstand es zulässt, in eine Stadtteilschule oder ein Gymnasium gehen und die allgemeine Schule besuchen, oder sie können eine berufsbildende Schule besuchen. Wir haben in Deutschland ein Pfund, das wir nie unterschätzen sollten. Dieses System ist wirklich einzigartig in der Welt. Bisher hatten wir für diese jungen Migrantinnen und Migranten ein Halbtagsangebot mit 25 Stunden die Woche über zwei Jahre. Was wir jetzt neu machen, ist überhaupt nicht zu unterschätzen: die Ausweitung des Halbtagsangebots auf ein Ganztagsangebot. Das heißt, wir haben mehr Lernchancen für diese jungen Migrantinnen und Migranten. Das ist etwas, mit dem wir mit Stolz in die Stadt gehen können. Wir machen Türen auf für junge Menschen, die zu uns kommen und sich allgemeinbildend, aber auch berufsbildend entwickeln wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es sind netto, das haben Kritiker gesagt, etwas weniger Unterrichtsstunden. Das ist richtig. Es sind mindestens 22,5 Unterrichtsstunden. Aber diese jungen Menschen gehen auch noch zwei Tage in den Betrieb, und zwar nicht unbegleitet, sondern wir nehmen auch noch das Geld für Integrationshelfer in die Hand, damit sie mit Begleitung in die Betriebe gehen können. Wir alle wissen, dass man eine Sprache viel besser lernt, wenn man handelt und etwas tut, als wenn man einfach nur auf der Schulbank sitzt. Daher halten wir das sogar für das überlegene Modell.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Eines dürfen wir dabei auch nicht vergessen, und das ist ganz anders, als es in Bayern gehandhabt wird, was gerade angesprochen wurde. Hier kann nämlich nur ein Viertel dieser Gruppe dieses Schulangebot wahrnehmen. Das Neue bei unserem Weg ist die Unabhängigkeit vom Aufenthaltsstatus.

(Kazim Abaci SPD: Ja!)

(Dr. Stefanie von Berg)

Es ist wirklich einzigartig, was wir in Hamburg machen. Wir schauen nicht darauf, wo kommen sie her, wo sollen sie hin und welchen Status haben sie. Nein, wir sagen, Lernchancen für alle. Wir machen die Türen auf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir machen die Türen auch auf, damit die jungen Menschen weiter Richtung Abitur gehen können. Da ist noch nichts zu Ende, sie müssen nicht in eine Ausbildung. Sie haben dann einen ersten oder mittleren Schulabschluss und können danach immer noch das Abitur machen. So geht moderne Bildungspolitik, so geht moderne Integrationspolitik, und ich finde, darauf können wir wirklich sehr stolz sein.

Zu dem Antrag Ihrer Fraktion, Frau Prien. Wir werden ihn überweisen und uns im Schulausschuss noch einmal mit ihm auseinandersetzen. Man darf nicht vergessen, dass die Gruppe der über 18-Jährigen völlig andere Rechtskreise berührt und wir bei ihnen tatsächlich auch noch auf andere Dinge schauen müssen. Das ist nicht nur in der Schule verankert, sondern auch in anderen Behörden und Ressorts. Aber darüber werden wir im Schulausschuss beraten, und auf diese Diskussion freue ich mich. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Sabine Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau von Berg, ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich muss es so deutlich sagen: Die Art und Weise, wie SPD und GRÜNE das wichtige Thema der Beschulung und Ausbildung von geflüchteten jungen Menschen politisch und fachlich angegangen sind, ist wirklich gründlich misslungen. Es ist unglücklich. Es ist entlarvend, dass Sie selbst mit den Worten zitiert werden: Wir waren einfach nicht schnell genug. In Wahrheit können Sie es nicht ertragen, wenn die Anträge der CDU und der LINKEN zur Grundlage genommen werden, um im Ausschuss über dieses Thema zu beraten. Das ist wirklich ein erbärmliches Bild. Dass wir uns im Ausschuss durch Selbstbefassung dieses Themas annehmen müssen, ist peinlich; es liegen genug Anträge vor, es liegen genug gute Ideen vor. Sie hätten gar nicht jeden Forderungspunkt übernehmen müssen, aber wir hätten eine gute, fachliche fundierte Grundlage gehabt, um zu diesem Thema im Ausschuss zu beraten.

(Beifall bei der LINKEN und bei Karin Prien CDU und Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP)

Nichtsdestotrotz werden wir als Fraktion natürlich dieser Selbstbefassung zustimmen, weil es dringend notwendig ist, dass die Debatte dazu geführt wird. Wir werden den Antrag aus bestimmten Gründen, die ich gleich noch nenne, ablehnen, wir überweisen ihn aber trotzdem gern, damit wir endlich überhaupt einmal dazu kommen, dieses Thema zu beraten.

Ich wünschte mir sehr, dass wir im Ausschuss zu der Beratung auch Expertinnen und Experten hinzuziehen, denn ich frage mich manchmal, mit welchen Leuten Sie vor Ort sprechen, wenn Sie Ihre Anträge schreiben. Wir haben viel Rückmeldung bekommen von Lehrerinnen und Lehrern, die im AV-Dual arbeiten, dass sie diese Vorgehensweise für überhaupt keine gute Idee halten, denn – jetzt komme ich zu den Kritikpunkten – die AV-Dual-Klassen sind für Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss und berufliche Perspektive konzipiert worden, die durch einen zweijährigen dualen Bildungsweg noch einmal eine Chance bekommen. Mir erschließt sich die Sinnhaftigkeit nicht, dass diese Gruppe von jungen Menschen zusammengekommen wird mit jungen geflüchteten Menschen, die sehr viele multiple Problemlagen haben, die im Grunde auch erst einmal therapeutisch betreut werden müssten, die aus ganz unterschiedlichen Kulturkreisen kommen, die die deutsche Sprache nicht können. Sie wollen all das einfach nur in diesen Bildungsgang zwingen und meinen, er würde dieser ganzen Gruppe insgesamt gute Chancen eröffnen. Daran glaube ich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen, dass dieser Ausbildungsgang AV-Dual weder für alle, die an ihm teilnehmen, zu einem Schulabschluss führt, noch führt er für alle zu einem Ausbildungsplatz. Von daher muss dieses Konzept ohnehin grundsätzlich weiterentwickelt werden.

(Kazim Abaci SPD: Das ist besser als jetzt!)

– Dass es besser ist als jetzt ist aber kein schlagendes Argument dafür, dass das der richtige Weg ist.

Uns sagen die Lehrerinnen und Lehrer aus den AV-Dual-Klassen, dass sie ein Konzept brauchen. Sie brauchen ein Konzept, wie überhaupt der Spracherwerb aussehen soll, wie der Kulturerwerb aussehen soll und wie die jungen Menschen die Chance bekommen sollen, das zu entwickeln, was sie an Kompetenzen und Fähigkeiten haben.

Was Sie zum Beispiel auch überhaupt nicht konzeptionell vorlegen – Frau Prien hat es schon angesprochen –: Wie ist die Wohnsituation in den Unterkünften? Wenn man sich dort umhört, haben viele junge Menschen gar nicht die Möglichkeit, in Ruhe zu lernen. Von daher müsste solch ein Antrag, der im Grunde die richtige Problemlage aufzeigt, konzeptionell so unterfüttert werden, dass

(Sabine Boeddinghaus)

man dann wirklich überzeugt sagen kann, das ist jetzt der richtige Weg.

Ich hoffe, dass wir im Ausschuss dazu kommen, darüber noch einmal offen zu beraten, und Sie in der Lage sind, auch einmal anderen zuzuhören und nicht immer zu meinen, nur weil Sie in der Regierung sind, hätten Sie immer schon das Wissen *per se*. Von daher hoffe ich auf eine gute Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Anna von Treuenfels von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, das Thema der frühen und guten Beschulung von Tausenden von Flüchtlingskindern ist nicht nur extrem wichtig für deren Zukunft, sondern es bedeutet auch für die Entwicklung unseres Gemeinwesens und unseres gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts sehr viel. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der FDP und bei *Joachim Lenders* und *Karin Prien*, beide CDU)

Weil das so ist, gehört zu dieser Debatte auch eine Menge Ehrlichkeit, Ehrlichkeit über das bisher Geleistete, aber auch über das Versäumte. Und da liegt bei Ihnen leider vieles im Argen. Entgegen diesen blumigen Formulierungen in Ihrem Antrag läuft in der Flüchtlingskrise nämlich auch in den Schulen kaum etwas rund, und das wissen Sie auch, Frau von Berg, da können Sie noch so oft erzählen, wie toll die Politik der SPD ist. Wenn Sie sich einmal ein bisschen an Ihre Oppositionszeit erinnern würden, könnten Sie vielleicht auch einmal wieder mit einer anderen Brille darauf schauen. Das läuft überhaupt noch nicht rund. Wenn man das einfach ehrlich zugeben würde, könnte man sagen, wir haben einen Antrag von der LINKEN, dem stimmen wir so vielleicht nicht ganz zu, und einen Antrag von der CDU, der auch ganz gut ist, dem wir so aber nicht zustimmen wollen, und deswegen überweisen wir an den Schulausschuss. Dann würden wir dort nämlich nicht immer nur sitzen und Däumchen drehen – das haben Sie früher auch immer beklagt –, sondern dann würden wir uns über dieses wichtige Thema Flüchtlingspolitik und Bildungspolitik unterhalten können. Das verhindern Sie.

Sie geben uns einen Antrag zu AV-Dual. Den unterstützen wir. Das finden wir gut, das ist eine gute Idee. Und wir würden uns hier auch nicht verweigern und sagen, weil das von den GRÜNEN und der SPD kommt, machen wir nicht mit. Was ist das

für ein Quatsch und ein Theater? Warum lassen Sie uns dieses Thema nicht einfach einmal so beraten, wie es sich seriös gehört? Ich bin nicht nur erstaunt, sondern fast schon frustriert, wie Sie, Frau von Berg, damit umgehen. Sie schicken uns schnell noch eine SMS, wir könnten eine kleine Selbstbefassung machen, und das eigentlich nur deswegen, weil Sie sich damit wieder aus der Schlinge ziehen wollen. Ich finde das wirklich interessant. Natürlich stimmen wir dem zu. Eine Selbstbefassung ist natürlich besser, als nie einen Antrag zu diskutieren. Aber in Wirklichkeit ist das sehr, sehr wenig.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – Zuruf von *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Ich will auf die einzelnen Punkte, die in dem CDU-Antrag aufgeführt werden, nicht eingehen. Das hatte ich eigentlich vor, aber ich mache es nicht, weil es mir fast müßig erscheint, Ihnen widerlegen zu wollen, dass Ihre Flüchtlingspolitik in Sachen Bildungspolitik leider bis jetzt noch nicht gegriffen hat. Sie haben jetzt einen Antrag eingereicht. Ob der abgeschrieben ist oder nicht, ist mir auch schon fast egal, Hauptsache es kommt mal etwas. Und noch viel wichtiger ist – Herr Rabe, das geht an Sie –, dass Sie das, was wir hier beschließen, dann auch umsetzen. Darin sind Sie bis jetzt, ehrlich gesagt, noch nicht so gut. Bis jetzt haben Sie die Sachen, die wir beschlossen haben, immer nur zur Hälfte, zum Teil oder meistens gar nicht umgesetzt.

Und das wird diese Stadt Ihnen nicht danken, wenn das hier weiter der Fall sein sollte. Mein Fazit ist in der Beziehung: Herr Rabe treibt sein Haus an der Mundsburg im 16. Stock nicht an, sondern lässt die Dinge treiben, und wir hoffen, dass wir hier bald eine Offensive erleben, die wir im Schulausschuss möglicherweise noch einmal beraten können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien* CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster hat das Wort Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen und Zuhörer! Uns liegt wieder einmal ein Antrag vor, der beim ersten Lesen unterstützenswert und gut erscheint, aber eben nur beim allerersten Lesen, denn bei näherem Hinschauen ist er unausgereift und abzulehnen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die Beschulung der Flüchtlinge als solche ist natürlich nicht zu kritisieren, allerdings sind die Rahmenbedingungen wichtig. Einerseits ist es richtig,

(Dr. Alexander Wolf)

wenn die Jugendlichen sich nicht auf der Straße herumtreiben, auch wenn das vielleicht mehr eine Aufgabe für die Sozialbehörde sein sollte. Andererseits ist eine sinnvolle Beschulung eine echte Herausforderung, und es stellt sich die Frage, wer hier die Ressourcen bereitstellt. Da sind wir beim ersten großen Problem, und ich werde drei Probleme ansprechen.

Erstens: Es fehlen sämtliche Angaben, wie denn die beantragten Maßnahmen finanziert und geleistet werden sollen und mit welchen Mitteln, vor allem, mit welchen Lehrern, Schulen und Räumen das Ganze bewerkstelligt werden soll. Ohne derartige Angaben erscheint der Antrag unseriös. Hier erwarte ich gerade bei einem Antrag der Koalitionsfraktionen ein klares Konzept zur Finanzierung und zur Umsetzung.

Zweitens: Hier wird so getan, als gäbe es ein sinnvolles Konzept zur Migrantenbeschulung, welches jetzt auf weitere Personengruppen und zeitlich ausgedehnt werden soll. Das Gegenteil ist aber der Fall, und hier ist unsere Kritik ähnlich dem, was sowohl von der CDU, aber auch von der Fraktion der LINKEN und der FDP angesprochen wurde: Bislang fehlt ein Konzept. Bevor man das, was bislang passiert, zeitlich und auf weitere Personengruppen ausdehnt, ist zu prüfen und zu analysieren, was denn in der Realität bislang schief läuft, um daraus ein Konzept zu entwickeln, wie es besser laufen müsste.

Ich habe mit einer Reihe von Lehrern gesprochen, die an Berufsschulen und auch im Bereich AV-Dual unterrichten, und deren Realität ist eine sehr ernüchternde. Da werden Gruppen überwiegend männlicher Jugendlicher von meist hilflosen und heillos überforderten Lehrern unterrichtet – in Anführungszeichen. Da haben Schüler natürlich überwiegend massive fachliche, sprachliche und Verhaltensdefizite. Da ist die Motivation zur Teilnahme sehr gering, häufig unter 50 Prozent, auch wenn das an die Behörden oftmals nicht, weil nicht gewünscht, gemeldet wird. Es kommt zu Beleidigungen, zu Streitereien und Gewalttaten, und Lehrer ohne besondere Eignung für Migrantenklassen werden in soziale Brennpunktklassen geschickt, weil das nun einmal erforderlich sei. Gerade wenn wir darauf hoffen und unterstellen wollen, dass die Flüchtlingskinder motiviert sind, können wir sie doch nicht einfach in dieses gescheiterte Konzept integrieren, in dem Kinder eher geparkt als für das wirkliche Leben und den Arbeitsmarkt fit gemacht werden.

Hier ist zunächst, und das wiederhole ich noch einmal, ein Konzept zu entwickeln. Darauf werden wir bei der Erörterung des aus unserer Sicht weiterführenden und besseren CDU-Antrags nachher noch zurückkommen. Hier hingegen soll nach dem Antrag der Koalitionsfraktionen dieses System von den 16- und 17-Jährigen auch noch auf die 18- bis

21-Jährigen ausgedehnt werden. Ohne Konzept kann nur ein Nein die Antwort sein. Einer Überweisung an den Ausschuss dagegen stimmen wir natürlich zu, um fachlich darüber zu sprechen und das nach Möglichkeit zu verbessern.

Drittens, und der Punkt ist auch wichtig: Der Antrag, den Zugang zu neuen Angeboten unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu gewähren, was Sie, Frau von Berg, noch einmal besonders hervorgehoben haben, geht gerade im Hinblick auf die knappen verfügbaren Ressourcen sicher zu weit. Eine geeignete Abstufung des Zugangsrechts ist auch hier unentbehrlich, um die unterschiedlichen Arten des Aufenthaltsstatus und die Rechtsfolgen nicht auszuhöheln, aber das ist nicht das Entscheidende, sondern um vor allem auch die knappen Ressourcen der Lehrer in erster Linie zweckmäßig einzusetzen. Eine derartige Differenzierung könnte sich an den Voraussetzungen orientieren, welche für die Förderung von Deutschkursen für Asylbewerber durch die Bundesanstalt für Arbeit gelten. Ganz sachlich wird dort – Zitat – geregelt:

"Gefördert werden Ausländerinnen und Ausländer, die bei Eintritt in die Maßnahme eine Aufenthaltsgestattung bzw. eine Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender [...] besitzen und nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a Asylgesetz stammen und bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Förderfähig sind Personen, die aus folgenden Herkunftsländern stammen: Syrien, Eritrea, Irak, Iran."

Das ist ein Vorschlag, man kann sich auch über andere Gedanken machen, aber Differenzierung tut not. Auch diese lässt der Antrag vermissen.

Zum Abschluss mein ceterum censeo: Wir müssen uns bewusst machen, dass wir auch bei diesem Thema – und das müssen wir den Menschen, den Lehrern, den Eltern und den Schülern, sagen – über technische und administrative Probleme reden, reden müssen, die es bei Anwendung geltenden Rechts gar nicht gäbe. Wenn die Bundesregierung und der Senat das geltende Recht, das Asylverfahrensgesetz und das Aufenthaltsgesetz, nicht laufend brechen, sondern beachten und umsetzen würden, dann hätten wir nicht diese Probleme bei der Migrantenbeschulung, die jetzt hier auf dem Rücken der Asylbewerber, der Kinder und vor allem auch der Lehrer ausgetragen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt die fraktionslose Abgeordnete Frau Heyenn.

Dora Heyenn fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Jugendlichen in Hamburg, egal ob Flüchtlinge oder keine Flüchtlinge, ob mit migrantischem Familienhintergrund oder ohne, sie alle brauchen eine Perspektive.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dabei beziehe ich mich gern auf den Bürgermeister, der gesagt hat, alle Jugendlichen, die die Schule verlassen, sollen entweder eine klassische Berufsausbildung oder das Abitur machen. Das muss er aber nicht nur sagen, das muss auch umgesetzt werden. Bildung und Ausbildung ist und bleibt ein Menschenrecht. Das macht auch wirtschaftlich Sinn. Aber die Wirtschaft braucht keine Ungelernten. Dazu möchte ich aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" von diesem Montag zitieren:

"Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie dämpfte am Wochenende Erwartungen, dass Flüchtlinge am Bau eine Beschäftigung finden könnten. Wer keine Ausbildung zum Facharbeiter gemacht habe, sei am Bau 'praktisch nicht einsetzbar', sagte Heiko Stiepelmann, Geschäftsführer beim Bauindustrieverband."

Verstehen Sie mich richtig: Jede Maßnahme, die Kindern und Jugendlichen, die jetzt als Flüchtlinge zu uns kommen, einen Sprachunterricht anbietet, jede Maßnahme, die zum Schulabschluss führt, jede Maßnahme, die in betriebliche Praktika führt, und jede Maßnahme, die die Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz bringt, ist eine gute Maßnahme.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn das auch noch, wie Frau von Berg ausgeführt hat, unabhängig vom Aufenthaltsstatus passiert, dann ist das umso besser. Dem Antrag entnehme ich, dass die Ausbildungsvorbereitung eine große Rolle bei der Integration von Flüchtlingen hier in Hamburg spielen wird. So heißt es auch in Punkt 1:

"Der Senat wird ersucht, 1. die halbtäglichen Schulangebote für jugendliche Flüchtlinge in den beruflichen Schulen nach dem Vorbild des erfolgreichen Bildungsangebots 'Ausbildungsvorbereitung Dual' in ein ganztägiges Angebot umzugestalten."

Es wird im Text auch davon gesprochen, dass AV-Dual erhebliche Vorteile hat. An einigen Stellen wird sogar gesagt, es sei hervorragend geeignet, um jugendliche schulpflichtige Flüchtlinge auf einen guten Schulabschluss und eine Ausbildung vorzubereiten. Aber wie sind nun die Zahlen für AV-Dual? Das zeigen die offiziellen Zahlen der Schulbehörde zur Ausbildungsvorbereitung 2013/2014. Danach haben lediglich 29 Prozent der

Jugendlichen nach der Ausbildungsvorbereitung eine klassische Ausbildung aufgenommen.

(*Kazim Abaci SPD: Immerhin!*)

Nimmt man noch die 12 Prozent hinzu, die eine außerbetriebliche oder schulische Ausbildung begonnen haben, dann kommt man auf circa 40 Prozent, die eine Ausbildung angefangen haben. Das ist schon besser als vor fünf Jahren, aber es reicht nicht, weil 60 Prozent der Jugendlichen halt keine Ausbildung und auch keinen Schulabschluss haben. Das sollte man bedenken, und man sollte auch bedenken, dass es sich bei dieser Gruppierung bisher überwiegend um Muttersprachler handelt. 76 Prozent der Jugendlichen aus dem AV-Dual haben die deutsche Staatsbürgerschaft, und sogar jeder Fünfte, der im AV-Dual gelandet ist, hatte einen mittleren Schulabschluss, sprich die mittlere Reife. Herr Abaci hat zu Anfang gesagt, der Zugang zu Bildung und Ausbildung müsse verbessert werden. Das ist richtig, aber es kann nicht sein, dass die Jugendlichen aus dem AV-Dual überwiegend in Beschäftigung landen. Beschäftigung heißt nämlich schlechte Bezahlung und hire and fire. Sie sind die Ersten, denen dann auch gekündigt wird, und das ist keine verlässliche Perspektive.

Wie bereits im Schulausschuss angesprochen, habe ich erhebliche Zweifel, dass AV-Dual das richtige Instrument für all die Jugendlichen ist, die Schwierigkeiten haben, eine Lebensperspektive für eine Berufsausbildung zu erhalten. Ich wäre froh, wenn wir das im Schulausschuss noch einmal problematisieren und das Instrument erheblich verbessern, damit es eine wirkliche Chance gibt, dann eben auch in Ausbildung zu kommen. – Danke schön.

(Beifall bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Rabe.

Senator Ties Rabe:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über 6 000 junge Menschen, Kinder und Jugendliche, die in den letzten zwei Jahren nach Hamburg geflüchtet sind, lernen derzeit in Hamburgs Schulen, 4 500 von ihnen in besonderen Vorbereitungsklassen, damit sie anschließend ihren Weg im Hamburger Schulsystem gehen können. Die spannende Frage, die uns alle bewegen sollte, ist, wie es uns gelingt, Kinder und Jugendliche, die aus Syrien, Eritrea, Irak, Afghanistan und von überallher nach Hamburg kommen, möglichst zügig mit guter Bildung zu einem Schulabschluss zu führen und sie auch in eine Berufsausbildung zu überführen, damit sie hier an unserer Gesellschaft teilnehmen können und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Das ist die entscheidende Frage.

(Senator Ties Rabe)

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Da wäre es schon wichtig, wenn wir uns auch die Zeit nehmen zu schauen, wie das gehen kann. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass auch FDP und CDU da etwas konkreter wären und nicht so viel über Verfahrensfragen, sondern über die Sache selbst reden. Hier geht es uns insbesondere um die jungen Menschen, die 16, 17, 18 Jahre alt sind. Dass sie in zwei Jahren, nachdem sie gerade aus Afghanistan oder Eritrea gekommen sind, hier sofort das Abitur machen können, ist ehrlicherweise nur bei ganz wenigen möglich. Deswegen besuchen die meisten von ihnen eine Berufsschule. Dort haben wir ein zweijähriges Angebot, damit sie zu einem Schulabschluss kommen. Das ist ein Halbtagsangebot an der Schule. Das ist übrigens in fast allen Bundesländern ähnlich. Diese zwei Jahre an der Berufsschule sollen nach Möglichkeit zum Hauptschul- oder Realschulabschluss führen und für die, die das schaffen, mit einer Perspektive zum Abitur, wenn es denn geht. Das ist der bisherige Status quo für 2 000 junge Menschen.

Wir wollen jetzt etwas ändern, weil wir glauben, es geht noch besser. Die Änderungen, über die wir sprechen, betreffen vier Bereiche. Erstens: Statt eines Halbtagsangebots wünschen wir uns ein Ganztagsangebot, weil wir davon überzeugt sind, dass die jungen Menschen, wenn sie den ganzen Tag in schulischen Zusammenhängen und auch in Betrieben lernen, wesentlich mehr Rückenwind bekommen und wesentlich besser die deutsche Sprache lernen als weiterhin in einem Halbtagsangebot. Wie gut das funktioniert, haben vielleicht die einen oder anderen von Ihnen selbst erfahren. Ich habe es gerade bei meiner Tochter erlebt, die bei einem USA-Aufenthalt endlich etwas gelernt hat, was die Raben schlecht können, nämlich Englisch, und zwar deshalb, weil es gelungen ist, in der Ganztagschule in den USA einfach am Leben teilzunehmen. Da bekommt man so viel Rückenwind, um die Sprache zu lernen, dass es ein sinnvoller Schritt ist, dieses Angebot auf den Ganztage zu verlängern. Das ist die erste Verbesserung, und ich glaube, sie trägt enorm zur Integration dieser jungen Menschen bei.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die zweite Verbesserung, die wir einführen, ist schlicht die Verringerung der Klassengrößen, und auch das ist sehr wichtig. Zurzeit lernen diese jungen Menschen in der Regel in Berufsschulklassen mit 17 Schülerinnen und Schülern. In Zukunft sollen es unter 15 sein. Das ist eine Kraftanstrengung, und der Redner der AfD hat zu Recht auf die Kosten hingewiesen. Allerdings darf ich darauf aufmerksam machen, dass wir die Finanzierung schon mit einer Drucksache ermöglicht haben.

Aber es ist eine deutliche Verbesserung, wenn wir die Klassengrößen verkleinern. Es gibt dadurch die Möglichkeit, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer wesentlich besser um den einzelnen Schüler kümmern können. Deswegen ist das der zweite Punkt, den zu beschließen unserer Meinung nach dringend angeraten ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der dritte Punkt ist ein besonderer, Frau Prien. Wenn Sie immer auf Bayern und andere Bundesländer verweisen, dann bitte ich Sie, einmal ganz genau hinzuschauen. Viele Bundesländer machen nämlich etwas, was ich in Hamburg ablehne. Sie machen diese besonderen Schulangebote nur für diejenigen, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Das bedeutet, dass wir drei Viertel, manchmal vier Fünftel, über 80 Prozent, in Hamburg schlicht von solch einer Schulbildung ausschließen würden. Deswegen haben wir uns mit diesem Modell entschieden zu sagen, egal wie der Aufenthaltsstatus ist, wir möchten allen jungen Menschen die Hand reichen und ihnen die Chance geben, sich gut ausbilden zu lassen, weil wir ihnen allen die Möglichkeit geben wollen und weil wir verhindern wollen, dass in Hamburg eine große Gruppe überhaupt nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden kann. Das ist viel schwieriger, viel teurer, auch gesellschaftlich viel problematischer, und deswegen ist hier die dritte Besonderheit: Jeder, der in Hamburg angekommen ist, nimmt an dieser Maßnahme teil, ausnahmslos. Das ist etwas Besonderes, was wir nur in wenigen Bundesländern finden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der eigentliche, vierte Punkt ist angesprochen worden, und ich will ihn noch einmal deutlich machen. Wir sagen nicht nur, dass diese jungen Menschen zur Schule gehen sollen, sondern sie sollen auch in den Betrieben lernen, und das geht so: Nach einer mehrwöchigen reinen Schulzeit am Anfang, während der die deutsche Sprache zumindest einigermaßen gelernt wird, lernen diese jungen Menschen jede Woche zwei oder drei Tage in einem echten Betrieb. Das hat aus meiner Sicht enorme Vorteile. Zwei bis drei Tage in der Woche in der Schule, zwei bis drei Tage im Betrieb. Sie haben die Chance, gleich Praxiserfahrung zu sammeln. Sie können auch in die Berufswelt hineinwachsen. Sie können dabei sozial lernen, wie das im Betrieb und in der Gesellschaft funktioniert, und das heißt auch Kontakt nicht nur mit Lehrerinnen und Lehrern, sondern mit echten Ausbildern, mit echten Angestellten und mit Arbeiterinnen und Arbeitern, die dort alle im Betrieb tätig sind. Ich glaube, das trägt ganz enorm zur Integration bei und hat einen weiteren Vorteil. Neben den Lehrern gewinnen wir nämlich eine weitere Kraft, die uns bei der Integration hilft: diese vielen Menschen in den Betrieben, die Ausbilder, die das gut können. Ich glaube, das ist ein ganz zentrales Moment, dass diese jungen

(Senator Ties Rabe)

Menschen eben nicht nur abstrakt die Schulbank drücken, sondern dass sie gleich in der Gesellschaft und im Leben ankommen durch dieses regelmäßige betriebliche Praktikum.

Ich bin der Wirtschaft sehr dankbar, dass sie in den vielen Gesprächen, die wir dazu geführt haben, schon signalisiert hat, man werde die 2 000 Praktikumsplätze, und das ist kein Pappentitel, gemeinsam finden, um dieses besondere Angebot möglich zu machen. Dieser vierte Punkt, die Integration gleichzeitig im Rahmen der Schule mit einem betrieblichen Praktikum, ist aus unserer Sicht ein ganz entscheidender Schritt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit komme ich zum Schluss. Ich glaube, es ist tatsächlich viel, viel Arbeit nötig, um über 6 000 Kinder mit Zuwanderungshintergrund hier zu integrieren und ihnen Chancen zu geben. Das ist nicht einfach, und da wird es Schwierigkeiten geben, das ist wahr. Aber ich erinnere auch einmal daran, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das gelingen kann. Dass es gelingen kann, zeigen Hamburgs Schulen. Hamburgs Schulen haben zurzeit fast 50 Prozent Kinder, die entweder selbst aus dem Ausland zugewandert sind oder deren Eltern zugewandert sind – 50 Prozent. Wenn man sich das anschaut, dann kann man wirklich sagen, dass hier in den letzten 30, 40 Jahren von den Schulen Enormes geleistet worden ist, was uns mutig machen sollte, diese Aufgabe anzugehen. Ich bin zuversichtlich, dass das gelingen wird, und das wird unsere Hansestadt reicher machen und voranbringen. – Vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Dann bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten mehr dazu sagen sollen, wie das denn gehe mit einer Verbesserung der Flüchtlingsbeschulung, dann kann ich Ihnen nur die Lektüre unseres Antrags empfehlen, da können Sie das nämlich nachlesen. Bei unserer Kritik am Verfahren geht es gerade darum, dass Sie beziehungsweise die Regierungsfaktionen eben nicht bereit sind, auf Grundlage unseres Antrags die Frage einer besseren Flüchtlingsbeschulung in Hamburg zu beraten.

Frau von Berg, das ist schon eine ziemliche Kahlheit: Um 14.31 Uhr bekomme ich von Ihnen eine SMS, nachdem Ihnen die "taz" – wirklich keine Zeitung, die normalerweise unsere Position unterstützt – heute gerade Trickserei in Sachen Flüchtlingsbeschulung vorgeworfen hat und Ihnen bescheinigt hat, dass Sie aus unseren Anträgen ab-

schreiben, um sie dann hinterher im Parlament wieder vorzulegen. Dann kommen Sie um 14.31 Uhr und bieten eine Selbstbefassung an. Das ist doch wohl nicht Ihr Ernst. Wir haben Anträge, auf deren Grundlage wir beraten können. Diese Anträge können Sie an den Ausschuss überweisen, und auf der Grundlage können wir dann beraten. Ihre Selbstbefassung jedenfalls brauchen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner* AfD)

Herr Senator, offensichtlich kennen Sie sich mit dem, was in anderen Bundesländern läuft, einfach nicht richtig aus. Tatsache ist, dass die Bayern seit Anfang dieses Schuljahres sämtliche jugendlichen Flüchtlinge unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, gerade wegen der Überlegungen, die ich Ihnen vorhin zu der Triple-Win-Strategie vorgetragen habe, selbstverständlich in die BAF-Klassen übernehmen. Es entspricht einfach nicht der Wahrheit, was Sie hier vorgetragen haben, und es wäre schön, wenn Sie künftig dann auch in diesen Sachfragen bei der Wahrheit bleiben würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Okay, dann brauchen wir keine Selbstbefassung nach Auskunft der CDU. Das ist einmal eine interessante Information, dass jetzt auch keine Selbstbefassungen mehr gebraucht werden, wenn Anträge nicht überwiesen werden. Das hat für mich nichts mit sachlich-fachlichem Auseinandersetzen im Ausschuss zu tun, das ist komisches parlamentarisches Gebaren.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich habe mich aber eigentlich gemeldet, weil es hier tatsächlich, worauf Herr Senator Rabe ganz richtig hingewiesen hat, um die Sache geht. Wir reden nämlich in dieser Debatte, anders als in der übernächsten Debatte, über die Beschulung von 16- bis 18-Jährigen. Warum ich mich gemeldet habe, ist der Vorwurf von zwei Fraktionen, dass es kein Konzept gebe. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie vielleicht einmal im Internet nachschauen und sich das Pilotprojekt AvM anschauen, das nämlich Pate ist für unseren Antrag, über den Sie jetzt abstimmen sollen. Da ist sehr genau dargelegt, wie dieses Projekt aussieht. Es gibt ein wunderbares Konzept, es ist alles hinterlegt, das ist auch schon ausprobiert, und da hätte ich mir ein bisschen mehr Vorbereitung gewünscht.

Aber ich freue mich darauf, im Ausschuss auch über die Bedenken von Frau Heyenn zu sprechen,

(Dr. Stefanie von Berg)

über die wir tatsächlich gern noch einmal reden wollen, sehr sachlich, unaufgeregt und wie es der Sache dient, denn wir alle oder die allermeisten von uns möchten doch, dass die jungen Migrantinnen und Migranten in dieser Stadt ankommen, eine Perspektive haben und wir gemeinsam zu einer multi-ethnischen Gesellschaft zusammenwachsen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Ich finde eigentlich, dass dem Senator, der SPD und den GRÜNEN etwas mehr Demut gut zu Gesicht stehen würde angesichts der realen Situation in Hamburgs Schulen. Ich finde es wirklich eine Zumutung, Herr Senator Rabe, wenn Sie formulieren: "Die spannende Frage, die uns alle bewegen sollte, ist ...", und dann kommt das mit der gelingenden Integration. Das ist die spannende Frage, die uns in der Tat alle bewegt. Deswegen haben wir uns viel Mühe gemacht, haben uns oft mit den Lehrerinnen und Lehrern getroffen und haben diese Anträge geschrieben. Diese dann wegzustimmen und zu sagen, wir würden uns nur an Verfahrensfragen aufhängen und uns eigentlich um die Sache an sich nicht kümmern, ist gelinde gesagt – was würde jetzt hier zutreffen? – nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei Karin Prien CDU – Kazim Abaci SPD: Das wurde schon mal gesagt!)

– Man muss es aber noch einmal sagen.

Es ist nicht Sache eines Senators, dies zu bewerten. Er sagt dann auch, wir sollten hier konkreter werden. Wir wären sehr gern konkret geworden, wenn Sie unsere Anträge im Ausschuss beraten würden.

(Zuruf von Kazim Abaci SPD)

– Herr Abaci, ich sage es aber, sooft ich es sagen will, denn es ist nicht in Ordnung, wie SPD und GRÜNE sich der Opposition gegenüber verhalten.

(Farid Müller GRÜNE: Wir überweisen doch Anträge!)

Dass die Halbtagsangebote in Ganztagsangebote übernommen werden, ist eine super Sache. Dann frage ich Sie aber allen Ernstes, warum Sie denn unsere Forderung, dass die Beschulung der Flüchtlingskinder auch ganztägig erfolgen soll, abgelehnt haben. Das begreife ich überhaupt nicht. Sie sind überhaupt nicht konsistent in Ihrer eigenen Aussage. Klassengröße, Aufenthaltsstatus, Praxiserfahrung, das ist doch alles richtig, und das

unterstützen wir doch auch in der Sache. Aber wo ist denn eigentlich Ihre Fähigkeit, auch einmal unsere Kritik und die Kritik aus den Schulen aufzunehmen, die sagen: Ist das AV-Dual denn der richtige Rahmen dafür? Da könnten Sie vielleicht wenigstens einmal zuhören und die Praktiker vor Ort ernst nehmen und überlegen, ob es Sinn machen würde, darüber einmal ernsthaft nachzudenken. Ich hoffe, dass Sie bis zum Ausschuss diese Fähigkeit vielleicht noch ein bisschen entwickeln und dass wir dann wirklich zu einer guten, sachlichen Debatte kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau von Treuenfels von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Vielen Dank. – Ich habe gerade aus den Reihen der SPD gehört, man würde das so gern in den Ausschüssen beraten und ich solle jetzt einmal nichts mehr sagen. Aber solange wir nichts zu beraten haben, weil nichts überwiesen wird, solange können wir es doch hier tun, nicht wahr, Herr Pein?

(Beifall bei Karin Prien CDU)

Ich habe noch etwas, Herr Rabe. Und zwar haben Sie uns gerade gesagt, wir würden so wenig über die Inhalte und die Verfahren sprechen. Die Opposition hat hier schon sehr deutlich gemacht, warum wir das tun. Das ist auch ein Zeichen dafür, wie wenig Sie involviert sind, gerade in Sachen Berufsschule. Jetzt haben Sie einmal einen guten Antrag vorgelegt, aber nun damit zu prahlen, können Sie sich ehrlich gesagt überhaupt nicht erlauben. Bis vor Kurzem wussten Sie noch nicht einmal, dass aus den Berufsschulen jedes Jahr eine gute Zahl – 200 bis 300 – jugendliche Migranten mit unbekanntem Abschluss abgeht. Das wussten Sie überhaupt nicht, und nur weil wir die Berufsmaßnahmen abgefragt haben, ist das herausgekommen. Davon hatten Sie keine Ahnung. Und dann wollen Sie uns sagen, dass Sie die Sache im Griff haben? Da kann ich echt nur lachen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Alexander Wolf AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden:* Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zu einer Reihe von Abstimmungen kommen.

Wer zunächst einer Überweisung des CDU-Zusatzantrags, der Drucksache 21/2165, an den Schulausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit passiert.

Wer nun auch die Drucksache 21/1953 an den Schulausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Ent-

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

haltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/1953.

Wer sich diesem anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit passiert.

Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN möchten die Drucksache 21/1953 nun nachträglich an den Schulausschuss überweisen.

Wer so verfahren möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das nachträgliche Überweisungsbegehren ist angenommen.

Bevor wir den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen, haben wir noch ein paar Wahlergebnisse.

Bei der Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission sind 106 Stimmzettel abgegeben worden. Herr Dr. Alexander Wolf erhielt 19 Ja-Stimmen, 81 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen und es gab 3 ungültige Stimmen. Damit ist Herr Dr. Wolf nicht gewählt worden.

Herr Dr. Bernd Baumann erhielt 23 Ja-Stimmen, 72 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen, ungültige Stimmen gab es 2. Damit ist Herr Dr. Baumann nicht gewählt worden.

Dann werden wir diese Wahlen erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sind 105 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war 1 Stimmzettel ungültig, demnach waren 104 Stimmen gültig. Herr Justus Burgdorf erhielt 36 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen. Damit ist Herr Burgdorf nicht gewählt worden.

Dann werden wir auch diese Wahl in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Wir haben Punkt 74 der Tagesordnung erreicht, Drucksache 21/2055, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Hamburgs Tor zur Welt – Verwendung der englischen Sprache im Hamburger Hafen.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Hamburgs Tor zur Welt – Verwendung der englischen Sprache im Hamburger Hafen
– Drs 21/2055 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Seeler von der SPD-Fraktion.

Dr. Joachim Seeler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass wir uns heute im Gedenken an Helmut Schmidt mit einem Thema zum Hafen Hamburg befassen, hätte wohl sein Wohlwollen gefunden. Im letzten Interview, das er der Zeitung "Die Zeit" im September gegeben hat, wurde er auch über seine Berufswünsche gefragt und er sagte, als er Anfang der Fünfzigerjahre als Amtsleiter in der Wirtschaftsbehörde ausschied, sei sein Wunsch eigentlich gewesen, Hafendirektor zu werden. Ich glaube, wir alle hätten uns auf die Debatten mit dem Hafendirektor Schmidt sehr gefreut, und heute, wenn wir uns wieder mit einem Hafenthema beschäftigen, haben wir nun von ganz oben sein Wohlwollen auf unserer Seite.

Heute geht es uns um das Thema Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens. Viele der in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten Projekte – Fahrrinnenanpassung, smartPORT, Hafenausbau, Ertüchtigung Binnenschifffahrt – haben bereits zum Aufbau und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit geführt. Aber es gibt auch Themen, die unterhalb dieser Schwelle bedeutend sind und nicht gleich dreistellige Millionenbeträge kosten, sondern schlichtweg für die Verfahrensabläufe im Hafen von wesentlicher Bedeutung sind. Eines dieser Themen ist die Frage, mit welcher Verkehrssprache wir im Hamburger Hafen umgehen. Bisher sieht die dafür maßgebliche Seeschifffahrtsstraßenordnung vor, dass in den deutschen Seerevieren und damit auf der Elbe und im Hamburger Hafen Deutsch die erste Sprache ist. Das heißt, die internationale Handelsschifffahrt, bei der heute Englisch die erste Bordsprache ist, hat in der Deutschen Bucht, auf der Elbe und im Hamburger Hafen auf Deutsch zu kommunizieren. Das ist für die meisten Schiffe schwierig. Auch bei 90 Prozent der unter deutscher Flagge fahrenden Handelsschiffe ist Englisch inzwischen die erste Seesprache. Die Kapitäne, die auf der Elbe die Verantwortung für ihr Schiff haben, müssen sich viele der Nachrichten aus den Seerevieren des Funkverkehrs jeweils von dem Lotsen übersetzen lassen. Das ist ein Vorgang, der ein unverändert hohes Sicherheitsrisiko beinhaltet, und unseres Erachtens wäre es sinnvoll, die Sprachenreihenfolge zu ändern. Bisher sieht die Seeschifffahrtsverkehrsordnung wie gesagt Deutsch als erste und Englisch als zweite Sprache vor. Wir möchten auf den Weg bringen, dass Englisch die erste und Deutsch die zweite Sprache ist, was übrigens im Luftverkehr schon seit Langem üblich ist, wie wir alle wissen, wobei der lokale Funkverkehr auch in der Luftfahrt auf Deutsch abgewickelt wird. Genau das kann auch

(Dr. Joachim Seeler)

für den Hafen implementiert werden, sodass etwa bei der Binnen- oder Sportschifffahrt weiterhin auf Deutsch kommuniziert werden kann.

Problematisch ist diese Verwendung der deutschen Sprache aber auch bei dem Vorgang der Einklarierung von Schiffen, also bei den administrativen Abläufen im Hafen. Die im Hafen handelnden Teilnehmer geben zu Protokoll, dass die Abwicklung der Schiffe teilweise bis zu 24 Stunden dadurch verzögert wird, dass Unterlagen wie etwa für Zoll, Polizei, Be- und Entladeinformationen erst aus dem Englischen der internationalen Handelschifffahrt ins Deutsche übersetzt werden müssen, um dann entsprechend bearbeitet werden zu können. Das ist ein administrativer Zusatzaufwand, der schlichtweg die Abläufe im Hafen behindert. Erfreulicherweise hat der Zoll bereits angefangen, Vordrucke ins Englische zu übersetzen und diese auch anzuerkennen, wenn sie ausgefüllt und eingereicht werden.

Dass die Umstellung auf die englische Sprache in den deutschen Seerevieren und somit im Hafen und auf der Elbe sinnvoll ist, ist bereits mehrfach gutachterlich untersucht worden. Eines der wesentlichen Gutachten hierfür ist bereits 2008 erstellt worden. Man kann sich fragen, warum das dann sieben Jahre lang nicht zu Weiterungen geführt hat. Es sind jedoch viele Partner involviert. Die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen Nord und Nordwest haben das untersuchen lassen und kommen klar zu der Aussage, dass die Sprachenreihenfolge in den deutschen Seerevieren umgestellt werden sollte.

(Beifall bei der SPD und bei *Michael Kruse FDP*)

Dazu hat im aktuellen Entwurf von 2015 für das Hafenkonzept der See- und Binnenhäfen der Bundesregierung, der in der letzten Abstimmung ist, sogar die Bundesregierung – die bezüglich der Entwicklung der Häfen und gerade des Hamburger Hafens nicht immer einer Meinung mit uns ist – noch einmal unterstrichen, dass diese Forderung auf Bundesebene zu unterstützen ist. Eines darf man nicht vergessen, wenn wir über die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens reden: Bei allen großen Wettbewerbern der Nordrange – Rotterdam, Antwerpen – ist Englisch die erste Verkehrssprache im Hafen und inzwischen fangen auch Häfen in der Ostsee an, Englisch umzusetzen. Zuletzt hat Finnland das auf den Weg gebracht.

Daher fordern wir den Senat in unserem Antrag auf, im Sinne der Prozessbeschleunigung im Hafen und zur Erhöhung der Sicherheit mit den benachbarten Ländern, mit den Behörden des Bundes und mit den Institutionen im Hamburger Hafen zu prüfen, ob und in welchen Schritten diese Änderung bei der Reihenfolge der Sprache erfolgen kann, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit

des Hamburger Hafens weiter zu erhöhen. Dafür bitten wir heute um Zustimmung. Ein einheitliches Mandat würde natürlich dem ganzen Vorgang noch deutlich Nachdruck verleihen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der FDP und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Niedmers von der CDU-Fraktion.

Ralf Niedmers CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es folgt nun kein Vortrag auf Englisch. Wir beschäftigen uns heute mit einer Initiative der Regierungsfractionen, die mit Sicherheit nicht schädlich ist, auch wenn man über das genaue Wie und Wann noch im Detail streiten mag. Doch alles nacheinander.

In der Vergangenheit dominierten weniger Schlagzeilen wie "Hamburger Hafen hat Probleme mit Verwendung der deutschen Sprache". Vielmehr lassen wir Schlagzeilen wie "Hafenwirtschaft stellt Hamburg ein Olympia-Ultimatum" oder "Mitarbeiter verschleppt Verfahren zur Hafenerweiterung" oder

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Ach, Herr Niedmers!)

"Rechtsstreit. Hamburger Hafen ist voller Schlick – Firma klagt".

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Komm wieder zur Sache!)

Was ich damit sagen möchte, ist Folgendes: Wir als CDU-Fraktion wundern uns doch etwas über die Prioritätensetzung von Rot-Grün, wenn es um vorzunehmende Maßnahmen im Hamburger Hafen geht. Baustellen haben wir dort nämlich genug. Suchen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, sich gern eine aus. Ich habe ein paar Beispiele mitgebracht. Fahrrinnenanpassung, Verschlickung und Hafeninfrastrukturprojekte sind an dieser Stelle zu nennen.

Zu Ihrem Prüfantrag lässt sich Folgendes feststellen: Auf dem Großteil der nach Hamburg einfallenden Schiffe wird heute ohnehin schon Englisch gesprochen. Englisch gilt, wie Dr. Seeler völlig zutreffend erwähnt hat, als Bordsprache. In deutschen Seehafenrevieren und somit auch auf der Elbe und im Hafengebiet gilt jedoch Deutsch als Amtssprache. Auch wenn einzelne Informationen zu Wetter- und Verkehrslagen sowie Warnungen sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache verbreitet werden, sind Verständigungsprobleme und kommunikative Missverständnisse, insbesondere mit Lotsen, vorprogrammiert. Was wäre denn, wenn ein sehr großes Schiff einen sehr großen Unfall verursachen würde und die Unfallur-

(Ralf Niedmers)

sache würde sich gerade in dieser Sprachverständigungsbarriere begründen? Das wäre nicht gut.

Die nun zu diskutierende Forderung zur Verwendung der englischen Sprache im Hamburger Hafen ist aber keineswegs neu. Neben dem Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt haben sich diverse weitere maritime Wirtschaftsverbände erst kürzlich wieder auf ein Positionspapier verständigt, welches anlässlich der vor wenigen Wochen stattfindenden Nationalen Maritimen Konferenz verbreitet wurde. Aus Sicht der Verbände sollte die Zielvorgabe zum einen die verstärkte Verwendung der englischen Sprache bei der Lotsberatung als auch bei der Abwicklung der administrativen Prozesse, insbesondere beim Zoll, sein.

Besondere Gewichtung hat in dieser Entscheidungsfrage aus Sicht der CDU das Argument des bürokratischen Mehraufwands und der Dauer von Verwaltungsabläufen. Wir befinden uns nämlich in einer ständigen Konkurrenzsituation mit den europäischen Seehäfen und stehen im Wettbewerb um Kosten, Schnelligkeit und Effizienz. Wenn Reedereien also in ihrer Entscheidungsfindung darüber, welchen Hafen sie anlaufen, die Möglichkeit zur Verwendung der englischen Sprache einbeziehen, dann sollten und müssen wir dies zur Kenntnis nehmen und auch politisch bewerten.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht der CDU-Fraktion der Prüfantrag an den Senat zur Verwendung der englischen Sprache, möglichst gleichgestellt mit der deutschen Sprache, im Hamburger Hafen richtig. Im Interesse der Zukunftsfähigkeit des maritimen Standorts Deutschland sollten wir die nötigen Schritte veranlassen, um administrative Verfahren zu vereinfachen und ebenso zu beschleunigen. Allerdings müssen wir angemessene Übergangsfristen berücksichtigen – ich denke dabei an circa 3 Jahre –, denn der betroffene Personenkreis ist zunächst einmal, und das bedeutet wieder einen zusätzlichen Aufwand, vollumfänglich zu schulen. Wir erteilen also heute als Parlament den Auftrag zu prüfen. Wir lassen uns dann per 30. Juni des nächsten Jahres berichten, und wir können sodann hoffentlich bald auch Entscheidungen treffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein bekanntes Sprachinstitut hat einmal mit dem sehr eingängigen Witz für sich geworben,

(*Michael Kruse FDP:* Du bist auch noch witzig?!)

– Warten Sie einmal ab.

in dem ein Schiff mit der Deutschen Küstenwache kommuniziert und sagt, Mayday, Mayday, we are sinking, und die Deutsche Küstenwache antwortet: What are you thinking? Das ist inzwischen ein alter Witz, aber er verdeutlicht, wie wichtig die englische Sprache im Seeschiffsverkehr sein kann. Mehr als 90 Prozent der weltweit gehandelten Güter werden heute auf dem Seeweg transportiert. Der Hamburger Hafen ist international aufgestellt. Die Menschen auf den Schiffen kommen aus den verschiedensten Nationen, und deswegen ist Englisch die Lingua franca der Seeschifffahrt. Das Problem ist, dass die Reviersprache im Hamburger Hafen Deutsch ist, das heißt, es besteht eine Meldepflicht auf Deutsch. Für viele Schiffsbesatzungen und Schiffsführer ist es deswegen nicht leicht, den gesamten Funkverkehr zu verfolgen. Um dies zu ändern, bringen SPD und GRÜNE heute den Antrag ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Ziel des Antrags ist eine Umkehrung der Sprachreihenfolge, die auch auf Bundesebene angestoßen werden soll. Darüber hinaus wollen wir ermöglichen, dass auch administrative Vorgänge im Hamburger Hafen, wie polizeirechtliche Genehmigungen et cetera, auf Englisch geregelt werden können. Meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, das ist ein echter Bürokratieabbau, nach dem Sie sonst immer suchen.

(*Michael Kruse FDP:* Deswegen stimmen wir alle zu!)

– Das freut uns sehr.

Klar ist auch, dass die Lotsenannahmepflicht von der ganzen Geschichte unberührt bleibt. Es sollte uns wichtig sein, bei diesem Berufsstand nicht für unnötigen Wirbel zu sorgen. Ich glaube auch, dass das Ziel des Antrags klar formuliert ist. Wir wollen das Ganze im Dialog mit den Betroffenen umsetzen. Deswegen ist es nicht nur ein richtiger Schritt, sondern es ist auch gut, wenn wir uns dort gemeinsam auf den Weg machen würden. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Als wir diesen Antrag gelesen haben, hielten wir es anfangs für selbstverständlich, Englisch als erste Sprache im Hamburger Hafen einzuführen – auch am Flughafen ist Englisch die erste Sprache. Dummerweise haben wir dann weitergelesen und ein bisschen herumte-

(Norbert Hackbusch)

lefoniert und sind dann plötzlich auf andere Dinge gestoßen, die man bei der Behandlung sicherlich berücksichtigen muss. Der Bundestag hat sich vor Kurzem mit diesem Thema beschäftigt und stellt in seinem Bericht vom 10. Oktober dieses Jahres fest:

"[...], dass bei einer Pflicht zur prioritären Kommunikation in Deutsch durch die dadurch nahezu zwingende Annahme von Lotsen ein sicherer Informationsaustausch gewährleistet ist."

Hören Sie genau zu:

"Beim Austausch in Englisch zwischen Nicht-Muttersprachlern ist dieser Aspekt zumindest fraglich."

Was bedeutet das? Der Bundestag hat das geprüft, ausführlich diskutiert und gesagt, aus Sicherheitsgründen sei es vernünftig, die alte Priorität beizubehalten. Diesen Aspekt hätte man zumindest einmal einbringen müssen, wenn man das hier diskutiert, und zwar nicht fachlich im Ausschuss, sondern nur in der Bürgerschaft diskutiert, um einen Antrag durchzustimmen. Allein dieses Zitat zeigt doch, dass wir dieses Thema im Ausschuss diskutieren müssen. Darüber können Sie nicht einfach hinweggehen und das so durchstimmen – das gehört sich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum ist das denn jetzt so viel komplizierter? Im Gegensatz zu den Schiffslotsen haben die internationalen Fluglinien einen eigenen Luftkorridor. Im Schifffahrtsverkehr gibt es keine eigenen Wasserkorridore, und insofern ist die Kommunikation unter den vielen Schiffen, auch den kleinen Schiffen, die im Hamburger Hafen fahren, absolut notwendig. Erfahrungsgemäß sprechen die Kapitäne kleiner Schiffe nicht wie die Kapitäne großer Handelsschiffe Englisch als erste Sprache. Die Sicherheit im Hamburger Hafen muss erste Priorität haben, und insofern ist irgendetwas an Ihrem Antrag nicht richtig. Anstatt die gesamte Bürgerschaft mit diesem Thema zu beschäftigen, das sowieso kaum einer versteht, sollte es an den Ausschuss überwiesen und dort vernünftig diskutiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehen Sie sich diese Aspekte einmal an. Ganz dumm kann in Ihren Augen der Bundestag doch nicht sein. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Kruse von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Michael Kruse FDP: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, dass Sie, liebe SPD und GRÜNE, unsere Idee aus dem Antrag "Wel-

come to Hamburg – Englisch als ergänzende Verkehrssprache einführen" nun umsetzen. Schade, dass Sie den FDP-Antrag zur englischen Sprache gerade erst am 1. Oktober ablehnen mussten, nicht einmal an den Ausschuss überwiesen haben und dass Sie ihn jetzt in Teilen als eigene Idee verkaufen. Sie sind nicht auf die Idee gekommen, aber es ist trotzdem richtig, dass wir das machen, und deswegen stimmen wir diesem Antrag selbstverständlich zu.

Sie schreiben in Ihrem Vortext, dass den Lotsen eine zentrale Rolle bei der reibungslosen Kommunikation zukommt. Das kam mir gleich bekannt vor. In unserem FDP-Antrag heißt es nämlich:

"Daneben hat die Kommunikation auf Englisch aber auch in der Kommunikation zwischen Landes- und Bundesbehörden einen Nutzen: So macht es beispielsweise im Hamburger Hafen Sinn, die Kommunikation beim Manövrieren von Schiffen mit Lotsen auf Englisch umzustellen."

– Zitatende.

Gut abgeschrieben, kann man dazu nur sagen – ein Fall für den Bildungssenator. Herr Rabe, übernehmen Sie.

Zum Wohle Hamburgs hilft die FDP der Regierung natürlich immer gern. Letztlich ist Hamburg damit geholfen, dass wir das Ganze nun machen. Schade ist, dass Sie allerdings diese guten Vorlagen, die wir Ihnen natürlich liefern, nur halbgar umsetzen. Denn das, was wir machen könnten, ist natürlich auch ein richtiger gemeinsamer norddeutscher Aufschlag, damit entlang der gesamten Elbe Englisch gesprochen wird. Die Mehrheiten haben Sie. Aber was nützt die größte Mehrheit, wenn die Idee fehlt?

Wir halten an unserem Ziel fest, dass nebenbei auch Hamburger Behörden auf Englisch ansprechbar sein sollten, nicht jeder Beamte, aber zumindest einige ausgewählte Personen. Düsseldorf macht das, hat gute Erfahrungen damit gemacht und wirbt damit mittlerweile weltweit. In Zeiten immer mehr internationaler Mitbürger ist das ein Service, den eine internationale Großstadt wie Hamburg, das sich gerade um Olympia bewirbt, nutzen und bieten sollte. Aber auch die besten Ideen nützen nichts, wenn der Mut fehlt. Mehrheit, Idee, Mut – Sie haben leider nur eine der drei wichtigen Eigenschaften. Schade für Hamburg, aber der Antrag ist trotzdem gelungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich lerne gern immer etwas

(Dr. Jörn Kruse)

dazu im Parlament und in diesem Fall habe ich beim Lesen des Antrags gelernt, dass es sich überhaupt lohnt, so einen Antrag zu stellen. Denn wenn Sie mich vorher gefragt hätten, hätte ich es für eine pure Selbstverständlichkeit gehalten, dass man im Hafen natürlich auf Englisch kommuniziert, so wie man das auch im Luftverkehr macht. Offenbar sind wir da im Hamburger Hafen lange zurück, aber alles, was man versäumt hat, kann man noch nachholen. Insofern ist der Antrag offenbar nötig und sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden. Ich als Parlamentsneuling hätte vielleicht gesagt: Warum machen wir das im Parlament? Kann das nicht die HPA per Anweisung machen? Das geht viel schneller und ist sehr viel sachgerechter. Darüber müssen wir im Parlament nicht reden. Das ist anscheinend nicht so, also reden wir hier darüber. Ich glaube nicht, dass es sich lohnt, das Thema noch groß an den Ausschuss zu überweisen. Die Sache ist so klar, dass man sie so schnell wie möglich umsetzen sollte. Deshalb unterstützt die AfD-Fraktion diesen Antrag der Regierungsfractionen. Also wir sind dafür.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Horch.

Senator Frank Horch:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg ist wie bekannt ein internationaler Handelsplatz, der Hafen nach wie vor unser wirtschaftliches Kraftzentrum für alle Prozesse. Jeder in Hamburg weiß sehr genau, was wir gerade an Hafen und Schifffahrt haben, und, das möchte ich betonen, der Senat trägt dem in besonderer Weise Rechnung. Deshalb investieren wir in verschiedenster Form in den Hafen und setzen uns, wie wir heute schon gehört haben, mit Überzeugung und aller Aktivität für die Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe ein. Deshalb engagieren wir uns in einem besonders intensiven Vorgang bei allen Hinterlandbindungen, ob zu Wasser, Schiene und Straße, und wollen den Wirtschaftsstandort insgesamt mit dem Hafen weiterentwickeln. smartPORT logistics und weitere effizienzsteigernde Prozesse sind auf dem Wege.

Wesentliche Prozesse im Hafen werden laufend verbessert. Die Terminals haben zum Beispiel – und das sind sehr entscheidende Dinge für die Prozessabläufe – die Fiedler Logistikzentrale, das nautische Terminal für die Koordination. Das sind hervorragende Angebote, um die Effizienz im Hamburger Hafen zu steuern. Mit DAKOSY haben wir ein herausragendes Hafeninformati onssystem. Hamburg ist es vor diesem Hintergrund gelungen, dass National Single Window – da war es auf Englisch – vernünftig umzusetzen. Die Schifffahrt kann nun alle notwendigen Meldungen elektronisch auch auf Englisch übermitteln. Das ist längst nicht in jedem deutschen Hafen und auch nicht in den

Häfen der Nordrange, nicht in den Niederlanden und in Belgien umfassend der Fall. Das heißt, wir sind international gut aufgestellt. Doch Stillstand in einem Hafen geht nicht. Ein Hafen ist aufgrund der Internationalität immer auf dem Weg in die Zukunft, wenn er in allen Belangen wettbewerbsfähig bleiben will. Und Hamburg ist nach wie vor – das steht auch im Antrag – das Tor zur Welt.

Nun zu unserem heutigen Thema. Gerade im Hafen von Hamburg und an der Unterelbe wird Englisch schon heute sehr stark genutzt. Es geht jetzt darum, Englisch als Revi ersprache zu stärken und bei den Genehmigungen in der Gesamtheit internationaler zu werden. Wir wollen den Hafen vor allem für die internationalen Kunden noch attraktiver gestalten. Angst davor – das möchte ich deutlich sagen – muss in Hamburg niemand haben. Niemand muss um seinen Job fürchten, niemand muss Befürchtungen um seine Existenz haben, denn das sich, wie wir heute schon gehört haben, nicht alle Kommunikation auf Englisch zu eigen machen, ist klar, das wird in Hamburg nicht gehen. Wir brauchen ein exzellent abgestimmtes und abgewogenes Nebeneinander von Deutsch und Englisch und wollen in einem breiten Abstimmungsprozess mit Polizei, Feuerwehr, Lotsen, mit dem Bund, was die Wasserwirtschaftsdirektion angeht, entsprechend prüfen, ob wir über den Weg der Kommunikation an der Elbe, im Hafen von Hamburg und auch in anderen Revieren die Internationalisierung in der Gesamtheit verbessern können. Wenn das in diesem Abstimmungsprozess richtig angegangen wird, ist das für die Zukunft ein weiteres Qualitätsmerkmal für den Hamburger Hafen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 21/2055 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer dem gemeinsamen Antrag Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/2055 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei nicht hundertprozentiger Beteiligung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 65, Drucksache 21/1964, Antrag der CDU-Fraktion: Erfolgreiche Beschulung von Flüchtlingskindern sicherstellen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)**[Antrag der CDU-Fraktion:
Erfolgreiche Beschulung von Flüchtlingskindern sicherstellen
– Drs 21/1964 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der CDU, der LINKEN und der FDP an den Schulausschuss überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben das Thema in der ersten Debatte schon einmal ein wenig ventiliert und ich muss ehrlich sagen, dass ich nach dem Verlauf der ersten Debatte wirklich sehr enttäuscht darüber bin, dass die Bereitschaft der Regierungsfractionen, in einem geordneten parlamentarischen Verfahren über unseren Antrag zu beraten, nicht besteht. Deshalb haben wir uns entschieden, die Sache inhaltlich heute gar nicht mehr zu debattieren, sondern werden zu dem von Ihnen angekündigten Antrag zur gleichen Thematik unseren Antrag als Zusatzantrag erneut einbringen. Auch DIE LINKE wird ihren Antrag zur Flüchtlingsbeschulung dann erneut einbringen. Wir hoffen, dass wir auf der Grundlage aller drei Anträge zu einer fundierten Debatte zum Thema Flüchtlingsbeschulung kommen können und dass SPD und GRÜNE sich bis dahin besonnen haben, dass es vielleicht mehr Sinn macht, das Thema auf einer derart breiten Grundlage anzugehen und ihre Blockadehaltung aufzugeben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Abaci von der SPD-Fraktion.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, dass Sie schlecht über das Hamburger Schulsystem reden, ist nicht hinzunehmen.

(Karin Prien CDU: Hab ich doch gar nicht gesagt!)

– Sie sagen in Ihrem Antrag, dass wir kein Konzept haben – das haben Sie vorhin auch gesagt –, dass die Beschulung von Flüchtlingskindern unkoordiniert, chaotisch und unsystematisch verläuft. Diese Behauptung ist schlicht falsch. Hamburger Schulen leisten Großartiges. Man kann das Schulsystem immer noch verbessern, man kann es immer noch weiterentwickeln, aber der Vorwurf, dass die Beschulung von Flüchtlingskindern in Hamburg insgesamt schlecht läuft, ist nicht hinzunehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Nebahat Güçlü fraktionslos:* Hat sie doch gar nicht gesagt!)

Deshalb haben wir als Koalition einen Antrag auf den Weg gebracht, um das bestehende System

weiterzuentwickeln, sodass die Kinder und Jugendlichen besser und nicht nur im Rahmen von AV-Dual auch ganztägig beschult werden.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Aber zum Schluss möchte ich dazu sagen, dass der aktuelle Zwist in der CDU zum Umgang mit der Flüchtlingspolitik offenbart, dass die CDU nicht als guter Ratgeber taugt. Dennoch ist das Ziel richtig und wichtig, dass wir im Rahmen des Schulausschusses in Ruhe darüber reden, inwieweit wir das Konzept, das System noch weiter verbessern und weiterentwickeln können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unsere Gesellschaft wird sich ändern. Unsere Stadt wird sich radikal verändern. Ich bin der Auffassung, dass wir in zwanzig, dreißig Jahren in unserer Stadt gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben. Das sagen auch Migrationsforscherinnen und -forscher. Wir werden in einer Stadt leben, die davon lebt, dass wir ganz viele verschiedene Ethnien haben, ganz viele Menschen und eine superkulturelle Gesellschaft.

(Beifall bei *Hendrikje Blandow-Schlegel SPD*)

Das ist das, was wir in der Zukunft haben werden, und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade in Richtung rechts: Das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Bernd Baumann AfD:* Wer glaubt das noch?)

Die Frage ist, wie wir uns darauf vorbereiten. Wie soll die Zukunft aussehen, damit das gelingt? Auch darauf geben uns Gott sei Dank Studien kluge Antworten. Die drei Schlüssel zu einer gelingenden Gesellschaft sind Bildung, Wohnen und Jobs. Gute, qualifizierte Jobs bekommt man nur, wenn man eine gute Bildung hat. Damit rückt also die Bildungspolitik wieder total in den Fokus unseres politischen Geschehens, und genau das ist das Thema in dieser Debatte. Wir müssen uns um die Beschulung der Flüchtlinge kümmern. Die CDU hat einen Antrag vorgelegt, über den wir schon gesprochen haben, und auch die LINKEN haben einen Antrag vorgelegt. Ich habe gesagt, wie wir damit politisch umgehen. Mir persönlich fällt überhaupt kein Zacken aus der Krone, wenn ich sage, dass die anderen mit ihren Anträgen schneller waren.

Es fällt mir deswegen kein Zacken aus der Krone, denn es ist einfach so, dass wir mit sehr viel Sorgfalt herangegangen sind. Die Entwicklung hat sich

(Dr. Stefanie von Berg)

nämlich radikal verändert, seit dem Sommer haben wir absolut andere Bedingungen in unserer Stadt. Man muss nicht nur darauf schauen, was man gern hätte, sondern auch darauf, was überhaupt geht. Wir haben uns diese Zeit genommen, und deswegen wird unser Antrag erst in zwei Wochen vorliegen. Wir haben ihn gestern eingereicht.

Ich sage es noch einmal: Wir haben es nicht nötig, von anderen Fraktionen abzuschreiben. Dagegen möchte ich mich deutlich verwehren.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das sehen wir ja!)

Ich denke, es gelingt uns nur gemeinsam in dieser Stadt, mit der Gesellschaft umzugehen, wenn wir es auch gemeinsam tun. In Richtung CDU frage ich mich, mit welcher CDU wir überhaupt noch verhandeln wollen. Als ich am Dienstag das "Hamburger Abendblatt" aufgeschlagen habe, habe ich mich gefragt, ob Sie überhaupt noch wissen, wie Sie zu dem Thema Geflüchtete stehen.

(Dennis Thering CDU: Lächerlich!)

Ich weiß ehrlich gesagt nicht mehr, mit wem man dann noch reden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden mit Sicherheit sowohl in diesem Hause in zwei Wochen noch einmal über das Thema sprechen als auch im Schulausschuss – das habe ich bereits angekündigt –, so, wie es der Sache angemessen ist. Ich freue mich auf diese Gespräche, und ich würde mir sehr wünschen, dass wir konstruktiv darangehen und nicht immer nur mit gegenseitigen Schuldzuweisungen arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Für die Fraktion DIE LINKE bekommt nun Frau Boeddinghaus das Wort.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Kurz und schmerzlos, ich habe noch eine Frage an die Koalition: Warum haben Sie eigentlich nicht die Größe zu sagen, dass es eine große Anforderung an die Schulen ist und auch an Sie als Regierungskoalition, die Flüchtlingsbeschulung so zu organisieren und nötigenfalls auch umzustrukturieren? Warum sagen Sie nicht, dass man fachliche Unterstützung braucht und sich die Expertise holen muss? Warum können Sie das eigentlich nicht zugeben, warum müssen Sie hier immer behaupten, Sie wüssten schon alles besser? Das begreife ich einfach nicht.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der FDP)

Daran schließt sich die zweite Frage an: Warum haben Sie nicht die Größe, unsere Anträge als

Grundlage dieser Diskussion im Ausschuss zu nehmen? Das kriegen Sie einfach nicht gebacken, und deswegen halte ich es für eine gute Idee von Frau Prien. Wir werden uns das auch vorbehalten, und dann werden wir sehen, ob Sie in zwei Wochen unsere Anträge mit Ihren zusammen überweisen oder ob Sie Ihren Antrag einfach hier durchstimmen. Wenn das so wäre, dann haben wir nichts auf der Tagesordnung, dann fällt der Schulausschuss aus. Dann müssen wir eine Selbstbefassung machen. Das ist aber ein lächerliches Spektakel. Deshalb würde ich Ihnen raten, ein bisschen darüber nachzudenken, dass Sie hier im Grunde diese unwürdige Debatte angeschoben haben und nicht wir. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau von Treuenfels von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe eine kurze Anmerkung. Ich finde es interessant, Frau von Berg, wenn Sie sagen, Sie hätten nicht abgeschrieben. Hier sind doch so viele Lehrer, und wenn jemand abschreibt, vergleicht man das doch. Wenn Ihr Antrag kommt, schauen wir einfach einmal, ob der abgeschrieben ist oder nicht. Wenn nicht, dann nicht. Ich könnte mir vorstellen, Sie haben einiges daraus genommen.

(André Trepoll CDU: Ist ja schon angekündigt!)

Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Sie haben gesagt, Herr Abaci, und das fand ich besonders interessant, die CDU rede immer alles schlecht; auch über uns wird das gesagt, deswegen kann ich das gleich mit beantworten. Wir würden die Schulen schlechtreden. Da gibt es aber einen großen Unterschied, denn wir reden nicht die Schulen schlecht, sondern wir reden Ihre Politik schlecht. Und die ist auch schlecht. Für die Schulen würden wir uns freuen, wenn es besser lief, und nicht nur für sie, sondern wir vertreten hier auch die Eltern und deren Kinder. Ich habe wirklich keine Lust mehr darauf – und ich glaube, alle anderen Oppositionsparteien auch nicht –, dass Sie immer so tun, als ob wir uns bei Ihrem völligen Versagen erdreisten, die jeweilige Schulform zu kritisieren und schlechtzureden. Unterscheiden Sie da bitte. Wir sagen, Ihre Politik sei nicht die richtige und manchmal wirklich mangelhaft. Nicht immer, aber meistens. Aber wir sagen nicht, dass die Schulen schlecht sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller:* Ich sehe keine weiteren Wortbeiträge, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst die Drucksache 21/1964 an den Schulausschuss überweisen? – Wer möchte die Überweisung nicht? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Die Fraktionen der LINKEN und der AfD möchten dieses zifferweise abstimmen lassen. Damit kommen wir nun zunächst zum Antrag unter A.

Wer möchte hier der Ziffer 1 folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer abgelehnt.

Wer möchte dann der Ziffer 2 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch die Ziffer 2 wurde abgelehnt.

Wer möchte nun Ziffer 3 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls abgelehnt.

Wer möchte die Ziffer 4 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese Ziffer ist abgelehnt.

Wir kommen zur Ziffer 5. Wer möchte sich dieser anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls abgelehnt.

Wer möchte nun Ziffer 6 folgen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 6 ist abgelehnt.

Wer möchte sodann Ziffer 7 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch die Ziffer 7 wurde abgelehnt.

Wer möchte dann Ziffer 8 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 8 ist abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer 9. Wer möchte diese annehmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Ziffer 9 wurde abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 10 anschließen? – Und die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Ziffer wurde abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer 11. Wer möchte dieser folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 11 wurde abgelehnt.

Dann kommen wir zur Ziffer 12. Wer möchte dieser zustimmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch die Ziffer 12 ist abgelehnt.

Wer möchte dann schließlich dem Ersuchen aus dem Teil B des Antrags folgen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das Ersuchen aus B abgelehnt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 45, Drucksachen 21/1888 und 21/2197, Gemeinsamer

Bericht des Ausschusses für Sport und Olympia und des Ausschusses für Umwelt und Energie: Hamburgs Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele, hier: Sachstandsbericht Nachhaltigkeitskonzept.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/2197 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD vor.

[Gemeinsamer Bericht des Ausschusses für Sport und Olympia und des Ausschusses für Umwelt und Energie zum Thema:

Hamburgs Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele – Sachstandsbericht Nachhaltigkeitskonzept (Selbstbefassungsangelegenheit)

– Drs 21/1888 –]

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Nachhaltige und soziale Spiele – Auch die Bürgerschaft ist in der Pflicht

– Drs 21/2197 –]

Wer wünscht dazu das Wort? – Frau Sparr von der GRÜNEN Fraktion, Sie bekommen es.

Ulrike Sparr GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir merken es gerade selbst: frühsummerliche Temperaturen zu Karnevalsbeginn. Das freut zwar den Narren, ist aber eigentlich ein dringender Hinweis darauf, dass wir endlich den Klimawandel in den Griff bekommen müssen.

Andere, viel handfestere Hinweise kommen dabei aus Ländern, die mit den Folgen viel direkter und brutaler konfrontiert sind als wir. Orkanstürme in Mittelamerika verheeren ganze Landschaften, Dürrekatastrophen und Wüstenbildungen führen zu Missernten und Revolten.

So durchlebte zum Beispiel Syrien von 2006 bis 2011 eine hierzulande wenig wahrgenommene Dürreperiode. Das Assad-Regime tat nichts, um die Folgen zu lindern, und das war wiederum einer der Gründe für die Revolte, die zum Aufstand und damit in letzter Konsequenz zu dem Massenexodus beiträgt, den wir jetzt erleben und der dazu beiträgt, dass Hamburg viel stärker wächst als in den letzten Jahren gedacht.

Um das Klima wirklich zu retten, brauchen wir natürlich internationale Vereinbarungen, wie sie hoffentlich Anfang Dezember in Paris getroffen werden.

(Dennis Thering CDU: Zum Thema!)

– Ich habe Ihren Zwischenruf schon fast erwartet, Herr Thering.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ist schon das Wort Olympia gefallen? – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Kollegin, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren! Auch eine kleine Zahl von Abgeordneten kann sehr viel Unruhe verursachen, das haben wir jetzt gerade festgestellt. Ich glaube, es gibt einen dezenten Hinweis auf das Thema. Ich würde mich dem anschließen. – Frau Abgeordnete, fahren Sie fort bitte.

Ulrike Sparr GRÜNE (fortfahrend): Ich werde die Frage sofort auflösen, was das mit Olympia zu tun hat oder ob wir für das Klima Olympia nicht bräuchten.

Die Antwort lautet: Es hat eine ganze Menge mit unserer Olympiabewerbung in Hamburg zu tun, denn auch für das Klima können wir Olympia recht gut gebrauchen. Wir haben hier vor Ort eine Verantwortung, hier in unserem Stadtstaat Hamburg können wir einiges für das Klima tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Hauptforderung ist, dass alles und jedes in dieser Stadt, von der Beschaffung in den Behörden über Verkehr bis zu Bauvorhaben, unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit betrieben werden muss.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das machen Sie doch sowieso, das erklären Sie uns doch immer!)

– Ich erkläre Ihnen das nur noch einmal, damit Sie das verarbeiten können.

Das bedeutet, herauszugehen aus den fossilen Energieträgern und hin zu den erneuerbaren. Das bedeutet bei Baustoffen, nicht nur auf die technischen Eigenschaften zu achten, sondern auch darauf, ob möglichst viele nachwachsende, recycelbare Rohstoffe enthalten sind und wie viel Energie für die Herstellung benötigt wurde. Das bedeutet aber auch faire und gesunde Arbeitsbedingungen für diejenigen, die diese Baustoffe herstellen und mit ihnen arbeiten.

In Sachen Nachhaltigkeit haben wir noch einen weiten Weg vor uns, aber die Olympiabewerbung hat dort tatsächlich etwas ausgelöst. Die bemerkenswert ambitionierten Anforderungen des Internationalen Olympischen Komitees wirken da wie ein Katalysator. Man mag das befremdlich finden, denn theoretisch könnte man viele der mit Olympia verknüpften Projekte auch so angehen. Die Erfahrung der letzten Monate zeigt allerdings: Mit Olympia wird es besser, schneller und sogar kostengünstiger gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Nachhaltigkeit bedeutet nämlich auch, dass nicht alles, was für die Spiele gebaut und bezuschusst wird, wieder abgebaut werden muss. Es sollen nachhaltige, klimaneutrale und sozial gerechte

Olympische Spiele werden. Das hat es so noch nicht gegeben, aber nichts Geringeres haben wir jetzt vor. Unsere Fachbehörden haben sich auf den Weg gemacht und erarbeiten ein olympisches Nachhaltigkeitskonzept, das sich sehen lassen kann. Wenn wir die Olympischen Spiele 2024 in Hamburg bekommen, dann wird es ein Olympia der kurzen Wege geben.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Sparr, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Sudmann zu?

Ulrike Sparr GRÜNE: Nein, dann werde ich nicht fertig, danke.

Vizepräsidentin Antje Möller: Das wird von Ihrer Redezeit nicht abgehen.

Ulrike Sparr GRÜNE (fortfahrend): Dennoch möchte ich gern meine Rede beenden. Danke.

(*Dirk Nockemann AfD*: Im Parlamentarismus sind Zwischenfragen zu stellen!)

– Es reichen die Zwischenrufe, vielen Dank.

Wenn wir die Olympischen Spiele 2024 in Hamburg bekommen, dann wird es ein Olympia der kurzen Wege geben. Die meisten Spiele liegen innerhalb eines 10-Kilometer-Radius in der Stadt, nur wenige Wettbewerbe sollen außerhalb stattfinden, wie zum Beispiel die Segelwettbewerbe in Kiel. Wir werden dann alle Sportstätten barrierefrei errichten, und sie werden mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. Dann können wir auf dem Kleinen Grasbrook, der jetzt eine wenig effizient genutzte Lagerfläche ist, einen neuen Stadtteil bauen. Nach den Spielen wird er 8 000 Wohnungen bieten, und ein Drittel davon wird öffentlich gefördert sein. Dann werden wir die neu entstandenen Bauten den Kriterien der Nachhaltigkeit und den hohen energetischen Anforderungen der Gesellschaft für nachhaltiges Bauen anpassen. Dann wird ein neuer Park für gute Luft und Erholung sorgen, und im Uferbereich des Grasbrooks werden wir Flachwasserzonen zur Regeneration der Elbe anlegen.

Und nicht zuletzt: Olympia bedeutet überhaupt erst einmal Arbeit für viele Hamburgerinnen und Hamburger, alteingesessene und neu hinzugekommene, in Berufen völlig unterschiedlicher Qualifikation und Vielfaltigkeit. Auch dies ist eine Dimension von Nachhaltigkeit. Wir wollen ebenfalls die Lieferketten der für Olympia benötigten Produkte beachten, vom T-Shirt bis zum Baustahl. Wir wollen, dass diese möglichst ökologischen Kriterien genügen und unter fairen Bedingungen und mit anständigen Löhnen produziert werden.

(Ulrike Sparr)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Hinzu kommt, dass viele Sportvereine und Schulen von den Spielen profitieren würden. Wir werden sie nämlich bitten, ihre Trainingsstätten für die Zeit der Spiele den Olympioniken zur Verfügung zu stellen, und im Gegenzug werden wir ihre Hallen renovieren, Sportplätze sanieren und neue bauen. Wir werden dabei aber auch die Kosten nicht aus dem Blick verlieren. Niemand kann diese heute schon bis auf die letzte Kommastelle voraussagen, aber der Finanzreport hat eine Schätzung vorgelegt, die nicht nur die Preissteigerungen, sondern auch viele Polster für Unvorhergesehenes umfasst, sodass wir mit den 7,4 Milliarden Euro doch mehr als eine Ahnung bekommen von dem, was insgesamt für die Spiele aufgewandt werden muss.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Steuergelder!)

Eines ist klar: Hamburg wird sich nicht übernehmen, die Schuldenbremse gilt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mehr als 1,2 Milliarden Euro, über die Jahre verteilt, sind für uns nicht drin. Wenn der Bund nicht im erforderlichen Maße einsteigt, dann war es das. Dann wird es diese Spiele nicht geben. Dafür stehen auch wir GRÜNEN.

Das ist aber nicht das, worauf die Regierungsfaktionen hinarbeiten. Wir wollen vielmehr einen großen Sprung nach vorn machen, mit nachhaltigen Spielen, von denen die ganze Stadt profitiert. Darum ist es uns auch so wichtig, transparent zu agieren und den Dialog mit sehr vielen Hamburgerinnen und Hamburgern zu führen. Darum gibt es die vielen öffentlichen Veranstaltungen zu Olympia, und darum gibt es auch das Referendum.

Genauso wichtig ist die Zusammenarbeit mit Organisationen und Verbänden, die jahrzehntelange Expertise in Sachen Ökologie, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit aufgebaut haben. Deshalb haben Hamburg, Schleswig-Holstein und der Deutsche Olympische Sportbund einerseits, DGB, NABU und Zukunftsrat andererseits gemeinsame Absichtserklärungen zu den hier skizzierten Zielen unterschrieben. Wir haben uns damit durchaus kritische Partner ins Boot geholt, aber das soll auch so sein, denn bis 2024 haben wir einen Marathon vor uns. Da mag schon manch einer unterwegs müde werden, und da mag es dann helfen, von diesen Partnern einmal gezwackt zu werden.

Meine Damen und Herren! Wenn das Referendum und die Bewerbung positiv ausgehen, werden wir 2024 nicht nur hoffentlich fröhliche und erfolgreiche Olympische Spiele in Hamburg haben, sondern wir werden viel mehr haben: eine in weiten Teilen erneuerte und nachhaltige Infrastruktur, neue U-Bahnen, Fahrradstraßen und Fußwege und einen citynahen neuen Stadtteil mit Wohnungen für viele Tausend Menschen, der kaum Ener-

gie verbraucht und vielleicht sogar selbst welche produziert. Das alles bedeutet, dass mehr Einwohner weniger Energie pro Kopf verbrauchen; der Kohlendioxidausstoß der Stadt wird zumindest nicht wesentlich steigen. Damit hätten wir auch für den Klimaschutz einen großen Beitrag geleistet. Ich finde, dafür lohnt es sich zu arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Dr. Schaal von der SPD-Fraktion.

Dr. Monika Schaal SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachhaltigkeit, Transparenz und Teilnahme, das sind die zentralen Elemente des Hamburger Bewerbungskonzepts für Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg. Der DGB Nord sowie der Zukunftsrat Hamburg und der NABU wollen daran mitarbeiten, dass dieser sperrige Begriff der Nachhaltigkeit nicht weiter abstrakt bleibt, sondern dass die Vorstellungen von Nachhaltigkeit nach einem positiven Ausgang des Referendums auch mit Leben gefüllt und umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Dr. Schaal, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Sudmann zu?

Dr. Monika Schaal SPD (fortfahrend): Nein, vielen Dank. Sie können sich wieder melden und Ihren Beitrag leisten.

Das haben die Verbände in Absichtserklärungen mit der Stadt und dem DOSB niedergelegt. DGB und Stadt wollen ein Olympia der guten Arbeit. Dabei geht es nicht nur um die nationalen und internationalen Tarif- und Arbeitsbedingungen, sondern auch um Teilhabe, um Barrierefreiheit und um einen guten Zustand der öffentlichen und sozialen Infrastruktur bei Verkehr oder Inklusion. Keiner darf ausgegrenzt werden. Auch die Mieten müssen bezahlbar bleiben, und alle Bevölkerungsgruppen sollen bei der Planung, Ausgestaltung und Durchführung der Spiele mit einbezogen werden. Das ist wegweisend und zeichnet die Hamburger Bewerbung schon jetzt aus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Von Olympischen und Paralympischen Spielen in unserer Stadt sollen eben nicht nur einige wenige, sondern die ganze Stadt profitieren, und das ist schon jetzt spürbar. Es ist ein wichtiges Signal, dass sich die Stadt in Sachen Olympia zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund auf den Weg gemacht hat. Ich werte es aber auch als ein sehr wichtiges Signal, dass der NABU zusammen mit dem Zukunftsrat, der per se schon für Nachhal-

(Dr. Monika Schaal)

tigkeit steht, gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister, dem Umweltstaatsrat und dem DOSB-Vorsitzenden ein Olympia der Nachhaltigkeit sicherstellen wollen. Damit werden noch viel weitergehende Impulse für eine nachhaltige Entwicklung der Hansestadt, aber auch für ganz Deutschland ausgelöst.

Nach einem erfolgreichen Referendum soll, so ist es vereinbart, eine unabhängige Kommission für ein nachhaltiges Hamburg 2024 eingerichtet werden, die den Bewerbungsprozess kritisch weiter begleitet. Darüber sind sich NABU und Zukunftsrat, DOSB und die Stadt bereits einig.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Meine Damen und Herren! Wichtig für die Idee der Nachhaltigkeit ist immer die Frage, was bleibt, ganz im Sinne des olympischen Erbes. Viele hat es überzeugt, dass das Bewerbungskonzept für die eigentlichen Spiele gewissermaßen nur eine Art Zwischennutzung ist auf dem Weg zu einer nachhaltigen Weiterentwicklung unserer Stadt insgesamt.

Schon jetzt sind viele Hamburgerinnen und Hamburger begeistert von der Idee, mit etwas Glück in neun Jahren Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg erleben zu können, und sie werden beim Referendum mit Ja stimmen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das glauben Sie!)

Aber neben einer großen Begeisterung für die Olympiabewerbung der Stadt gibt es auch Kritik, auch aus der Ecke der besorgten Umwelt- und Klimaschutzler. Sie bezweifeln, dass die Spiele nachhaltig, klima- und umweltfreundlich geplant und durchgeführt werden. Wieso eigentlich? Die Umweltverbände fordern seit Jahren, dass der Neubau von Gebäuden vorwiegend auf Konversionsflächen stattfinden soll. Für die Olympic City wird auf dem Kleinen Grasbrook auf einer versiegelten Fläche – Frau Sparr hat bereits darauf hingewiesen – ein Stadtteil mit 8 000 dringend benötigten neuen Wohnungen ohne Verlust von Stadtgrün entstehen. Im Gegenteil, es kommen noch Parks und Grünanlagen dazu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Gebäude werden nach höchsten ökologischen Standards gebaut, Barrierefreiheit und 30 Prozent geförderter Wohnungsbau inklusive. Der neue Stadtteil wird als Leuchtturm auch für die weitere Stadtentwicklung tatsächlich Signale aussenden als bestes Beispiel für Nachhaltigkeit. Was ist daran eigentlich so falsch? Die betroffenen Hafengebiete werden innerhalb des Hafengebiets umgesiedelt, es werden keine Grünflächen in Anspruch genommen. Was ist so falsch daran?

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Nix!)

Eine Großveranstaltung, das gilt natürlich auch für die Olympischen und Paralympischen Spiele, bringt Umwelt- und Klimabelastungen mit sich. Aber die gesamte Planung ist jetzt schon darauf ausgerichtet, diese Belastungen möglichst zu vermeiden oder wenigstens auszugleichen. Die Spiele werden klimaneutral, das hat Hamburg in seinem Bewerbungskonzept versprochen. Wo Belastungen für Klima und Umwelt unvermeidlich sind, werden sie kompensiert. Dafür ist auch bereits im Finanzreport explizit Geld ausgewiesen. Was ist so falsch daran? Das und mehr müsste doch all diejenigen überzeugen, die bisher als Vorkämpfer einer nachhaltigen Stadtentwicklung aufgetreten sind. Denen sagen wir, dass es jetzt nicht ums Meckern geht, sondern ums Machen.

(*Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*: Das glaubst du doch selber nicht!)

Und es geht schon gar nicht ums Ausbremsen, sondern wir freuen uns darauf, dass hier ein nachhaltiger Stadtteil in Hamburg geschaffen wird und alle etwas davon haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! SPD und GRÜNE werden die Absichtserklärung von DGB, NABU und Zukunftsrat unterstützen und selbst darauf hinwirken, dass diese Vorhaben auch umgesetzt werden. Wir wollen, dass der Senat den eingeschlagenen Weg der Nachhaltigkeit weitergeht. Wir wollen die Kommission "Nachhaltiges Hamburg 2024" nach dem erfolgreichen Referendum einsetzen, und wir wollen diese auch mit den notwendigen Mitteln und Kompetenzen ausstatten, um eine konstruktiv-kritische Begleitung der Erarbeitung Olympias und die Realisierung sicherzustellen.

Der Senat soll darüber hinaus prüfen, wie nach einem positiven Referendum die Nachnutzungsperspektiven bei den weiteren Planungen sichergestellt werden, und zwar nicht nur durch die Bewerbungsgesellschaft, sondern durch alle anderen Mitakteure auch. Der Senat soll uns über die Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts und den Fortschritt bei der Vorbereitung auf Olympia jährlich berichten.

Mit einem solchen Beschluss übernimmt die Bürgerschaft selbst die Garantie dafür, dass die Stadt, sofern sie 2017 den Zuschlag erhalten sollte, die Spiele genauso nachhaltig, umwelt- und klimafreundlich durchführt, wie es jetzt in der Bewerbung versprochen ist. Wir alle nehmen sozusagen die Garantie dafür in die Hand. Damit es dann auch dazu kommt, bitte ich alle Hamburgerinnen und Hamburger, mit Ja für Hamburgs Olympiabewerbung zu stimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Das Wort bekommt nun Herr Kreuzmann von der CDU-Fraktion.

Thomas Kreuzmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst hat mich am Anfang dieser Debatte ein wenig verwundert, welcher Einstieg gewählt wurde, weil er doch in erster Linie weniger sportpolitischen Charakter hatte, sondern eher den Nachhaltigkeitsbegriff ausschließlich in den Umweltbereich stellte. Das hat mich ein wenig irritiert, weil zumindest unsere Fraktion ein völlig anderes Verständnis von Nachhaltigkeit hat, nämlich dass es eher ein ressortübergreifender Bereich ist, ein behördenübergreifender Bereich, ein gesellschaftspolitisch übergreifender Bereich, der sich nicht nur im Bereich des Umweltschutzes wiederfindet.

(Dr. Monika Schaal SPD: Wenn Sie richtig hingehört hätten, hätten Sie auch die anderen Aspekte gehört!)

Zweitens hat mich ein wenig irritiert, dass ausschließlich Frau Dr. Schaal ganz am Ende ihres Redebeitrags auf den Zusatzantrag eingegangen ist. Die Vorworte von Frau Sparr und Frau Dr. Schaal möchte ich an dieser Stelle nicht unbedingt wiederholen. Ich möchte aber dem DGB Nord, dem Zukunftsrat und auch dem NABU danken, dass sie zumindest eine Absichtserklärung unterzeichnet haben. Eine Absichtserklärung, das wissen wir, ist in aller Regel nicht unbedingt rechtsverbindlich. Und an dieser Stelle hakt natürlich der Antrag ein, der nämlich aus einer Absichtserklärung mit dem NABU, dem DGB Nord und dem Zukunftsrat eine rechtsverbindliche Kommission schaffen will. Das ist eine Lücke, die unbedingt geschlossen werden muss, damit auch eine Verbindlichkeit im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung im nacholympischen Zeitraum erreicht wird und durch eine frühzeitig einzusetzende Kommission dann nicht die negativen Erfahrungen wie in London gemacht werden. Der Begriff negative Erfahrungen mag vielleicht den einen oder anderen hier erschrecken. London hat auch eine Kommission eingesetzt, die London Legacy Development Corporation, allerdings erst drei Jahre vor Beginn der Spiele, also 2009. Das war nach den Erfahrungen der Londoner Kommission deutlich zu spät. Die Empfehlungen aus London an Bewerberstädte wie Hamburg lauten ganz einfach, dass eine Kommission schon mit der Bewerbungsphase gegründet werden sollte. Das wird in Ihrem Zusatzantrag auch deutlich hervorgehoben und explizit eingefordert.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)

– Danke.

An einer Stelle Ihres Petitums, bei dem Ersuchen an den Senat, bin ich etwas nachdenklich gewor-

den. Das betrifft den DGB Nord selbst, dass nämlich bei einem erfolgreichen Referendum der Letter of Intent des DGB Nord gemeinsam mit der Kommission konkretisiert werden müsse. Das heißt also, da besteht noch eine Lücke, die unbedingt geschlossen werden muss nach einem erfolgreichen Referendum. Herr Rose, Sie schütteln den Kopf. Lesen Sie im Petitum das Senatsersuchen, ich glaube, es ist Punkt 4, dort steht es explizit.

(Wolfgang Rose SPD: Ich kenne es, das wird hinterher zu einer Packung!)

Darüber hinaus möchte ich der Fraktion DIE LINKE einfach sagen: Ihnen ist es in der Vergangenheit nicht unbedingt geglückt, Olympia als ein gigantisches Monstrum darzustellen. Sie haben zu Beginn Ihrer parlamentarischen Auseinandersetzung mit Olympia immer wieder versucht darzustellen, dass Olympia 2024 ein soziales Ungleichgewicht in die Stadt bringen würde. Dies ist inzwischen entkräftet worden durch das Wohnungsbaumodell, dessen Nachhaltigkeit nach den Olympischen Spielen und den Drittmix. Jetzt beziehen Sie sich auf den Host City Contract, den wir am Freitag noch im Sportausschuss behandeln werden.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Woher wissen Sie das denn?)

Morgen haben wir auch noch zwei Debatten zu Olympia, einmal in der Aktuellen Stunde und später dann die Empfehlungen des Rechnungshofs für eine nachhaltige Entwicklung in unterschiedlichen Bereichen, vor allem im Bereich der Finanzen. Auf die morgigen Debatten freue ich mich und möchte meine Ausführungen damit schließen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg, Umwelthauptstadt 2011, und ein Nachhaltigkeitskonzept, das man bei näherer Betrachtung eigentlich nur als erschütternd bezeichnen kann. Es ist ein Fakt, dass Hamburg mit diesen Erfahrungen eigentlich schon deutlich weiter sein müsste bei der Gestaltung von Nachhaltigkeit, aber auch bei der Vorlage einer Planung. Was wir tatsächlich haben, ist ein Sammelsurium von Leitprojekten, die erst nächstes Jahr ausformuliert werden sollen. Es ist das Recycling von ÖPNV-Konzepten, Radverkehr, Klimaziele und von StadtRAD. Es ist andererseits auch noch ein Versprechen dahingehend, dass es irgendwann nach dem Referendum konkreter werden wird.

(Dr. Monika Schaal SPD: Und was ist schlimm daran?)

(Stephan Jersch)

Das ist für eine Umwelthauptstadt, die Hamburg einmal war, viel zu wenig.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir tatsächlich erleben, ist, dass sich ein Umweltsenator Horch um den Verkehr in der Stadt kümmert und um die Autofreiheit.

(Birgit Stöver CDU: Herr Kerstan!)

– Entschuldigung, aber der Part ist tatsächlich übergegangen, glaube ich.

Wir haben Leerformeln zur gesellschaftlichen und sozialen Integration im Nachhaltigkeitskonzept stehen, statt wirklich einmal einen Masterplan für soziale Stadtentwicklung vorzulegen, den diese Stadt dringend braucht. Es ist Ironie: Es werden solche Dinge dort hineingeschrieben wie beispielsweise, dass das Nachtflugverbot weiter bestehe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Nachtflugverbot ist schon heute ein Witz. Und wir werden bei 4 Millionen Besuchern – ein Viertel davon soll laut Statistik per Flugzeug kommen – noch völlig andere Zustände in dieser Stadt haben. Darauf wird jedoch überhaupt nicht eingegangen.

Der Punkt Fluglärm wird zum Thema Nachhaltigkeit bei Lärm überhaupt nicht erwähnt. Das ist für mich, der ich regelmäßig mit Beschwerde-Mails zum Fluglärm zugemüllt werde, völlig unbegreiflich. Nicht zugemüllt, Entschuldigung;

(Dirk Nockemann AfD: Freudsche Fehlleistung!)

der ich regelmäßig Beschwerde-Mails zum Thema Fluglärm bekomme.

Frau Sparr hat auch auf die Lieferketten hingewiesen. Dazu stehen in der Konzeptionierung nur Belanglosigkeiten, wissend, dass es keinen Einfluss auf diese Lieferketten gibt, dass das IOC letztendlich alles mit seinen Hauptsponsoren geregelt hat. Das ist ein frommer Wunsch, der hier ohne jegliche Durchsetzungskraft formuliert wird – da müsste mehr kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was zur Hafenumsiedlung formuliert ist, ist nicht wirklich diskutabel. Der BUND verlangt ein flächenscharfes Konzept, und das ist notwendig. Wenn der Travehafen, fast 30 Hektar, zugeschüttet werden soll und die Norderelbdalben verschwinden sollen, ist das mitnichten in irgendeiner Art und Weise nachhaltig. Im Gegenteil, es ist umweltzerstörend, weil Sie nicht in der Lage sind, schon jetzt auszuführen, wo Ausgleichsmaßnahmen stattfinden und wie sie aussehen sollen. Im Moment sind Sie nur damit beschäftigt, die Ökologie dieser Stadt zu schädigen. Die EU-Ausgleichsmaßnahmen sollen dann später ergriffen werden.

Die Planungen zu den Sportstätten sind nebulös. Ich komme aus dem Bezirk Bergedorf. Dort befin-

det sich die Ruderstrecke direkt am Naturschutzgebiet "Die Reit". Ich erinnere mich noch an die GRÜNEN im Bezirk, die darauf aus waren, rund um Naturschutzgebiete Zonen der Ruhe zu haben. Heute ist eine temporäre Tribüne für 10 000 Menschen direkt an der Grenze zum Naturschutzgebiet geplant. Das ist ein Witz in Sachen Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehen wir uns dann an, was zur Definition von Nachhaltigkeit geschrieben ist, dann steht dort nur, man könne sich über die Definition streiten. Ich denke, man sollte schon über eine allgemeingültige ausformulierte Definition diskutieren können, und sage Ihnen: Olympische Spiele können per Definition nicht nachhaltig sein – das ist ein Unding.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern ist es auch mehr als folgerichtig, dass sowohl der Zukunftsrat wie auch der NABU nicht Ja und der BUND explizit Nein zu den Olympischen Spielen sagen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Schön blöd!)

Ich kann durchaus verstehen, dass der NABU und der Zukunftsrat sagen, falls Olympia komme, wollten sie weiter planen und versuchen, die Umweltauswirkungen so gering wie möglich zu halten. Aber dass Sie diesen Halbsatz immer vergessen, ist eine Beschönigung an dieser Stelle, die zu der typischen Propaganda für Olympia in dieser Stadt zählt.

(Beifall bei der LINKEN)

Genau das Gleiche ist dieser Zusatzantrag. Er ist das Recycling von Absichtserklärungen, damit man damit mit neuer Unterschrift, mit neuer Abstimmung einmal wieder in die Presse kommt, denn Ihnen schwimmen die Felle davon. In Antwort auf Frau Schaal kann ich nur alle Hamburgerinnen und Hamburger auffordern, mit Nein zu stimmen. Das ist für Hamburg die beste Alternative. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Oetzel von der FDP-Fraktion.

Daniel Oetzel FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir Freien Demokraten haben uns am vergangenen Wochenende auf unserem Landesparteitag fast einstimmig für ein Ja beim Olympiareferendum ausgesprochen und damit noch einmal unsere Unterstützung für Hamburgs Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele bekundet.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Unsere Bewerbung kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Planung in ökologischer, ökonomi-

(Daniel Oetzel)

scher und sozialer Perspektive neue Maßstäbe setzt und damit ein Erbe hinterlässt, von dem die gesamte Bevölkerung profitiert und das somit auch die Reformbemühungen des Internationalen Olympischen Komitees unterstützt. Der Masterplan für die Olympic City, das Sportstättenkonzept und auch Teile des Mobilitätskonzepts bieten hier schon gute Voraussetzungen für nachhaltige Konzepte während, aber vor allem auch nach den Olympischen Spielen.

Leider lassen sich diese guten Ansätze aber in dem von Senator Kerstan vorgelegten Nachhaltigkeitskonzept, das Sie heute zur Debatte angemeldet haben, also in dem Bericht der Ausschussberatungen darüber, nicht erkennen. Dieses Konzept ist leider noch immer eher ein Sammelsurium an Ideen, eher das Ergebnis eines Brainstormings als ein wirkliches Konzept, Herr Senator. Auch in den Ausschussberatungen hat sich gezeigt, dass hinter den schnell aufgeschriebenen Ideen so gut wie keine konkreten Maßnahmen stehen. Herr Senator Kerstan hat also versäumt, die innovativen Ideen der runden Tische, die zahlreichen Vorschläge der Bürger und die Hinweise der Fachleute in ein Nachhaltigkeitskonzept zu gießen, das seinen Namen auch verdient. Daher war ich auch einigermaßen überrascht, dass Sie diesen Bericht überhaupt zur Debatte angemeldet haben. Denn dieses Nachhaltigkeitskonzept, das im Ausschuss vorgestellt wurde, war meiner Ansicht nach wirklich ziemlich mager. Also war ich sehr gespannt auf Ihre Vorträge, Frau Sparr, Frau Schaal, aber auch da bin ich dann bitter enttäuscht worden. Außer Sachen, die wir alle schon einmal irgendwie anders gehört haben, gab es heute leider nichts Neues zum Thema Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Selbstverständlich ist es erstrebenswert, nachhaltige Lieferketten etablieren und bei Sponsoren und Lieferanten Tariflöhne durchsetzen zu wollen. Aber bevor man diese Forderungen, so gut sie auch sein mögen, in ein Nachhaltigkeitskonzept schreibt, muss man doch zumindest eine Idee haben, wie man diese schönen Forderungen dann überhaupt in der Praxis gewährleistet und umsetzen will. Im Nachhaltigkeitskonzept, das wir heute diskutieren, ist davon leider überhaupt nichts zu lesen. Stattdessen liest man von nicht weiter definierten Leuchtturmprojekten in diesem Bereich. Aber selbst Wochen nach der Präsentation des Kerstan'schen Nachhaltigkeitskonzepts konnte der Senat zu meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage, die gestern zurückkam, noch immer keine genauen Maßnahmen benennen. Stattdessen bekamen wir eine Liste mit 20 schön klingenden Projektskizzen mit blumigen Überschriften wie "Olympia für alle", "Luftreinhaltung – nachhaltige Sicherstellung guter Luftqualität".

(Dr. Monika Schaal SPD: Was ist so schlimm daran? – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Oetzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Sudmann?

Daniel Oetzel FDP (fortfahrend):* Nein, danke. – Oder auch schön, "Willkommensstadt Hamburg 2024".

(Dr. Monika Schaal SPD: Was ist falsch daran?)

Das alles ist ganz, ganz toll, aber was genau dahintersteckt, bleibt leider völlig offen. Natürlich hilft es auch nicht, wenn der Senator seinen grünen Reflexen frönt und zu Beginn der damaligen Debatte als Erstes innerstädtische Fahrverbote und zusätzliche Abgaben in Form von Klimataxen fordert, nur um dann, offenbar nach einem Zurückpfeifen, zumindest bei der Taxe wieder zurückzuredern, als er erkennt, dass solche Maßnahmen in Hamburg wohl doch nicht das Gelbe vom Ei sind.

Herr Senator Kerstan, Sie setzen mit Ihrer Politik den erfolgreichen Ausgang des Bürgerschaftsreferendums und der gesamten Olympia-Bewerbung aufs Spiel, denn viele Ihrer eigenen Parteifreunde, mit denen ich derzeit regelmäßig auf Olympia-Podien sitze, gehen mit ihrer Kritik an den mangelhaften Planungen in Sachen Nachhaltigkeit des Senats öffentlich hausieren, auch wenn sie heute etwas anderes gesagt haben. Das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht von Ihren eigenen Leuten, sondern es ist noch viel schlimmer: Es gefährdet den Erfolg des Referendums, weil die GRÜNEN teilweise als Multiplikatoren gegen die eigene Olympia-Bewerbung ins Feld ziehen. Das, Herr Senator Kerstan, haben Sie verbockt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Da hilft es auch wenig, dass die Kollegen von Rot-Grün in letzter Minute einen Zusatzantrag gezimert haben, der uns übrigens gestern Abend um 19.40 Uhr erreicht hat – schönen Dank. Das nennt sich dann parteibergreifender Dialog in der Bürgerschaft. Das würden wir uns wirklich anders wünschen. Wir werden diesem Zusatzantrag dennoch zustimmen,

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)

denn die Analyse ist richtig. Das Nachhaltigkeitskonzept braucht dringend noch neue Impulse, muss dringend noch konkretisiert werden. Deshalb werden wir diesem Zusatzantrag auch zustimmen.

Liebe Kollegen von Rot-Grün, Sie wissen von den Podiumsdiskussionen, bei denen wir zusammen vor Schülern sitzen und versuchen, für das Olympia-Konzept zu werben, dass Sie in mir und unserer Fraktion immer einen Mitsreiter für die Ham-

(Daniel Oetzel)

burger Olympia-Bewerbung an Ihrer Seite haben. Das macht manchmal mehr Spaß, wenn man zum Beispiel auf einem Podium sitzt oder konstruktiv im Ausschuss miteinander erörtert, was alles so passieren kann. Es macht manchmal aber auch weniger Spaß, nämlich wenn man 15 Stunden vor Sitzungsbeginn superlange Zusatzanträge auf den Tisch geknallt bekommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der AfD-Fraktion bekommt nun Frau Oelschläger das Wort.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

"Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben."

Dies ist die Definition des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Oelschläger, entschuldigen Sie. – Meine Damen und Herren, ich möchte gern etwas mehr Ruhe im Plenarsaal und mehr Aufmerksamkeit haben. Danke schön. – Fahren Sie fort, bitte.

Andrea Oelschläger AfD (fortfahrend): Nachhaltigkeit fordern die Vereinten Nationen bereits seit 1983. Die EU fordert Nachhaltigkeit, und auch die Bundesregierung hat sich dazu bekannt. So gesehen sollten wir hier über ein nachhaltiges Olympia-Konzept gar nicht explizit reden müssen; es ist vielmehr selbstverständlich. Nun können Großereignisse wie Olympische Spiele diesem Ziel grundsätzlich nicht gerecht werden. Zigtausende Menschen reisen mit dem Flugzeug an, produzieren Müll, verbrauchen im Urlaub regelmäßig mehr Wasser als im eigenen Haushalt – schon das ist per se nicht nachhaltig. Aus diesem Grund bringen auch Absichtserklärungen gar nichts. Das ist natürlich kein Grund, auf Olympia zu verzichten oder sich nach dem Motto "Wenn schon, denn schon" keine weiteren Gedanken über Nachhaltigkeitsaspekte zu machen. Hier können wir wenigstens dafür Sorge tragen, dass die Umwelt so weit wie möglich geschont wird und so wenige Bauten wie möglich nach den Spielen wieder abgebaut werden. Letzteres würde ansonsten für Paris als Austragungsort sprechen, da dort nur wenige bezie-

hungsweise gar keine Gebäude errichtet werden müssen, die nicht einer späteren Verwendung zugeführt werden können. In Hamburg werden zumindest sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt – ich denke hierbei an den Bau der U-Bahn-Linie –, und es werden Teilabriss beziehungsweise Umbauten eingeplant wie beim Olympiastadion. Insofern haben die Entwürfe durchaus einen Anspruch auf Nachhaltigkeit.

Da leider noch keine Kosten-Nutzen-Analysen vorliegen, können über die Nachnutzung bisher wenige Angaben gemacht werden. Wie hoch werden zum Beispiel die Betriebskosten für die Schwimmhalle sein? Wird sich eine Nachnutzung lohnen? Was lässt sich noch mit den Tribünen anfangen, die, wie im Stadtpark, wieder abgebaut werden? Vieles liegt noch im Dunkeln. Der BUND befürchtet, dass die Verlagerung der auf dem zentralen Olympia-Gelände, dem Kleinen Grasbrook, wirtschaftenden Unternehmen den Flächendruck im Hafen erhöhen werde. Die Folge wäre der Verlust ökologisch wertvoller Hafengebiete oder eine weitere Expansion des Hafens ins Umland. Aus diesem Grund empfiehlt der BUND ein Nein bei der Abstimmung. Sollten die Olympischen und Paralympischen Spiele nach Hamburg kommen, gibt es noch viel zu tun, um tatsächlich Spiele zu gewährleisten, die das Wort nachhaltig ansatzweise verdienen.

Auch das IOC wird von einer Absichtserklärung abrücken und ökologische Gesichtspunkte zwingend auf die Tagesordnung setzen müssen. Einiges, was ich von meinen Vorrednern gehört habe, kommt mir wie bloße Angabe vor. Wir werden den Senat daran messen, wie er das Konzept weiterentwickelt. Echte Nachhaltigkeit statt schöner Worthülsen ist gefordert, denn der Plan, zukunftsfähig zu wirtschaften, ist notwendig und alternativlos. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Senator Kerstan.

Senator Jens Kerstan: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 29. November werden die Hamburgerinnen und Hamburger entscheiden. Sie werden darüber entscheiden, ob sich Hamburg weiterhin gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund darum bewerben soll, Olympische Spiele in Hamburg im Jahr 2024 auszurichten. Vor diesem Referendum gibt es viele berechnete Fragen, die die meisten von Ihnen, aber auch mich erreichen. Es wird gefragt, ob Olympische Spiele nicht nur ein großes Geschäft sind, von dem einige Wenige profitieren und Hamburg auf den Kosten sitzen bleibt, ob das nicht nur eine kurze Medienparty ist, der dann ein langer Kater folgt, ob solche Spiele grundsätzlich überhaupt ökologisch

(Senator Jens Kerstan)

zu vertreten sind und was es eigentlich für die fluglärmgeplagten Anwohner des Hamburger Flughafens bedeutet, wenn 4 Millionen zusätzliche Menschen in einem Sommer nach Hamburg kommen. Das sind in der Tat berechtigte Fragen, auf die dieser Senat Antworten geben muss. Das soll unter anderem auch das Nachhaltigkeitskonzept erfüllen, das der Senat in der nächsten Woche gemeinsam mit der Bewerbungsgesellschaft und dem Bund vorstellen wird. Eines kann ich Ihnen ganz eindeutig sagen: Das Hamburger Konzept zur Nachhaltigkeit rückt die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der Spiele.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Senator Kerstan, einen Moment, bitte. – Meine Damen und Herren! Es ist eindeutig zu laut.

Senator Jens Kerstan (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Es rückt die Nachhaltigkeit, nämlich sozial faire Spiele, ökologisch verantwortbare Spiele und Spiele, die die finanzielle Zukunftsfähigkeit der Stadt nicht gefährden, so weit in den Mittelpunkt, dass eines ganz klar ist: Entweder wir bekommen Olympische Spiele mit Nachhaltigkeit oder es wird keine Olympischen Spiele in Hamburg geben – und das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Letztendlich geht unser Konzept davon aus, dass es nicht nur darum geht, ein schönes kurzes Sommermärchen zu feiern, sondern wir wollen Olympische Spiele in Hamburg, die die nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung Hamburgs nicht nur auf dem Kleinen Grasbrook, sondern in der ganzen Stadt weit über das Jahr 2024 hinaus sicherstellen. Insofern soll das olympische Feuer kein Strohfeuer sein, sondern das zentrale Projekt, das Hamburg im Bereich der Nachhaltigkeit entscheidend voranbringt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damit würden wir eine Entwicklung fortsetzen, die Hamburg in den letzten Jahren ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Senator, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schinnenburg zu?

Senator Jens Kerstan: Gern, Herr Abgeordneter.

Zwischenfrage von Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Vielen Dank, Herr Senator. – Ihre Ausführungen sind für ein Mitglied des Senats, das Olympia will, schon bemerkenswert. Sie erzählen ständig, was alles passieren muss, sonst werde es Olympia

in Hamburg nicht geben. Frage: Würden Sie die Olympischen Spiele trotz eines erfolgreichen Referendums stoppen, wenn Ihrer Ansicht nach nicht ausreichende Nachhaltigkeit vorhanden ist?

Senator Jens Kerstan (fortfahrend): Herr Dr. Schinnenburg, das ist eine ganz einfache Frage,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Schwere Antwort!)

auf die es eine ganz klare Antwort gibt: Wenn der Kostenrahmen, den wir im Zuge dieser Olympia-Planung aufgestellt haben, nicht eingehalten wird, wenn bis zum Jahr 2017 absehbar ist, dass wir die ökologischen und sozialen Standards nicht einhalten können, dann wird dieser Senat die Bewerbung um die Olympischen Spiele in Hamburg bis zum Jahr 2017 zurückziehen. Darin sind wir uns im Senat und mit den Regierungsfractionen einig.

Insofern sind Olympische Spiele für Hamburg auch eine große Chance. Nur mit Olympischen Spielen wird es gelingen, in einem Gebiet, das jetzt für alle Hamburgerinnen und Hamburger überhaupt nicht zugänglich ist, der Kleine Grasbrook, einen neuen Stadtteil mit 8 000 Wohnungen und vielen Einrichtungen, die über die Olympischen Spiele hinaus genutzt werden können, zu entwickeln. Diese Olympic City wollen wir zu einem Schaufenster der Nachhaltigkeit machen. Wir werden dort nur Gebäude errichten, die den hohen Standards der Gesellschaft für nachhaltiges Bauen entsprechen, dem Platin-Standard, der weit über den bisher gängigen Gold-Standard der HafenCity hinausgeht. Den Autoverkehr werden wir in diesem Bereich auf 25 Prozent reduzieren, und wir werden nicht nur eine ausgeglichene Flächenbilanz haben, sondern am Ende den Grünanteil in unserer Stadt durch Olympische Spiele erhöhen. Wir werden im Bereich Flugverkehr die nicht vermeidbaren Flugemissionen durch ein Kompensationssystem ausgleichen, das in Deutschland, aber auch in der Welt seinesgleichen suchen wird.

Zu diesem Zweck haben wir bereits ein Umweltscreening sämtlicher Standorte für Olympische Spiele vorgenommen. Das hat bereits jetzt in den Planungen dazu geführt, dass bestimmte Standorte verworfen wurden, weil sie aus ökologischer Sicht nicht vertretbar sind. Insofern braucht niemand die Sorge zu haben, dass Olympische Spiele zum Nachteil von Umwelt und Nachhaltigkeit stattfinden. Auch wenn das in manchen Beiträgen etwas geringgeschätzt wurde, hat es in Europa bisher noch keine Bewerbungen um Olympische Spiele gegeben, ohne dass alle Umweltverbände an der Nein-Front und in der Kampagne dagegen waren. In Hamburg haben wir eine andere Situation. NABU und Zukunftsrat sind nicht auf der Kampagnenseite der Gegner, sondern haben sich gegenüber dem Senat verpflichtet, bei einem erfolg-

(Senator Jens Kerstan)

reichen Referendum an nachhaltigen Spielen mitzuarbeiten. Sie vertrauen dabei auf unser Nachhaltigkeitskonzept, und Ihre Argumente können nicht darüber hinweggehen, dass das ein überzeugendes Konzept ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich möchte erneut darauf hinweisen, dass es auf der Senatsbank, aber auch bei den Abgeordneten hier unten zu laut ist. – Herr Senator, fahren Sie bitte fort.

Senator Jens Kerstan (fortfahrend): Aber Nachhaltigkeit ist natürlich viel mehr als ökologische Nachhaltigkeit. Uns ist wichtig, Olympische Spiele auch dazu zu nutzen, faire Arbeitsbedingungen nicht nur in Hamburg zu sichern und auszubauen, sondern das auch weltweit zu tun. Bei den Sponsoren, auf die Hamburg zurückgreifen wird, werden wir darauf achten, weltweit faire Lieferketten zu etablieren und auch weltweit die hohen sozialen Standards durchzusetzen, die in Hamburg gelten. Insofern werden Olympische Spiele in Hamburg im Jahr 2024 nicht nur nicht zulasten der sozialen Situation in Hamburg gehen, sondern auch einen Beitrag zur internationalen Gerechtigkeit leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sport und Bewegung sind ganz zentrale Dinge im Sinne der Spiele. Wir werden mit unseren Planungen sicherstellen, dass in allen Stadtteilen für Olympia – und das sind bis zu 200 Standorte – die Sportstätten, die Sportanlagen und die Anlagen der Hamburger Sportvereine instand gesetzt werden. Dieses kann nur gelingen, weil der Bund und das IOC sich daran beteiligen. Ein besseres Programm, auch in benachteiligten Stadtteilen für mehr Sport und Bewegung von Kindern zu sorgen, kann es ohne Olympia nicht geben.

(*Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*: Meine Güte noch einmal! Bald ist Weihnachten! Lächerlich!)

Deshalb verstehe ich insbesondere nicht, warum gerade eine Links-Fraktion dies für ein Problem in unserer Stadt hält.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber natürlich ist die entscheidende Frage, wie sehr dieses Konzept finanziell nachhaltig ist. Erstens muss man eines feststellen: Mit 7,3 Milliarden Euro, die das letztendlich die Steuerzahler in Hamburg und in Deutschland kosten wird, liegen wir ein Drittel unter den Kosten, die für Olympische Spiele in London aufgebracht werden mussten. Auch das zeigt, dass wir gerade dabei sind, einen neuen Standard für Olympische Spiele zu definieren: Abschied von Gigantismus, bescheidene, nachhaltige

Spiele, die die Entwicklung einer Stadt voranbringen. Wir werden beweisen, dass so etwas in dieser Welt möglich ist, und werden damit der internationalen olympischen Idee neuen Rückhalt geben. Denn die völkerverbindende Funktion des Sports ist gerade in der heutigen Zeit der Konflikte, der Kriege und Flüchtlingskrisen eine wichtige Botschaft. Wir dürfen diese Idee nicht untergehen lassen. Mit unserem nachhaltigen Konzept tragen wir dazu bei, dass Olympische Spiele auch in der industriellen Welt eine Zukunft haben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Letztlich ist es doch so, dass wir das IOC beim Wort nehmen. Wenn das IOC wirklich seine Reformagenda 2020 ernst nimmt, in der Abschied von Gigantismus und nachhaltige Spiele propagiert werden, hat Hamburg gute Chancen. Aber sollte das nicht der Fall sein – da glauben viele Leute dem IOC nicht, was ich durchaus verstehen kann –, ist eines aber klar: Dann wird Hamburg gegen die Mega-Metropolen Paris und Los Angeles keine Chance haben. Meiner Auffassung nach ist das gut so, dann brauchen wir auch keine Olympischen Spiele in Hamburg.

(*Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*: Das können Sie auch jetzt schon entscheiden!)

Nun zu den Kosten: Wir sagen jetzt, dass wir in Hamburg nur 10 Prozent der Kosten selbst tragen wollen – so wie London. Ich hätte mir gewünscht, dass der Bund vor dem Referendum bereit gewesen wäre, seinen Anteil zu definieren. Das ist sicherlich nicht hilfreich. Aber allen, die jetzt denken, dass angesichts dieser fehlenden Zusage des Bundes dieser Senat sich auf finanzielle Abenteuer einlassen wird, kann ich eines versichern: Wenn es nicht gelingt, eine faire Kostenteilung zwischen dem Bund und Hamburg zu erzielen, die Hamburgs Anteil auf die Größenordnung von 1,2 Milliarden Euro beschränkt, dann wird dieser Senat seine Bewerbung um die Olympischen Spiele zurückziehen. Da stehen wir im Wort, darauf können sich die Hamburgerinnen und Hamburger verlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich war selbst in Oppositionszeiten skeptisch, ob Olympia für Hamburg finanzierbar ist, ob es gelingt, ein Konzept dafür zu entwickeln, dass Hamburg gerade auch im Bereich der Ökologie und der Nachhaltigkeit profitieren kann. Nach sechs Monaten Arbeit mit den Kollegen im Senat kann ich nur eines sagen: Mir helfen Olympische Spiele im Moment bei der Debatte mit der Wirtschaft, aber auch mit anderen gesellschaftlichen Kräften sehr, eine nachhaltige und soziale Entwicklung dieser Stadt voranzubringen. Als Umweltsenator, der in diesem Senat auch für das gesamte Nachhaltigkeitskonzept zuständig ist, würde ich mir sehr wünschen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger am 29. November mit Ja stimmen, damit diese Pläne

(Senator Jens Kerstan)

für ein nachhaltiges Hamburg nicht nur ein Papier-tiger bleiben, sondern das olympische Feuer auch weiterhin brennt und Hamburg im Bereich der Nachhaltigkeit voranbringt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann verstehen, dass Sie sich an die Hoffnung klammern, nur die LINKEN seien gegen Olympia. Ich kann es gut verstehen, weil schon mehrere SPDlerinnen und SPDler mir hinter vorgehaltener Hand gesagt haben, sie seien eigentlich auch nicht dafür.

(Zurufe)

– Warten Sie, es geht noch weiter.

(*André Trepoll CDU: Wir wollen Namen!*)

– Wenn Sie einmal ruhig sind, nenne ich auch Namen.

Bei den GRÜNEN sprechen sich sogar Bürger-schaftsabgeordnete gegen Olympia aus. Kollegin Mareike Engels hat es im Gymnasium Allee getan – dazu herzlichen Glückwunsch. Sie haben klar gesagt, dass Sie gegen Olympia sind. Es geht also.

(Beifall bei der LINKEN – *André Trepoll CDU: Es sei denn, sie wird Senatorin! Dann ist sie auch dafür!*)

Falls Sie weiterhin hoffen, dass es in der Stadt nur die LINKEN sind: Auch da kann ich Sie enttäuschen. Sie haben jetzt so oft den Zukunftsrat zitiert. Ich glaube, Sie sollten alles lesen – auch Sie, Herr Dressel –, nicht nur die Pressemitteilung vom 27. Oktober, sondern auch das Positionspapier des Zukunftsrats. Ich zitiere jetzt das gesamte Fazit des Zukunftsrats aus dem Positionspapier vom 27. Oktober:

"Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen die Voraussetzungen [...] für eine Ja-Empfehlung des Zukunftsrats allenfalls zu einem kleinen Teil vor. Ein 'Ja' beim Referendum wäre in erster Linie ein (nicht Erfahrungs-gestützter) Vertrauensvorschuss, eine emotionale Entscheidung. Nach der jetzigen Sachlage und in diesem frühen Verfahrensstand kann eine rationale Entscheidung zur Olympiabewerbung, die nicht die 'Katze im Sack' kaufen und hohe Risiken vermeiden will, nur ein 'Nein' sein. Es ist völlig offen, ob und ggf. wann die oben genannten Voraussetzungen und Bedingungen für eine positive Bewerbungsentscheidung nachgeholt werden [können]."

(*Ralf Niedmers CDU: Von wann stammt das?*)

– 27. Oktober 2015, das ist also noch keine drei Wochen alt.

Ich frage mich, wieso Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie hätten das beste Nachhaltigkeitskonzept, obwohl der BUND und der Zukunftsrat Ihnen sagen: Leute, vergesst es. Deswegen können wir nur hoffen, dass viele Bürgerinnen und Bürger das genauso sehen und mit Nein stimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der AfD bekommt nun Herr Dr. Flocken das Wort.

Dr. Ludwig Flocken AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Ich weiß, dass ich mit meinen Worten manchmal provoziere. Aber heute ist mir bei der ersten Rede dieser Debatte die Kinnlade heruntergefallen, als für Hamburg der große Sprung nach vorn gefordert wurde. Mit ein wenig Kultursensibilität und der Bereitschaft, aus der Geschichte zu lernen, wüssten Sie, dass der "Große Sprung nach vorn", im Original dà yuè jìn, mit mehr als 45 Millionen Toten die größte Hungerkatastrophe der Menschheit war, ausgelöst durch eine überhastete, fehlgesteuerte Industrialisierungspolitik unter Mao Zedong Ende der Fünfzigerjahre. Ich hoffe, das ist nicht das, was Sie für Hamburg fordern. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der GRÜNEN Fraktion bekommt nun Frau Sparr das Wort.

Ulrike Sparr GRÜNE: Herr Dr. Flocken, dass Sie ein bisschen ironieresistent sind, habe ich mir schon gedacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich dachte, ich riskiere es einmal mit einem verfremdeten Mao-Zitat. Gut, das ist bei Ihnen danebengegangen. Alle anderen haben es richtig einordnen können.

(*Gerhard Lein SPD: Die eigene Fraktion hat es verstanden, nur er nicht!*)

Frau Sudmann hat ein paar Punkte angesprochen, zu denen ich dann doch noch einmal etwas sagen möchte. Es ist richtig, BUND, Zukunftsrat Hamburg und andere Organisationen haben sich erst einmal zumindest nicht dafür und einige sogar vorsichtshalber auch dagegen ausgesprochen, dem Referendum zuzustimmen. Das ist ihr gutes Recht. Sie sehen die Risiken und bewerten sie etwas höher, weil das ihrer Wächterfunktion entspricht. Dafür habe ich Verständnis.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

(Ulrike Sparr)

Wir sind diejenigen, die das gegeneinander abzuwägen haben und die politische Verantwortung in der Stadt tragen. Das ist vielleicht der Unterschied.

Wir sind im Übrigen eine plurale Partei und ertragen es mit relativer Gelassenheit, dass die GRÜNE JUGEND eben auch einmal andere Meinungen vertritt als die Mutterpartei.

(André Trepoll CDU: Mutter- und Vaterpartei!)

Was DIE LINKE jetzt macht, ist aus ihrer Sicht nachvollziehbar und fast schon schlüssig. Sie fordern bestimmte Dinge: Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, alles, was gut und richtig ist, jedenfalls manchmal. Wir stimmen dem manchmal zu, fangen mit der Umsetzung an, und dann ist das natürlich alles nicht mehr richtig und nicht gut genug. Aus diesem Grund kann man das dann auch irgendwie nicht mehr richtig ernst nehmen. Aber das ist Ihre Rolle. Sie haben sich dafür entschieden, keine politische Verantwortung zu übernehmen, und dann kann man das machen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller:* Meine Damen und Herren, nun sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst zum Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD aus Drucksache 21/2197.

Wer möchte diesem folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit gab es Zustimmung zu dieser Drucksache.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft vom Ausschussbericht aus Drucksache 21/1888 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 72, Drucksache 21/2053, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Das muss drin sein: Mobilität ermöglichen – für ein echtes Sozialticket in Hamburg.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/2195 ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Das muss drin sein: Mobilität ermöglichen – für ein echtes Sozialticket in Hamburg
– Drs 21/2053 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Verlässliche und regelmäßige Erhöhungen der Sozialkartenzuschüsse
– Drs 21/2195 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte die Drucksache 21/2053 federführend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration sowie mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen.

Vonseiten der CDU-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung beider Drucksachen an den Verkehrsausschuss vor.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Hanne mann von der Fraktion DIE LINKE, Sie bekommen es.

(Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

Inge Hannemann DIE LINKE:* Verehrtes Präsidium, verehrte Damen und Herren! Heute ist der 11.11. Wir haben Fastnacht, auf alemannisch gesagt, oder Fasching oder Karneval. Ich könnte auch sagen, wir haben den 1. April, wenn ich mir den Zusatzantrag der GRÜNEN und der SPD ansehe,

(Beifall bei der LINKEN)

mit einer Zuschusserhöhung um 40 Cent. Ich traute meinen Augen nicht. Wissen Sie eigentlich, wie zynisch das ist? Wie menschenverachtend es ist, dass Sie Menschen ausgrenzen, die sowieso schon kaum Geld haben und doppelt so viel an Zuschuss für das derzeitige Sozialticket bezahlen müssen, wie sie erhalten? Und dann kommen Sie mit 40 Cent. Sie sollten sich wirklich schämen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es scheint noch nicht einmal für 1 Euro gereicht zu haben. Aber vielleicht haben Sie nie von Transferleistungen gelebt oder nie selbst ein Monatsticket kaufen müssen. Dann verliert man natürlich die Realität aus den Augen.

Was tun Sie? Sie grenzen die Menschen aus. Sie grenzen sie doppelt aus, nachdem schon die Arbeitsmarktpolitik gescheitert ist und die Sozialpolitik in Hamburg seit Jahren ohnehin. Doppelt schämen, bitte.

Es gibt Städte, da funktioniert es, man glaubt es kaum. Ich nenne einmal Braunschweig. Dort gibt es ein Sozialticket für 14 Euro. In Hamburg entspräche das zwei Zonen. In Bielefeld gibt es 48 Prozent Nachlass auf den Normalpreis für die Inhaber oder Inhaberinnen eines Sozialpasses. Und selbst in München, stellen Sie sich das einmal vor – gut, München ist SPD-regiert, und das ist eine andere SPD als hier –, kann man, außer mit einer dreistündigen Ausnahme, im Stadtgebiet für 28 Euro im Monat mit einem Sozialticket fahren. Meine Damen und Herren, das sind Sozialpreise. Das sind Preise, die sich an den Menschen orientieren, und nicht, wie in Hamburg, die Menschen ausgrenzen. Und sie grenzen nicht nur die Menschen aus, die von Sozialleistungen leben, son-

(Inge Hannemann)

den auch die Menschen in sogenannten Schwellenhaushalten, die prekär arbeiten, gerade einmal so über dem Sozialsatz leben müssen und trotzdem den vollen Preis bezahlen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Einen Augenblick bitte, Frau Hannemann. – Es sind zwar nicht viele Abgeordnete im Raum, aber die sind dafür deutlich zu laut, einige von Ihnen auf jeden Fall. Jetzt hat es sich schon gelegt, schönen Dank. Bitte bleiben Sie so leise, und hören Sie der Rednerin zu.

Inge Hannemann DIE LINKE (fortfahrend):* Interessant ist, dass Hamburg sich sogenannte Leuchtturmprojekte leisten will, dass es sagt, es sei eine offene Weltstadt, aber seine eigenen Bürgerinnen und Bürger vergisst.

Bis 2003, ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, war in Hamburg übrigens die Fahrt mit einem Sozialticket möglich, zuletzt für 17,50 Euro. Es war zwar die CC-Karte zu lösen, aber es war möglich. Inzwischen gehört Hamburg zu den teuersten Städten im ganzen Bundesgebiet, was die ermäßigten Karten betrifft. Sie nehmen damit in Kauf, dass Menschen verhaftet werden und eine Strafe absitzen, weil sie schwarzfahren. Das kostet monatlich rund 500 000 Euro. Mit Sicherheit fahren auch Menschen mit einem günstigen Sozialticket schwarz, aber ich glaube, nicht so viel. 1998, meine Damen und Herren von der rot-grünen Koalition, haben Sie selbst ein ermäßigtes Ticket gefordert, um das Schwarzfahren zu reduzieren, weil Sie das unsozial fanden. Inzwischen haben Sie das vergessen, wie überhaupt vieles im sozialen Bereich.

Weiterhin ist anzumerken, dass das HVV-Preissystem vereinfacht werden muss. Berlin bietet dafür eine gute Orientierung. Dort gibt es drei Ringe. Das ist deutlich transparenter und im Vergleich sogar auch deutlich günstiger. Das möchte ich nur einmal am Rande erwähnen.

Aber noch einmal zurück zu dem Zusatzantrag der GRÜNEN und der SPD. Wir als LINKE werden uns enthalten. Das ist einfach nur peinlich, und diese Peinlichkeit möchten wir nicht unterstützen. Aber wir LINKEN sind nicht immer gegen alles. Wir sind kompromissbereit.

(Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Ich schlage vor, dass Sie in jeder kommenden Bürgerschaftssitzung – nächstes Jahr sind es 28 – Ihren Zusatzantrag erneut einbringen. Dann hätten wir nächstes Jahr schon einmal 11,20 Euro mehr. Um den tatsächlich benötigten Zuschuss zu erreichen, bräuchten wir zwar mehr als zwei Jahre, aber die Wahlperiode läuft ja noch ein bisschen. Oder Sie schwenken um, werden menschlich und

denken an die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, die sozial ausgegrenzt sind und denen Sie keine gesellschaftliche Teilhabe gönnen. Diese Menschen können sich keine Bahnfahrt mehr leisten, oder sie müssen das Geld dafür an anderer Stelle einsparen. Ich möchte, dass Sie einmal nachvollziehen, wie es Ihnen ginge, wenn Sie die 6 Euro für ein Tagesticket einsparen müssten. Ich weiß, Sie würden das nicht merken; wir sind davon zum Glück nicht betroffen. Aber vielleicht ist doch so viel Empathie übrig, dass Sie sich dort hineinversetzen können.

Wir fordern ein echtes Sozialticket. Echt heißt, an den Menschen orientiert, ohne zeitliche Einschränkung, für den gesamten HVV-Großbereich, und das maximal zu einem Preis, der dem entspricht, was in den Sozialleistungen dafür im kommenden Jahr berücksichtigt wird. Wir fordern dieses Sozialticket auch für die sogenannten Schwellenhaushalte, deren Einkommen maximal 20 Prozent über dem derzeitigen Regelsatz liegt, damit auch diese Menschen wieder Bahn fahren können, und zwar frei und fröhlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Schönen Dank, Frau Hannemann. – Es spricht jetzt von der SPD-Fraktion Herr Buschhüter.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir teilen die Kritik der Fraktion DIE LINKE ausdrücklich nicht. Sie, Frau Hannemann, zeichnen ein Bild, das fernab jeder Realität liegt.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Tatsache ist: In Hamburg gibt es die Sozialkarte, die Hilfebedürftigen einen Rabatt von 20 Euro auf alle – ich betone: auf alle – Monats- und Abo-Karten des HVV gewährt. Das hat zunächst einmal den großen Vorteil, dass hilfebedürftige Fahrgäste nicht durch ein spezielles Sozialticket, wie die Fraktion DIE LINKE es fordert, stigmatisiert werden,

(*Martin Dolzer* DIE LINKE: Zynischer geht es immer!)

sondern dass sie ermäßigte Monats- und Abo-Karten für jedermann kaufen können. Wir halten allein das für eine große sozialpolitische Errungenschaft.

Ein Sozialticket nach dem Modell der Fraktion DIE LINKE würde das Fahrkartenangebot für Hilfeberechtigte auf genau ein Ticket reduzieren, denn nach Ihrem Modell gibt es nur ein Sozialticket für alle Hilfebedürftigen. Der Preis würde nach Ihrem Modell bei etwa 25 Euro liegen. In Ihrem Antrag vergleichen Sie Ihr Modell des Sozialtickets mit unserem Modell des Sozialkartenrabatts, wobei man

(Ole Thorben Buschhüter)

dazu sagen muss, dass die Sozialkarte unter Schwarz-Grün eingeführt wurde. Zur Dramatisierung wenden Sie in Ihrem Rechenbeispiel den Sozialkartenrabatt auf die teuren Monatskarten im Fahrkartensortiment des HVV an. Tatsache ist aber doch, dass die von Hilfebedürftigen am meisten nachgefragten HVV-Zeitkarten nach Abzug des Sozialkartenrabatts entweder nur geringfügig über dem Mobilitätsanteil des Hartz-IV-Regelsatzes liegen, oder aber – gut zuhören – sogar darunter. Die CC-Abo-Karte für den Großbereich kostet nach Abzug des Rabatts nur 28,50 Euro. Sie grinsen jetzt, aber 28 Euro in München fanden Sie eben ganz großartig. Für viele Fahrgäste reicht aber auch bereits die CC-Karte für drei Tarifzonen. Diese kostet dann rabattiert nur noch 13,40 Euro – ein äußerst attraktives Angebot, das bundesweit seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine derartige Ausdifferenzierung für Hilfebedürftige gibt es sonst nirgendwo, und Sie wollen das abschaffen. Schönen Dank.

Worauf Sie in Ihrem Antrag gar nicht eingehen, ist, dass der Sozialkartenrabatt auch auf Schülerkarten gilt. Er gilt auf alle Zeitkarten. Eine rabattierte Schülerhauptkarte kostet für den HVV-Großbereich im Abo nur 19,40 Euro und fürs Geschwisterkind rabattiert nur noch 11,90 Euro. Hören Sie sich das gut an: 11,90 Euro.

Mein Fazit: Sie reden etwas schlecht, was in der Gesamtbetrachtung bundesweit zu den besten Angeboten für Hilfebedürftige zählt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben einige Vergleiche genannt, auf die ich eingehen will. Sie haben München genannt. Ja, dort gibt es ein Sozialticket, und das heißt dann auch so. Es kostet 28 Euro – wie gesagt, 50 Cent weniger als bei uns. Das gilt für den sogenannten Innenraum, vergleichbar mit unserem Großbereich. Aber günstigere Preise für Teilbereiche der Stadt wie in Hamburg gibt es in München nicht, als günstigstes Ticket muss man dieses Ticket für 28 Euro kaufen. Und, weil Sie es eben so lobten, Sperrzeiten gibt es dort auch, jedenfalls morgens.

Sie haben auch Berlin angesprochen und wie toll es dort sei. In Berlin gibt es keine Sperrzeit, das ist richtig, aber der Preis für das Sozialticket liegt bei 36 Euro. Wir sind bei 28,50 Euro, wenn man die Sozialkarte mit der CC-Karte kombiniert. Und die Möglichkeit, nur für Teilbereiche der Stadt einen Fahrschein zu kaufen, gibt es in Berlin auch nicht.

Vielleicht noch einmal zu Berlin und den Schülerkarten. Die kosten dort in der Tat nur 15 Euro, dann allerdings für jedes Kind, fürs erste wie für die weiteren auch. Aber von einer sozialpolitischen Errungenschaft kann man in Berlin eigentlich auch nicht sprechen, denn dort muss das Kind erst ein-

mal nachweisen, dass der Schulweg länger als drei Kilometer ist. Alle anderen bekommen keinen Sozialkartenrabatt, die gehen leer aus und müssen zu Fuß gehen. In Hamburg ist das nicht so. Jedes hilfebedürftige Kind bekommt den Sozialkartenrabatt, unabhängig von der Entfernung zur Schule.

Das sind nur einige Beispiele. Im Ergebnis kann man festhalten: Hamburg muss sich mit dem Sozialkartenrabatt nicht verstecken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Unter dem SPD-Senat sind die erst 2009 unter Schwarz-Grün eingeführten Sozialkartenzuschüsse in zwei Schritten von 18 auf 20 Euro angehoben worden, und im Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN wurde dann im Frühjahr dieses Jahres vereinbart, dass die Zuschüsse regelmäßig erhöht werden. Dies setzen wir mit dem heute vorliegenden Zusatzantrag um. Regelmäßig heißt, dass die Sozialkarte künftig jeder HVV-Tarifänderung angepasst wird. Wir wollen damit sicherstellen, dass die Höhe der Ermäßigung nicht den HVV-Tarifen hinterherläuft, sondern sich alle, die darauf angewiesen sind, auf die zeitgleiche Erhöhung ihres Zuschusses verlassen können. Werden die Fahrkarten teurer, müssen auch die Ermäßigungen steigen, damit weiter Mobilität für alle möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Völlig korrekt ist, dass wir als Maßstab für die Preisanpassungen die am meisten nachgefragten CC-Karten zugrunde legen, und zwar gerundet auf 10 Cent. Das können Sie verballhornen, aber auch das ist eine große Errungenschaft, weil wir dadurch für Beständigkeit und Berechenbarkeit dieses Modells in der Zukunft sorgen.

Ich möchte Ihnen anhand eines Rechenbeispiels zeigen, wie positiv sich das auswirkt. Man kann sich natürlich über diese 10 Cent lustig machen, aber Sie müssen schon akzeptieren, dass das im Einzelfall zu sehr guten Ergebnissen führt. Die Schülerhauptkarten werden um 1,3 Prozent teurer, der Sozialkartenrabatt steigt durch die Rundung aber um 2 Prozent. Das heißt, für hilfebedürftige Schüler liegt der rabattierte Preis einer Schülerkarte künftig bei 19,50 Euro, und das sind nur 0,5 Prozent mehr als im Vorjahr – ebenfalls ein äußerst attraktives Angebot, mit dem der Antrag der Fraktion DIE LINKE bei Weitem nicht mithalten kann. Sie wollen die Sozialkarte abschaffen, und das günstigste Angebot für hilfebedürftige Schüler wäre dann Ihr Sozialticket für 25 Euro.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das können wir auch gut im Ausschuss diskutieren, dann können wir es auch verstehen!)

– Nein, Frau Sudmann. Wenn Sie das nicht verstehen, dann frage ich mich, wie Sie so einen Antrag

(Ole Thorben Buschhüter)

vorlegen können und meinen, es verstanden zu haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Man kann sogar sagen – Frau Sudmann, Frau Hannemann, diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen –, dass es mit dem Sozialticketmodell Ihrer Fraktion für viele Hilfebedürftige teurer würde als im jetzigen System mit unserem Rabattmodell. Ihr Antrag ist eine echte Mogelpackung, die Sie selbst noch nicht durchschaut haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Buschhüter. – Das Wort hat jetzt Herr Thering von der CDU-Fraktion.

Dennis Thering CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! 738,3 Millionen – das ist nicht nur eine gewaltige Zahl, es ist vielmehr die Zahl der Fahrgäste, die im vergangenen Jahr die verschiedenen Beförderungsangebote des HVV bei uns in Hamburg genutzt haben. Mit der abermaligen Steigerung um knapp 10 Millionen oder 1,3 Prozent haben wir einen historischen Höchstwert in diesem Bereich eingefahren. Obwohl die Steigerung nicht so hoch war wie in den vergangenen Jahren, kann man mit Fug und Recht behaupten, dass der ÖPNV in Hamburg boomt, und das ist auch gut so.

Ein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen, ist das aber keinesfalls, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Sowohl die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in unserer Stadt als auch die Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs sind ständig im Fluss und entwickeln sich immer weiter. Scheinbare Selbstverständlichkeiten müssen daher von Zeit zu Zeit überprüft werden. Deswegen haben wir als CDU-Fraktion beispielsweise im Mai dieses Jahres einen Antrag zum Schnellbusssystem eingereicht, weil wir den namensgebenden Effekt der in den Sechzigerjahren eingerichteten Schnellbuslinien, besonders schnell zu fahren, so nicht mehr sehen. Das muss man hinterfragen, und das haben wir getan. Aus unserer Sicht sind die Schnellbuszuschläge eine unbillige soziale Härte, die umgehend abgeschafft werden sollte.

(Beifall bei der CDU und bei *Daniel Oetzel* und *Dr. Wieland Schinnenburg*, beide FDP – Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Herr Thering, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Buschhüter zu?

Dennis Thering CDU: Bitte.

Zwischenfrage von Ole Thorben Buschhüter

SPD: Herr Thering, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass in der am meisten von Hilfebedürftigen nachgefragten CC-Karte der Schnellbuszuschlag schon enthalten ist und Hilfebedürftige, ohne den Zuschlag zahlen zu müssen, ohne Weiteres Schnellbus fahren können?

Dennis Thering CDU (fortfahrend): Das ist mir durchaus bekannt. Nichtsdestotrotz betrifft das nicht nur die Menschen, die hilfebedürftig sind, sondern auch die Menschen, die nicht hilfebedürftig sind, aber Tag für Tag zur Kasse gebeten werden, obwohl der Schnellbus nicht mehr das hergibt, was er ursprünglich einmal hergeben sollte. Von daher sind wir nach wie vor der Meinung, dass dieser Schnellbuszuschlag abgeschafft werden sollte. Sie haben im Ausschuss dagegen gestimmt. Das ist sehr bedauerlich. Wir werden weiter daran festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Um wieder zu dem Antrag der LINKEN zu kommen: Thematisch liegen unsere Anträge – der Antrag, um den es heute geht, und der Antrag, von dem ich gerade gesprochen habe – gar nicht so weit auseinander. In beiden Fällen geht es auch um die soziale Frage, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, immer gern zu Ihrem Markenkern machen. Als wir aber am 12. Oktober dieses Jahres im Verkehrsausschuss eben jenen Schnellbusantrag berieten, war genau eine Fraktion nicht anwesend. Dreimal dürfen Sie raten, welche Fraktion das war: DIE LINKE. Ich weiß, liebe Frau Sudmann, dass wir uns gegenseitig innig vermissen, wenn der eine oder die andere einmal nicht dabei ist, aber in diesem einen Moment habe ich Sie ganz besonders vermisst. Wir hätten Ihre Unterstützung in diesem Punkt nämlich gut gebrauchen können.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Ich musste Olympia diskutieren!)

– Sie mussten Olympia diskutieren. Das ist auch wichtig. Aber ich glaube, mit Ihrer Meinung wären Sie im Verkehrsausschuss deutlich besser aufgehoben gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich, Frau Sudmann, hat jeder auch einmal einen Grund, im Ausschuss zu fehlen. Das ist gar keine Frage, darum geht es mir auch gar nicht. Worum es mir geht: Statt der notwendigen fünf Abgeordneten stehen auf dem vorliegenden Antrag ganze zehn Mitglieder Ihrer Fraktion. Da frage ich mich, ob es nicht möglich gewesen wäre, einen der restlichen neun Abgeordneten zu motivieren, in den Verkehrsausschuss zu kommen und dort über die Abschaffung des Schnellbuszuschlags zu diskutieren.

(Dennis Thering)

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das war der Sozialausschuss, mein Lieber!)

Das ist schade, und daher sagen wir ganz deutlich: So wichtig kann es den LINKEN mit der sozialen Gerechtigkeit in Sachen HVV nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Bewertung Ihres vorliegenden Antrags lautet die Gretchenfrage also: Wie halten Sie es wirklich mit der sozialen Frage im Bereich des Verkehrs bei uns in Hamburg? Schauen wir uns Ihren Antrag also einmal etwas genauer an. Im Vorwort stellen Sie die Verbindung zwischen Arbeitslosen und Mobilität her. Sie legen durchaus nachvollziehbar dar, dass man mit der Sozialkarte zwar einen Nachlass beim HVV-Monatsticket bekommt, dieses dann aber immer noch mehr kostet, als mit dem ALG II für Mobilität gewährt wird. So weit, so nachvollziehbar. In dem Punkt sind wir absolut auf Ihrer Seite. Aber dann wird es leider wieder einmal etwas wirr, wie wir es bei der LINKEN gewohnt sind. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Sie schreiben von Schwarzfahrern als sozialen Gefangenen und malen zunehmende soziale Spannungen in der Stadt an die Wand. Liebe Frau Sudmann, das ist wenig kreativ. Ihre Geistesbrüder und Geistesgeschwestern von der Sozialdemokratie warnen schon seit über 150 Jahren davor, und, welch Wunder, Hamburg steht immer noch.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Allein dieser Rückfall in das übliche Geschwafel einer Dagegen-Partei – eben sagten Sie, Sie seien keine Dagegen-Partei, jetzt zeigen Sie, dass Sie nicht nur bei Olympia, sondern auch bei diesem Thema eine Dagegen-Partei sind – machte unsere anfänglichen Sympathien für Ihren Antrag dann doch relativ schnell wieder zunichte. Den Sargnagel haben Sie dann aber im zweiten Punkt des Petitions in Ihren Antrag gehauen. Ohne es im Vorwort irgendwie anzukündigen oder zu begründen, fordern Sie dort, dass auch noch sogenannte Schwellenhaushalte zum Empfängerkreis gehören sollten. Damit schießen Sie wieder einmal deutlich über das Ziel hinaus.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Sie haben die Weisheit gefressen!)

Halten wir also fest: Mobilität zu ermöglichen ist für eine Metropole wie Hamburg unerlässlich. Darin sind wir uns, glaube ich, alle einig. Dass Sie dabei die sozial Schwachen mitnehmen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, geht vollkommen in Ordnung. Damit sind Sie bei uns absolut an der richtigen Stelle. Mit Ihrem typischen Geschwafel einer Dagegen-Partei

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Hallo! Parlamentarischer Sprachgebrauch!)

machen Sie aber leider hinten wieder das kaputt, was Sie vorn vernünftig aufgebaut haben. Deshalb können wir Ihrem Antrag so nicht zustimmen. Auch der Zusatzantrag von SPD und GRÜNEN scheint uns wenig durchdacht. Deshalb raten wir dringend dazu, beide Anträge noch einmal eingehend im Verkehrsausschuss zu beraten, um am Ende das Ziel zu erreichen, die Menschen, die es wirklich nötig haben, in Sachen HVV vernünftig zu entlasten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Was hat er uns jetzt eigentlich gesagt?*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Thering. – Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben das Wort.

Martin Bill GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE! Liebe Frau Hanemann, ich habe mich bei der Antragseinbringung sehr gewundert, dass Sie gleich so eine Schärfe in die Debatte gebracht haben.

(Gerhard Lein SPD: Sie kann nicht anders!)

Denn ich habe mir als ersten Punkt aufgeschrieben – und das meine ich auch wirklich so, wie ich es mir aufgeschrieben habe und jetzt sage –: Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist ein sehr wichtiges Thema. Und ich finde, darüber sollte man dann auch mit der entsprechenden Gelassenheit und sachlich fundierten Argumenten debattieren. Diese Debatte hätte ich mir aber eigentlich im zuständigen Ausschuss gewünscht, denn dort hatten wir das Thema bereits. Die Drucksache zur Tarifierhöhung haben wir im Ausschuss debattiert, und in der Drucksache steht auch etwas zur Sozialkarte. Aber leider war in dieser Ausschusssitzung, es wurde schon gesagt, niemand von der LINKEN zugegen. Natürlich kann es sein, Frau Sudmann, dass Sie einen anderen Termin hatten, der Ihnen persönlich wichtiger war. Aber wir hätten im Ausschuss natürlich auch gern Frau Hanemann begrüßt, um uns über die Argumente auszutauschen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Kannst du jetzt immer noch!)

Das wäre der erste richtige Ort dafür gewesen, anstatt jetzt zu beantragen, das wieder zurückzuüberweisen.

Ich habe mir einmal die Historie der Sozialkarte und des Sozialtickets angeschaut. Wir haben schon sehr viel über die Details der Ausgestaltung diskutiert, und wenn man sich das einmal auf der Metaebene anschaut, dann merkt man recht deutlich den Unterschied zwischen Fraktionen, die auch einmal in die Regierungsverantwortung ge-

(Martin Bill)

hen, und Fraktionen, die immer nur aus der Opposition heraus fundamentale Anträge einbringen. Im Jahr 1999 hat die rot-grüne Regierung das Sozialticket neu eingeführt. 2003 regierten dann CDU, FDP und Schill und haben das Angebot komplett gestrichen. Als die CDU regierte, hat sie anscheinend gemerkt, dass die nächste Wahl ohne eine Sozialkarte vielleicht anders ausgehen würde, und hat eine Sozialkarte in Höhe von 5 Euro eingeführt. Unter Schwarz-Grün wurde diese Sozialkarte von einer 5-Euro-Ermäßigung auf eine 18-Euro-Ermäßigung erhöht. Das sind immerhin 13 Euro mehr; man merkt, wie wichtig dieses Thema den GRÜNEN schon damals war. Die SPD hat dann in der vergangenen Legislaturperiode den Rabatt in zwei Schritten à 1 Euro erhöht, und in dieser Legislaturperiode haben wir das Thema gleich zu Beginn auf die Agenda gesetzt. Wir wollen nicht jedes Jahr einen politischen Beschluss fassen, sondern wir wollen, dass es Kontinuität und Verlässlichkeit bei der Erhöhung des Zuschusses durch die Sozialkarte gibt, mit der man planen kann. Wir wollen, dass der Zuschuss an die Tarifierhöhung beim HVV gebunden ist. Das sorgt für Verlässlichkeit und zeigt erneut, wie wichtig den GRÜNEN und der SPD dieses Thema Sozialkarte und Mobilität für alle ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn man einen Antrag schreibt, der sehr weitreichende Forderungen enthält – über den wir noch diskutieren wollen und über den ich im Ausschuss schon sehr gern diskutiert hätte –, dann muss man vernünftig und ehrlich argumentieren.

Und da suchen Sie eine Karte für zwei Zonen heraus, als Monatskarte ausgestaltet, obwohl klar ist, dass die Jahreskarte als Abo einen deutlichen Preisvorteil bietet und die meisten, die regelmäßig den HVV nutzen, eine Jahreskarte haben. Im Abo ist das bei zwei Zonen ein Unterschied von 11,70 Euro. In dem Antrag schreiben Sie dazu nichts.

Es wurde eben schon angesprochen: Die CC-Karte für drei Zonen, also einer Zone mehr, als Sie in Ihrem Vergleich gewählt haben, kostet nach der Tarifierhöhung 33,80 Euro. Mit 20,40 Euro Sozialkartenrabatt sind das 13,40 Euro. Und man kommt mit drei Zonen schon relativ weit. Viele aus meinem Bekanntenkreis sagen, dass gut ausgewählte drei Zonen für ihre täglichen Wege ausreichen. Wenn Sie die 25,45 Euro Regelbeitrag für Verkehrsdienstleistungen gegenrechnen, haben Sie nach Abzug der 13,40 Euro sogar noch 12,05 Euro übrig, die Sie einsetzen könnten, wenn Sie beispielsweise einmal außerhalb der Zonen fahren oder innerhalb der Sperrzeiten ein Ticket kaufen müssen.

Natürlich beziehen sich der Rabatt und die kontinuierliche Erhöhung des Rabatts auf die CC-Karte, und natürlich gibt es da Sperrzeiten, und es ist klar, dass so eine Einengung immer ein bisschen

ungünstig ist. Aber ich kenne viele, die ihren Alltag so abgestimmt haben, dass für ihre täglichen Wege die CC-Karte vollkommen ausreichend ist. Die CC-Karte stellt für sie ein besonders preisgünstiges Angebot bei einer extrem guten Gegenleistung dar. Nicht ohne Grund ist es rein statistisch so, dass die CC-Karte bei den Berechtigten die am meisten nachgefragte Zeitkarte ist.

Wenn Sie von Ehrlichkeit in der Argumentation in Anträgen sprechen, hat mich sehr verwundert, was Sie zur Haft geschrieben haben. Auch ich finde, dass ein zivilrechtlicher Verstoß gegen eine Beförderungsvorschrift nicht zwingend ein Haftgrund ist. Aber wenn Sie damit argumentieren, sollten Sie Ihre Schriftlichen Kleinen Anfrage schon ehrlich zitieren. Ihre Anfrage wurde dahingehend beantwortet – lesen Sie nach unter Frage 1 –, dass acht Menschen in Haft sitzen, nicht 100, wie Sie es in Ihrem Antrag schreiben. Das ist ein gravierender Unterschied, auch in der Argumentation.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zusammengefasst: 40 Cent klingt erst einmal natürlich nicht viel, ist aber die prozentuelle Preissteigerung bezogen auf die CC-Karte, auf die wir jetzt und in Zukunft die Sozialkarte regelmäßig anpassen werden. Damit beenden wir eine immer wiederkehrende politische Diskussion. Wir schaffen eine Regelmäßigkeit, eine Verlässlichkeit. Die Planungssicherheit, die wir damit schaffen, zeigt: Die rot-grüne Koalition nimmt es sehr ernst mit den Tarifen für Bedürftige, mit der Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Bill. – Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Hannemann, Ihr Antrag ist schlimm; dazu komme ich gleich. Aber zunächst einmal können die Ausführungen in Ihrer Rede nicht ohne Antwort bleiben.

Sie wissen, dass ich viel an der rot-grünen Verkehrspolitik auszusetzen habe, auch und gerade am HVV. Aber Sie haben sich erdreistet, von menschenverachtend zu sprechen, oder gesagt, das rot-grüne Abgeordnete Menschen werden sollen. Frau Hannemann, Sie haben sich völlig im Ton vergriffen. Ich sage ganz eindeutig: Die Politik von Rot-Grün ist nicht menschenverachtend, und die Abgeordneten von Rot-Grün sind Menschen, auch jetzt schon, das braucht von Ihnen nicht erst eingefordert zu werden. So geht es nicht. Sie haben sich völlig disqualifiziert mit der Art und Weise Ihres Beitrags.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD, den GRÜNEN und der AfD)

Ihr Antrag ist ähnlich schlimm, insofern war ein solcher Beitrag von Ihnen vielleicht schon zu erwarten. Vier Punkte, die ich Ihnen jetzt vortragen werde, sagen mir, dass Ihr Antrag nichts anderes als schlimm ist.

Erstens: Sie verwenden – ich glaube mittlerweile, bewusst – grob falsche Behauptungen.

Zweitens: Sie verwenden offenbar bewusst falsche Berechnungen.

Drittens: Sie fordern Mehrausgaben von wenigstens 30 Millionen Euro, ohne auch nur den Schatten eines Deckungsvorschlags.

Und viertens, vielleicht am schlimmsten: Sie diskriminieren viele Gefangene mit Ihren Ausführungen.

Lassen Sie mich das im Einzelnen erläutern. Den ersten Punkt hat Herr Bill schon völlig richtig vorgebracht. Sie behaupten kurzerhand, etwa 100 Menschen säßen fürs Schwarzfahren im Gefängnis. Ihr Kollege Dolzer – es war nicht jemand aus einer anderen Fraktion, sondern der Kollege Dolzer aus der Links-Fraktion – hat in der Drucksache 21/1751, Frage 1, genau diese Frage erörtert und die Antwort bekommen, dass es nicht 100, sondern gerade einmal acht Gefangene gibt,

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Das ist auch schlimm!)

die wegen Schwarzfahrens im Gefängnis sind. Schon vom Ansatz her geht damit Ihre gesamte Argumentation den Bach runter, und ich glaube mittlerweile, dass das kein Versehen von Ihnen war, sondern dass es Absicht ist. Sie arbeiten mit falschen Zahlen, und das ist skandalös.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zum zweiten Punkt. Sie rechnen aus diesen Zahlen hoch – wörtliches Zitat –:

"Dies verursacht für die Stadt Hamburg Unterbringungskosten von mehr als 500 000 Euro im Monat."

Gemeint sind die Kosten für die Gefangenen. Wenn Sie die wirklichen Zahlen nehmen, die Herr Dolzer und auch der Kollege Oetzel aus unserer Fraktion beim Senat erfragt haben, dann kommen Sie auf 5 123,10 Euro pro Gefangenen. Das sind gerade einmal 40 984 Euro insgesamt, also noch nicht einmal ein Zehntel dessen, was Sie ganz frech in Ihrem Antrag behaupten. Das ist nichts anderes als manipulativ, was Sie hier machen. So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Zum dritten Punkt. Sie fordern ein sogenanntes echtes Sozialticket ohne zeitliche Einschränkung

für den HVV-Großbereich für rund 25 Euro. Sie rechnen selbst vor, dass das Ticket, das Sie zum günstigen Preis fordern, derzeit 84 Euro kostet. Das heißt, Sie fordern eine Subvention von 59 Euro. Derzeit beträgt die Subvention 20 Euro, und das verursacht Kosten in Höhe von 15 Millionen Euro. Wenn man das hochrechnet, kommen Sie mit Ihrer Forderung auf mindestens 30 Millionen Euro, die Sie ausgeben wollen. Dabei ist nicht mitgerechnet, dass Sie auch noch die Schwellenhaushalte einbeziehen wollen, sodass es wahrscheinlich noch einmal eine ganze Ecke teurer würde. Es sind aber mindestens 30 Millionen Euro. Wie bei der LINKEN üblich, gibt es keinerlei Deckungsvorschlag. Es ist völlig unseriös, was Sie hier machen.

Der vierte Punkt erzürnt mich ganz besonders. Sie reden von Schwarzfahrern als sogenannten sozialen Gefangenen. Das ist eine ganz üble Bezeichnung. Das heißt nichts anderes, als dass viele andere Gefangene, die wegen anderer Delikte im Gefängnis sind, eben nicht sozial sind, dass sie unsozial oder asozial sind. Wie reden Sie eigentlich über Gefangene? Was bilden Sie sich eigentlich ein?

Dieser Antrag ist nichts anderes als abzulehnen, eine Überweisung lohnt nicht. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Hannemann von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben das Wort.

(*Dennis Thering CDU*: Ich wäre lieber sitzen geblieben!)

Inge Hannemann DIE LINKE:* – Ich bleibe sitzen, wenn ich in Rente gehe. Ich gehe noch nicht in Rente.

(*Dr. Alexander Wolf AfD*: Schade! – *Wolfgang Rose SPD*: Nichts gegen die Rentner jetzt!)

Diese Kleinkrämerei, ob Sozialticket oder Sozialkarte, ist Kinderkram. Sie wissen genau, dass es vom Inhalt her dasselbe ist.

Sozialleistungsempfänger bekommen rund 25 Euro im Regelsatz. Jetzt kommen Sie mit der CC-Karte, die derzeit 33,40 Euro kostet. Wenn ich die 25 Euro abziehe, dann bleiben – ich runde auf – 8 Euro. Von der CDU kommt dann der Hinweis, dass es noch ein Plus von rund 13 Euro gäbe. Das CC-Ticket hat begrenzte Zeiten. Es gibt Termine, die sind vor 9 Uhr wahrzunehmen.

(Glocke)

Ich erinnere an Termine im Jobcenter, an Termine bei der Grundsicherung, beim Bezirksamt oder

(Inge Hannemann)

beim Arzt. Diese Kosten müssen die Menschen vorab auslegen und bekommen sie nicht unbedingt zurück.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Frau Hannemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Buschhüter?

Inge Hannemann DIE LINKE:* Ja, ich habe heute meinen guten Tag.

Zwischenfrage von Ole Thorben Buschhüter SPD: Großartig. – Sie erwähnten eben die CC-Karte für 33,40 Euro. Ihnen ist schon bewusst, dass das der Preis vor Rabatt ist? Nach dem Sozialkartenrabatt sind es dann nur noch 13 Euro irgendwas.

Inge Hannemann DIE LINKE (fortfahrend):* Nach dem Sozialkartenrabatt sind es 13 Euro.

(*Ole Thorben Buschhüter* SPD: Super! – Zuruf: Weniger, als Sie fordern!)

– Ich habe nicht gesagt, dass es weniger ist. Das haben Sie richtig gerechnet.

(Beifall bei *Gerhard Lein* SPD)

Aber die Leute haben auch Termine außerhalb der Zeiten des CC-Tickets. Ich glaube, das berücksichtigen Sie einfach nicht. Die Menschen haben Freunde, sie haben Verwandte, zu denen sie fahren müssen, das liegt auch nicht unbedingt innerhalb der erlaubten Zeiten. Wir können stundenlang herumrechnen und das kleinrechnen,

(*Dennis Thering* CDU: Lieber doch in Rente gehen!)

das ist Kinderkram.

Ich finde es schön, dass sich die rechte Ecke hier äußert, ich verstehe Sie nur leider nicht.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass jetzt die Rednerin das Wort hat und sonst niemand.

Inge Hannemann DIE LINKE (fortfahrend):* Ich möchte auf eine Aussage von Herrn Thering Bezug nehmen: sozial schwach. Wenn ich das schon höre – noch diskriminierender geht es nicht. "Sozial schwach" ist diskriminierend, stigmatisierend und impliziert tatsächlich, dass Menschen mit wenig Einkommen auch soziale Probleme haben. Das ist offener, gelebter Sozialdarwinismus.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der AfD)

Sozial schwach ist ein Land oder eine Stadt dann, wenn sich dieses Land oder diese Stadt nicht um die Menschen kümmert, die von Armut betroffen sind, und diese Armut nicht beendet, und dabei bleibe ich auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu dem Wortbeitrag von ... Der Name ist mir leider entfallen.

(Zurufe)

– Genau.

Ich komme sehr gern in den Verkehrsausschuss und debattiere erneut mit Ihnen.

(Beifall bei *Birte Gutzki-Heitmann* SPD und *Antje Möller* GRÜNE)

Weil Sie so auf den Verkehrsausschuss bestehen, möchte ich darauf hinweisen, dass das ein soziales Thema ist. Das ist kein rein rechnerisches Verkehrsthema.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Sind nicht alle Themen sozial?)

Sie rechnen die Menschen herunter auf Zahlen, auf HVV und öffentliche Verkehrsmittel. Aber es ist ein soziales Thema, das Menschen angeht, die von Armut betroffen sind, die von Sozialleistungen abhängig sind oder mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro knapp über den Regelsatz von Hartz IV oder die Grundsicherung kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/2053 federführend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration sowie mitberatend an den Verkehrsausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wer möchte die Drucksachen 21/2053 und 21/2195 an den Verkehrsausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung an den Verkehrsausschuss abgelehnt.

Wir kommen dann zu den Abstimmungen in der Sache und beginnen mit dem Antrag der LINKEN aus Drucksache 21/2053.

Wer möchte diesen annehmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Nun zum Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/2195.

(Vizepräsidentin Christiane Schneider)

Wer schließt sich diesem an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 58, Drucksache 21/1954, Antrag der FDP-Fraktion: Maßnahmen gegen zunehmenden gewaltbereiten Salafismus endlich umsetzen.

Als Drucksache 21/2196 liegt Ihnen hierzu ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Maßnahmen gegen zunehmenden gewaltbereiten Salafismus endlich umsetzen
– Drs 21/1954 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus auch in Zukunft fortsetzen
– Drs 21/2196 –]**

Die FDP-Fraktion möchte beide Drucksachen federführend an den Innenausschuss sowie mitberatend an die Ausschüsse für Justiz und Datenschutz sowie Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Vonseiten der AfD-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung der beiden Drucksachen an den Innenausschuss vor.

Uns ist mitgeteilt worden, dass die Fraktionen die Debatte einvernehmlich gestrichen haben. Damit kommen wir gleich zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst die Drucksachen 21/1954 und 21/2196 federführend an den Innenausschuss sowie mitberatend an die Ausschüsse für Justiz und Datenschutz sowie Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung abgelehnt worden.

Wer möchte die beiden Drucksachen nur an den Innenausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisung abgelehnt worden.

Wir kommen dann zu den Abstimmungen in der Sache und beginnen mit dem Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 21/1954. Hierzu möchte die CDU-Fraktion die Ziffer 3 separat abstimmen lassen.

Wer möchte nun den Antrag aus Drucksache 21/1954 mit Ausnahme der Ziffer 3 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Ausnahme der Ziffer 3 abgelehnt worden.

Wer möchte Ziffer 3 des FDP-Antrags seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 3 abgelehnt worden.

Nun zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/2196.

Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 68, Drucksache 21/2045, Antrag der AfD-Fraktion: Forschungsinstitut für Datensicherheit.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Forschungsinstitut für Datensicherheit
– Drs 21/2045 –]**

Hier ist uns mitgeteilt worden, dass die AfD den Antrag zurückgezogen hat.

Damit entfällt die Debatte.

Ich wünsche Ihnen nun alles Gute auf Ihrem Weg nach Hause – oder wohin auch immer.

Ende: 19.47 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christiane Blömeke, Jörg Hamann und Sören Schumacher